



Zeitschrift für Stadtgeschichte,  
Stadtsoziologie und Denkmalpflege  
Herausgegeben von Otto Borst

STADTUMWELT UND  
STADTALLTAG

Mit Beiträgen von Harry Kühnel, Jürgen Hagel,  
Heide Berndt, Liesa Nestmann und Wilma R. Albrecht

14. Jahrgang

**2/87**

Kohlhammer



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,  
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,  
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

Band 2/1987. Vierzehnter Jahrgang

*Redaktionskollegium:* Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Johannes Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711 / 282683 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, Lipperheidestraße 27C, 8000 München 60.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 116,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 92,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 30,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Harry Kühnel

## Alltagsleben in der spätmittelalterlichen Stadt

*Was ist der Mensch?*

*Der Mensch ist ein Knecht des Todes,  
ein Gast im Raum,  
ein Wanderer unterwegs (zum Tod)*

Wandel des Zeitbegriffs – »Fortschritt« und Alltag – Mensch und Umwelt – Mentalitätswandel und Alltag – Mobilität – Flucht aus dem Alltag durch Selbstmord

Die vorangestellte, religiös motivierte Definition über die Funktion des mittelalterlichen Menschen zeigt mit aller Deutlichkeit und Härte, daß die damaligen Generationen ständig mit dem Tod konfrontiert waren, ein Tod, der nicht verdrängt wurde, sondern durch die Angst relativiert worden ist und damit das Leben paradoxerweise erleichterte. Angesichts der menschlichen Vergänglichkeit wurde das eigene und das Seelenheil anderer in das Alltagsleben einbezogen. Damit vermehrten sich auch die Chancen, selbst die Hilfe zahlreicher anderer zu erlangen und eines guten Todes, d. h. mit den Sterbesakramenten nach erfolgter Buße versehen, aus dem Leben zu scheiden. Schrecknisse aller Art und Notzeiten, ausgelöst durch lange Winter, Überschwemmungen, Heuschrecken, vor allem aber Seuchen haben in den Menschen das Bewußtsein von der Abhängigkeit gesteigert und eine »Sehnsucht nach dem Einklang mit den himmlischen Mächten«<sup>1</sup> wachgerufen. Der Tod war demnach integrierender Bestandteil des Lebens!

Wie aber vermag man den »Alltag« in seinem mittelalterlichen Sinn und in Übereinstimmung mit der mentalen Haltung der Menschen und deren Lebensformen zu umschreiben? Der Begriff »Alltag« kann in pragmatischer Absicht als die Lebensweise bestimmt werden, »in der sich Menschen tagtäglich oder regelmäßig in Aktionen, Interaktionen mit der von ihnen vorgefundenen Wirklichkeit auseinandersetzen, um in ihr zu überleben, zu leben und sie ihren Bedürfnissen anzuverwandeln.«<sup>2</sup> Das Interesse am historischen Alltag läßt sowohl Bewältigung und Gestaltung der konkreten Wirklichkeit in und durch Arbeit deutlich werden, ebenso die vergangenen Wertorientierungen und Verhaltensweisen, läßt aber auch die Erfahrungen der Arbeitswelt und die tagtäglichen Auseinandersetzungen mit einer vorgegebenen unmittelbaren Lebenswelt von Verhältnissen und Menschen erkennen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> B. Moeller, Frömmigkeit in Deutschland um 1500, in: Archiv für Reformationsgeschichte 1965.

<sup>2</sup> K. Bergmann / S. Thurn, Alltag, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, Düsseldorf 1979, S. 239 ff.

<sup>3</sup> vgl. hierzu u. a. H. Kühnel (Hrsg.), Alltag im Spätmittelalter, Graz 1986; ders., Das Alltagsleben im Hause der spätmittelalterlichen Stadt, in: Städteforschung A 18, Köln/Wien 1984; J. Delumeau, Angst im Abendland, Bd. 1, Hamburg 1985; A. J. Gurjewitsch, Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, München 1980.

*Wandel des Zeitbegriffs*

Die christliche Zeitauffassung, wie sie etwa von Augustinus formuliert wurde, ging von dem Gedanken aus, daß die Ereignisse unwiederholbar seien und nicht wiederkehren, weil sonst die Bedeutung der einmaligen Erscheinung von Gottes Sohn und die endgültige Erlösung der Menschen in Frage gestellt worden wären. Damit wurde die zyklische Auffassung der Antike verworfen, welche die Richtung der Zeit negierte und der Geschichte kein Endziel gesetzt hatte.

Zeit war somit im Mittelalter ein sakral determinierter Begriff, die Kirche bestimmte den Lebens- wie den Tagesrhythmus. Die kanonischen Stunden, durch Geläut angezeigt, regelten nicht allein den Tagesablauf von Ordensangehörigen, sondern zwangsläufig auch das öffentliche Leben in Stadt und Land. Diese gewohnte Einteilung in Tagesabschnitte war für Menschen, die vom Rhythmus der Natur abhingen, völlig ausreichend, und es war kein Bedürfnis zu exakter Messung gegeben.

Der kirchliche Zeitbegriff der kanonischen Stunden kam in jenem Augenblick in Konflikt mit dem Zeitbegriff der Kaufleute, als diese gemeinsam mit dem Handwerk eine Prosperität der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft herbeiführten. Für den Aufbau eines Handelsnetzes, für Handelsoperationen bei steigenden oder sinkenden Preisen und die Berechnung der Dauer der Handwerksarbeit war ein neuer Zeitbegriff erforderlich, überdies vergrößerten die erwähnten Faktoren den Geldumlauf, und dies wiederum erforderte eine wesentlich genauere Zeitmessung als bisher, mußten doch die wirtschaftlichen Dispositionen bei dem dominierenden Kreditwesen vorhersehbar, die eingegangenen Risiken berechenbar sein. Der Händler entdeckte für sich den Preis der Zeit – Zeit ist Geld –, und für sein berufliches Agieren war ein Zeitbegriff nötig, der mit der übernatürlichen sakralen Zeit nicht mehr identisch sein konnte. Dies kam einer geistigen Erschütterung nahe.

Der Bewußtseinswandel war jedoch bereits im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts eingetreten, als man erkannt hatte, daß der Wille des Menschen auch nach seinem Tod Gültigkeit hat und der Zeitbegriff auf die nächste Generation ausgedehnt werden konnte. Dies bedeutete in der Praxis die Einführung der Testamente – vorher wagte man nicht, seinen Willen auf eine Zeit auszudehnen, die die Dauer der eigenen Existenz überschritt. Eine französische Quelle bringt diesen Wandel des Zeitbegriffs mit großer Deutlichkeit zum Ausdruck. Der königliche Gouverneur des Artois gestattete nämlich 1355 den Bewohnern von Aire-sur-la-Lys einen Belfried zu bauen, dessen Schlag die Stunden der Handelstransaktionen und die Arbeitszeit der Tuchmacher einläutete. Die Uhr als neue Zeitmessung war zu einem Instrument des ökonomischen, sozialen und politischen Einflusses der herrschenden Schicht der Tuchhändler geworden.

Lewis Mumford hat über die Rolle der Zeitmessung für die Entwicklung der westlichen Welt die zutreffende Ansicht vertreten, daß die »Schlüsselerfindung des modernen industriellen Zeitalters nicht die Dampfmaschine, sondern die Uhr« gewesen ist und mit ihrer

Einführung und Akzeptanz jene unglaubliche Dynamik und Zielstrebigkeit des christlichen Abendlandes im Bereich von Wirtschaft und Politik einsetzte, die schließlich zu den großen Entdeckungen geführt hat. Dieses neue Zeitgefühl hat im Alltag des Spätmittelalters das Selbstwertgefühl der Menschen gefördert und die Entstehung des Porträts ausgelöst; Menschen, die ihre Zeit meistern, ließen sich für die Nachwelt verewigen. Diese vorantreibende, unaufhaltsame Zeit führte geradewegs zu einem Fortschrittsdenken, das Jahrhunderte anhielt und erst in der Gegenwart relativiert worden ist.<sup>4</sup>

*»Fortschritt« und Alltag*

Signifikant für dieses Kapitel ist das Bekenntnis des Adelhard von Bath aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, daß er einen eigenen Gedanken oder eine Entdeckung, die er veröffentlichen wollte, einer anderen Person vor seiner Zeit unterschoben habe. Wer Neues entdeckte, sah sich genötigt, dieses zu verschleiern, indem er es einer pseudonymen Autorität oder einer arabischen Quelle zuschrieb. Der Primat des theologisch-metaphysischen Denkens bewirkte, daß in der Theologie und Philosophie die Anlehnung an Autoritäten mehr Gewicht und Wahrheitsgehalt besaß als alle Originalität des Neuen. Die historische Erfahrung blieb gebunden an die Lehren der Kirche als Sachwalterin des letzten Zeitalters der Welt, in der sich nichts Neues mehr ereignen konnte. Innerhalb dieser Auffassung war jedoch Raum für »sektorale Fortschritte«, z. B. in den Naturwissenschaften, in der Technik, in der Baukunst oder in der Musik. Thomas von Aquin vertrat die Auffassung, daß die Leistungen der Alten zwar dankbar anzuerkennen sind, aber nur als Vorarbeit zum eigenen schrittweisen Fortschritt. Thomas' Zeitgenosse Albertus Magnus hat alle Menschen, die den geistigen Fortschritt unterdrücken wollten, scharf verurteilt und nachdrücklich den Wert der eigenen Beobachtung und Erfahrung betont. Diese Ausweitung menschlichen Wissens im Horizont weltlicher Praxis wurde sodann von Roger Bacon entschieden vorangetrieben oder im Bereich der Mathematik und Naturphilosophie durch Nicolaus Oresme im Sinne des sektoralen Fortschritts ausgebaut.

In welchem Ausmaß und in welcher Form »Fortschritt« im Spätmittelalter erzielt wurde, mögen einige Beispiele belegen. »Arbeit« bedeutete für die Menschen des 12. Jahrhunderts nicht allein etwas neu zu schaffen oder zu verändern, sondern vor allem die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem Stand oder einer Zunft. Seit der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts veränderte sich der Inhalt des Begriffs »Arbeit«, weil die Generationen damals etwas in Gang setzen konnten, in der Lage waren, die Umwelt zu verändern – Ingenieure, Bankiers, Bildhauer, Maler –, und ihre Tätigkeit nicht mehr von standestypischen Interessen geprägt wurde. Kaufleute und Händler mögen es im späten 14. und

<sup>4</sup> L. Mumford, *Technique et Civilisation*, Paris 1950; vgl. auch J. Le Goff, *Temps de l'Eglise et temps du marchand*, in: *Annales E.S.C.* 15/3 (1960); J. Leclercq, *Zeiterfahrung und Zeitbegriff im Spätmittelalter*, in: *Miscellanea Mediaevalia* 9 (1974).

15. Jahrhundert als Fortschritt betrachtet haben, daß von Seite der Kirche die Notwendigkeit anerkannt wurde, materielle Gewinne erzielen zu müssen, weil der Grad der Vermögensbildung ein Beweis ihrer Leistungen war. Dieses professionell bedingte Gewinnstreben wurde nun nicht mehr verdammt, so daß Kaufleute und Händler nicht mehr im bisherigen Ausmaß um ihr Seelenheil besorgt sein mußten, sondern durch Gewährung von Almosen, die einen prozentuellen Anteil des spätmittelalterlichen Gewinns ausmachten wie bei der Ravensburger Gesellschaft, einen akzeptablen Ausweg gefunden hatten. Dieses Nebeneinander von Religiosität und Geschäftssinn läßt sich im Motto: »Im Namen Gottes und des Profits« treffend charakterisieren.<sup>5</sup>

Am leichtesten faßbar wird der Fortschritt im technischen Bereich, handelt es sich doch um Innovationen unterschiedlichster Art. Solche können beispielsweise bestehen in: Einführung von Informations- und Kommunikationssystemen wie Typographie, Druckgraphik und doppelte Buchführung, Innovationen im Bereich der Transport- und Verkehrsmittel, Erfindungen von Kraftmaschinen, Verfahrens- und Produktionsinnovationen und Bearbeitungsmaschinen für Produkte (Draht, Blech, Faden, Gewebe, Papier) gleichsam als Halbfertigungswaren und in Ersatzstoffen für gefragte, doch von Natur aus seltene Güter (Baumwolle für Wolle, Drucke für Manuskripte, Kunst- für Naturstoffe; Leim aus Knochen und Häuteabfällen, Rinderhorn als »Plastik« des Mittelalters).

#### *Mensch und Umwelt*

Die mittelalterlichen Städte, deren Bewohner innerhalb der Mauergürtel auf engstem Raume leben mußten, hatten mit drei Problemen sich auseinander zu setzen, von deren Lösung das Funktionieren der städtischen Gemeinschaft wesentlich beeinflußt wurde: die ausreichende Versorgung mit Wasser, die meist nur ungenügend und unwillig durchgeführte Abfallbeseitigung und die Belastung der Umwelt durch eine rege gewerbliche Betätigung der Bevölkerung. Jede Stadt versuchte bei Bewältigung der Probleme eigene Lösungen herbeizuführen. Die einschlägigen Quellen lassen das Spektrum der getroffenen Maßnahmen erkennen, wobei weder in den Städten noch in Landstrichen eine Einheitlichkeit gegeben war, vielmehr eine solche nur im theologisch-philosophischen Weltbild bestand. Im einzelnen verdienen folgende Maßnahmen hervorgehoben zu werden:

1. Die Erhaltung einer gesunden Luft war ein vordringliches Anliegen. In Ulm wurden unterirdische Kanäle angelegt, wie Felix Fabri mit Stolz berichtet, damit keinerlei Kloakengestank die Umwelt beeinträchtigt. In Nürnberg hat man nach der Darstellung von Konrad Celtis die Schmutzbeseitigung auf den Straßen durch künstlich zugeleitetes Wasser bewerkstelligt, ähnlich in Freiburg im Breisgau.

<sup>5</sup> vgl. auch *I. Origo*, Im Namen Gottes und des Geschäfts. Lebensbild eines toskanischen Kaufmanns der Frührenaissance, München 1985; *W. von Strömer*, Pionier-Innovationen und Innovationschübe und ihr Einfluß auf Wirtschafts- und Lebensbereiche in Mittelalter und Frühneuzeit, in: Veröff. d. Inst. f. mittelalterliche Realienkunde Bd. 8 (1986).

2. Die Belastung der Bäche und Flüsse sollte nur mit löslichen Abfällen erfolgen, überdies wurden Örtlichkeiten festgelegt, wo Abfälle in die jeweiligen Flüsse geleert werden durften. In Hamburg sollte jeder, der sperrigen Ballast in die Elbe, Alster oder in die Fleete warf, mit drei Mark Silber bestraft werden. In der Stadt Feldkirch in Vorarlberg mußte nach dem Stadtrecht von 1333/50 jede Verunreinigung durch Sperrmüll, Sand oder Steine vom Verursacher wieder entfernt werden. Hingegen hatte man großes Vertrauen in die reinigende Kraft fließenden Wassers bei menschlichen Fäkalien. Das Ausheben der Senkgruben oder »Sprachhäuser« und deren Entleerung durfte nur zu bestimmten Jahreszeiten, und zwar von Oktober bis April, und da auch nur in der Nacht vorgenommen werden, weshalb man von »Nachtkönigen« oder »Kotkönigen« in Wien, in München von »Goldgrüblern«, in Nürnberg von »Pappenheimern«, in Frankfurt hingegen sachlich von »Heimlichkeitsfegern« sprach.

3. Die Versorgung mit Trink- und Brunnenwasser war zunächst private Angelegenheit, nach und nach wurden von den Städten jedoch Brunnen angelegt, die der allgemeinen Wasserversorgung der Bewohner dienten, aber auch für Gewerbebetriebe sowie zur Feuerbekämpfung angelegt worden sind. Als Beispiele seien die Wasserkünste an der Wakenitz in Lübeck erwähnt, Wassertürme, von denen nach dem Vertrag von 1291 Wasser in die Stadt geleitet werden durfte oder die Wasserkunstanlage von Breslau von 1272. Nürnberg besaß nach der Mitte des 15. Jahrhunderts 100 öffentliche städtische Brunnen, d. h., daß bei einer Einwohnerzahl von ca. 26000 Menschen 260 Einwohner einen städtischen Grundwasserbrunnen benutzten. Seit dem 14. Jahrhundert erhielt der Brunnen- und Leitungsbau auch repräsentativen Charakter, etwa der Fischmarktbrunnen in Basel, der Altstadtmarkt-Brunnen in Braunschweig oder der Schöne Brunnen in Nürnberg.

4. Die regelmäßige Entfernung von Mist, Unrat, Kehricht und Bauschutt war ein besonderes Problem, weil die Einhaltung von Sauberkeit mehr ein soziales und finanzielles Problem darstellte, denn eine Frage von Hygiene und Reinlichkeit war. Die städtischen Obrigkeiten waren bemüht, durch Verbote und Gebote sowie Androhung von Geldstrafen die Bürger zur Reinhaltung der Straßen und Plätze zu verpflichten. Da Müll- und Abfallbeseitigung vom jeweiligen Hauseigentümer vorzunehmen war, kam man dieser Verpflichtung ungern nach, weil sie mit Kosten verbunden war. Die städtische Kontrolle wurde von »Knechten« durchgeführt, die Existenz von »Mistrichtern« etwa in Wien zeigt das Bestreben, insbesondere auf den Marktplätzen für Reinlichkeit zu sorgen. In Göttingen unternahm man im 15. Jahrhundert den Versuch, die Müllabfuhr zu zentralisieren, indem von jedem Bürger ein »Dreckgeld« eingehoben und aus den eingehenden Geldern ein »Dreckwagen« als öffentliche Abfuhr in den Dienst gestellt wurde. Die Errichtung öffentlicher Mülldeponien – etwa in Frankfurt während der Messezeit oder auf Dauer in Nürnberg oder in Straßburg – zählen gleichfalls zu den fortschrittlichen Maßnahmen, wobei solche Deponien durch gesonderte Markierungen kenntlich gemacht worden sind.

5. Die Pflasterung der Straßen und regelmäßige Straßenreinigung war vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Entsorgung, aber auch wegen des Ansehens und der Zierde einer Stadt eingeführt worden. Die erste sichere Nachricht einer Pflasterung stammt aus der Mitte des 13. Jahrhunderts aus Köln. Augsburg, Lübeck und Straßburg folgten im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts. Wohlhabende Bürger haben sich oftmals zu einer »Pflastergemeinschaft« zusammengeschlossen und vor ihren Häusern Pflastersteine verlegen lassen. Viele Bürger, etwa in Würzburg, ließen sich 1397 trotz erfolgter Pflasterung nicht davon abbringen, den Mist auf das Pflaster zu leeren. Der Adelige Eger von Münkheim lag mit der Reichsstadt Hall 1487 in Streit, weil er den Mist auf der gepflasterten Straße deponierte.

6. Von größter Bedeutung war auch die Errichtung öffentlicher Bedürfnisanstalten. In München zählte man acht solcher Anstalten, in Hildesheim existierte eine solche, ebenso 1425 in Magdeburg und zwar »umme des gemeinen besten willen«. In Nürnberg befanden sich die sieben »gemeinen heimlichen gemach« für Männer und Frauen auf der Pegnitz!

7. Die städtischen Quellen lassen erkennen, daß man bemüht war, eine Trennung von Wohn- und Gewerbegebiet durch Verlegung von lärm- und geruchsbelästigenden Gewerben an die Stadtmauer oder außerhalb derselben herbeizuführen. In Nürnberg wird im 14. Jahrhundert der Gedanke an die Reinhaltung der Luft ausgesprochen, wenn untersagt wird, schlechtes Schmalz in der Stadt zu schmelzen oder Häfen zu brennen. Die Intention, Lärmbelästigung und Luftverschmutzung so gering wie möglich zu halten, geht klar aus der Verordnung des Rats von München von 1370 hervor. Darin wird den Faßbindern (Schäfflern) die Ausübung ihres Handwerks in der Stadt verboten, eine Vorschrift, die später auch auf die Lederer und Färber, also luftverunreinigende Gewerbe, ausgedehnt wurde. In Nürnberg achtete man darauf, daß Blechschmiede, Nagler, Kürschner, Goldschlager und Pergamenter ihre Beizen, Beizwasser und andere »unsaubrigkeit« nur bei der Nacht in die Pegnitz führten, um jede Geruchsbelästigung der Bewohner zu vermeiden. Die Anstrengungen des Rats der Stadt Frankfurt zielten wegen des Lärms und der Feuergefahr auf eine Verlegung der Schmiedewerkstätten aus dem Zentrum in die Randgebiete.

8. Von Wichtigkeit war die regelmäßige Entfernung von Tierkadavern und vor allem die Vernichtung streunender Hunde, die wie in München und Wien von »huntschlager« vertilgt wurden, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Tiere häufig von der Tollwut befallen waren.

Diesen gleichsam »defensiven« Maßnahmen standen planende, vorausschauende gegenüber, wenn man etwa dazu überging, für die Bewohner Fest- und Erholungsstätten – Zürich, Nürnberg etc. – zu schaffen und systematisch durch Pflanzung von Linden und Vogelbeerbäumen die Lebensqualität in den Städten verbesserte. Zudem waren die Bewohner der Städte dazu übergegangen, sich Singvögel zu halten und in den Fenstern der Wohngebäude Blumen zu züchten, Anzeichen eines gehobenen Lebensstandards und Ausdruck eines Sozialprestiges.

### *Mentalitätswandel und Alltag*

Die Einsicht bei Kaufleuten, aber auch in der städtischen und landesfürstlichen Verwaltung sowie bei Gelehrten, zur Schriftlichkeit übergehen zu müssen, hat zu einer Reihe von Innovationen Anstoß gegeben. Zwischen 1436 und 1445 wurde in Wien und 1443 in Regensburg als Meisterstück der Tischler unter anderem bereits ein Schreibtisch bzw. ein zusammenlegbarer Schreibtisch gefordert. In der Verlassenschaft des oftmaligen Dekan der Wiener Universität, Dr. Johannes Gwerlich, findet sich 1441 die Eintragung: »Item una mensa bona vulgariter schreibtisch«. Technisch konnte ein solches kompliziertes Möbel hergestellt werden, weil man in der Lage war, die einzelnen Teile des Schreibtisches und der Laden nicht nur zu verzinken, sondern auch zu verleimen, wozu aus Abfallprodukten wie Knochen, Haut, Sehnen und anderem Schlachtabgang Glutinleim hergestellt worden ist. Dieser hatte gegenüber dem Caseinleim den Vorteil, rascher zu trocknen und bessere Festigkeit zu besitzen und wird in französischen Quellen von 1392, 1420 und 1471 als »colle forte« bzw. »colle d'Allemanne« erwähnt! Die Verbreitung der Schreibkunst, das Aufkommen der Buchführung und des Wechselverkehrs, die Leitung des Handels vom Kontor aus und der daraus resultierende Geschäftsverkehr haben aber nicht allein zur Innovation des Schreibtisches Anstoß gegeben, sondern ebenso sehr die Schaffung einer eigenen Schreibstube initiiert. Die beengten Raumverhältnisse im mittelalterlichen Haus ließen nur die Möglichkeit zu, an den straßenseitigen Fassaden der Häuser erkerartige Schreibstuben vorkragen zu lassen. 1466 erhielt beispielsweise der Bürger Pregler am Weinmarkt in Nürnberg die Erlaubnis, »ein schreibstüblein vorn an die gassen herauß zu machen«, 1468 und 1475 sind weitere Beispiele bekannt, darunter das des Nürnberger Großkaufmannes Hans Praun. Diese vorgebauten Schreibstuben hatten den Vorzug einer guten Belichtung, überdies wurden damals zwei weitere Innovationen in den Dienst der Schriftlichkeit gestellt: Zum einen die Verwendung des Konkavspiegels, um das Tageslicht auf einen Schreibtisch reflektieren zu können und für die Arbeit in den Abend- und Nachtstunden die Herstellung eines Leuchters mit verstellbarem Metallreflektor, wodurch die Lichtquelle in ihrer Wirkung verstärkt wurde, ohne die Zahl der Kerzen vermehren zu müssen, ein Paradigma kaufmännischer Rationalität und Sparsamkeit. Der erkerartige Vorbau einer Schreibstube erfüllte demnach sowohl eine wichtige wirtschaftliche Funktion, als er auch den gesellschaftlichen Status des Kaufmanns und Patriziers deutlich machte.

### *Mobilität*

Im Zeitalter der modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel stellt man mit Erstaunen und Bewunderung eine Mobilität nahezu aller gesellschaftlichen Schichten des Spätmittelalters fest, die sowohl dem intensiven Austausch in vielen Bereichen diente, nicht minder aber auch eine anerkanntswerte körperliche Leistung darstellte. Die Fahrten der Pilger

und Wallfahrer, ob einzeln oder in ganzen Scharen durchgeführt, waren zweifelsohne die an Größe und Bedeutung mächtigste Reisebewegung vor dem Anbruch der Neuzeit.<sup>6</sup> Bei den Fernpilgerfahrten, den peregrinationes maiores, nach Rom, Jerusalem und Santiago liegen beispielsweise über die Zahl der Rompilger genauere Angaben vor. Im Jubeljahr 1450 hielten sich angeblich pro Tag 40000 Pilger in der Ewigen Stadt auf, allein aus Danzig pilgerten 2000 Einwohner dorthin – ein Zehntel der Gesamtbevölkerung dieser Stadt. In vierzehn Tagen wurden im Jahre 1466 in Einsiedeln 130000 Pilgerzeichen verkauft, wobei nicht alle Pilger ein Zeichen erworben haben. Einer chronikalischen Notiz ist zu entnehmen, daß 1496 an den Stadttoren von Aachen an einem einzigen Tag 42000 Pilger gezählt worden sein sollen. Bei der Weisung der Andechser Reliquien 1392 in München wurden die zuströmenden Pilger auf ebenso einfache wie verblüffende Weise gezählt, »indem man für jeden die Stadttore passierenden Fremden eine Erbse in einen Topf warf«.<sup>7</sup> Ende des 15. Jahrhunderts überzog ein dichtes Netzwerk von Pilgerstätten den mitteleuropäischen Raum. Fragt man nach den Ursachen dieses Phänomens, kommt man zu der Überzeugung, daß die Mehrheit der Pilger die Gnadenstätten aufsuchte, weil sie aus einer Verunsicherung und Angst Schwierigkeiten bei der Existenzbewältigung und der Suche nach Orientierung hatte. Bei dem Bemühen nach einer neuen geistigen Identität brachten die Pilger die Bereitschaft auf, Mühsal und Opfer auf sich zu nehmen, finanzielle Einbußen zu erleiden, ja selbst ihr Leben zu riskieren. Pilgerfahrten – wenn sie nicht als Buße für begangenen Totschlag etc. oder zum Vergnügen unternommen wurden – hatten eine integrative Funktion und trugen nicht unwesentlich zur Krisenbewältigung im 15. Jahrhundert bei, wobei die Kommunikation, das Gespräch, die Grundfigur der spätmittelalterlichen Lebensform verkörpert. Es braucht nicht betont zu werden, daß eine Pilgerreise oftmals der einzige und wichtige Anlaß war, eine mehr oder minder weite Reise anzutreten, fremde Länder und Menschen kennenzulernen, und daß eine solche Reise auch als Ausbrechen aus dem Alltag verstanden werden muß.

#### *Flucht aus dem Alltag durch Selbstmord*

Bei der Frage nach den Motiven des Selbstmords im Spätmittelalter gilt es zwischen vorsätzlichem Selbstmord und Selbstmord von Geisteskranken zu unterscheiden. Eine Reihe von Gründen waren die Ursache zu einem »vorsätzlichen« Selbstmord, allem voran Armut, Furcht vor Strafen, schlechte Behandlung am Arbeitsplatz und Schulangst. Bei den von mir untersuchten 34 Fällen von Selbstmord entfallen 29,4% auf Geisteskranke, 14,7% der Selbstmorde auf Armut und 11,7% erfolgten aus Furcht vor den Strafen der

<sup>6</sup> vgl. auch L. Schmugge, Unterwegssein im Spätmittelalter. Die Pilger, in: Zeitschr. für hist. Forschung, Beiheft 1, Berlin 1985; H. Kühmel, Integrative Aspekte der Pilgerfahrten, in: Europa 1500, Stuttgart 1987.

<sup>7</sup> K. Köster, Mittelalterliche Pilgerzeichen und Wallfahrtsdevotionalien, in: Rhein und Maas. Kunst und Kultur 800–1400, Köln 1972.

Justiz. Bei 38,2% aller Fälle konnten die Ursachen wegen fehlender Angaben in den Quellen nicht eruiert werden. Einer Kriegerswitwe beispielsweise in Basel (1545), Mutter zweier Kinder, wurde das tägliche Almosen verweigert, worauf sie sich durch einen Sprung von der Brücke das Leben nahm. Ein Hafner in Klein-Basel, der mit dem Scharfrichter, also einem Angehörigen eines verfeimten Berufes, gezecht hatte, wurde von der Zunft trotz Zahlung einer Buße aus dem Handwerk ausgestoßen. Er stand vor dem wirtschaftlichen Ruin und setzte aus Verzweiflung seinem Leben ein Ende, weil die Ausübung eines anderen Handwerks wegen der langen Lehrzeit und der Verrufung nicht möglich war. In Augsburg erhängte sich ein 14jähriger Knabe im Hause eines Webers wegen schlechter Behandlung am Arbeitsplatz, und in Basel ertränkte sich ein Knabe 1556 wegen Schulkummer.

Die Furcht vor den grausamen Strafen des Mittelalters war häufig Ursache für Selbstmord. In Augsburg erstach sich Bartholome Sultzer im Gefängnis: wegen verübter Notzucht sollte er von seinen Brüdern eingemauert werden. In Nürnberg beging der Dieb Hanns von Teckendorf mit einem Schnürriemen Selbstmord (1447) und ein Gänsedieb erhängte sich 1477 im »loch« zu Nürnberg.

Trotz der öffentlichen Bestrafung – Ausschleifen, Verbrennen oder in ein Faß schlagen –, die am Leichnam des Selbstmörders vollzogen wurde, trotz der ewigen Verdammnis, die von der Kirche gegen jene ausgesprochen worden ist, die Hand an sich legten, konnte der Selbstmord im Mittelalter nicht verhindert werden. Alle vorsätzlichen Selbstmorde lassen die intensive physische, moralische und materielle Not erahnen, der durch den Selbstmord ein Ende gesetzt werden sollte. Der Selbstmord war im Falle der Vorsätzlichkeit ein »sozialer Akt«, der einen langen Desintegrationsprozeß mit einem rasch vor sich gehenden Bruch mit der Familie oder der Gemeinschaft markierte.<sup>8</sup>

Die Erforschung des Alltags des Mittelalters bedeutet demnach, den Schwierigkeiten und Problemen der damaligen Generationen nachzuspüren, die Frage des Zusammenlebens auf engstem Raum zu klären, den völlig anderen Stellenwert von Leben, Krankheit und Tod klarzulegen, und dies in einem Zeitalter, in dem bis zu 60% der Menschen jeweils am Rande des Existenzminimums lebten. Ein lebensnahes, ein faszinierendes Zeitalter voll von Vielfalt und Dynamik und voll von sozialen Spannungen, eine fiebrig erregte Epoche, in der Angst – und zwar Angst, ohne Buße sterben zu müssen, Angst vor Krankheit und Seuchen, vor dem Teufel – einer der bestimmenden Faktoren des Lebens gewesen ist.

<sup>8</sup> vgl. auch H. Kühmel, »...da erstach er sich mit willn selber...«. Zum Selbstmord im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Festschrift R. Schmidt-Wiegand, Berlin – New York 1986.

Jürgen Hagel

## Mensch und Wasser in der alten Stadt

### Stuttgart als Beispiel und Modell

1. Die Lage der Stadt Stuttgart 2. Erste Eingriffe in den Wasserhaushalt 3. Die Trinkwasserversorgung 4. Andere Wassernutzungen 5. Maßnahmen gegen Wassermangel 6. Abwasserprobleme 7. Hochwasserprobleme 8. Fazit: Das Wirkungsschema

Das hier behandelte Thema ist so komplex, daß es eine Monographie füllen könnte. Deshalb sollen nicht technische Details und ein historischer Abriß im Vordergrund stehen, sondern es soll gezeigt werden, wie der Mensch in dem Bemühen, seine Ansprüche im Hinblick auf das Wasser zu befriedigen und das Wasser zu nutzen, immer wieder Konflikte heraufbeschwor, die dann wiederum neue Maßnahmen erforderten. Mit anderen Worten: Die Wechselbeziehungen zwischen den Aktivitäten des Menschen einerseits und dem Wasser als einem Glied des Naturhaushalts andererseits – d. h. zwischen verschiedenartigen Elementen der räumlichen Struktur – sollen erläutert und abschließend in einem Wirkungsschema dargestellt werden. Als Modell für diese Betrachtung mag die Stadt Stuttgart dienen, nicht nur, weil sich der Verfasser mit ihr besonders befaßt hat, sondern auch deswegen, weil einmal die topographische Lage einige besondere Probleme mit sich bringt und zum anderen die Landesherrn, die Grafen bzw. (ab 1495) Herzöge von Württemberg, die seit dem 14. Jahrhundert in Stuttgart ihren Sitz hatten, immer wieder in das Geschehen eingegriffen haben.<sup>1</sup>

#### 1. Die Lage der Stadt Stuttgart

Die alte Stadt Stuttgart – ohne die späteren Erweiterungen – liegt in einer vom Neckartal zurückspringenden Bucht, die vom Nesenbach und seinem Zufluß, dem Vogelsangbach, ausgeräumt worden ist. Der 245 m hoch gelegene Marktplatz wird von den die Stadt umgebenden Höhen um rund 200 m überragt. Die relativ steilen Hänge bestehen aus vertikal abwechselnden Schichten von durchlässigen Sandsteinen und wasserstauenden Mergeln, weshalb es an Quellen nicht mangelt. Der Nesenbach fließt an der Südostseite des alten ovalen Stadtkerns vorbei und bildet die Grenze gegen die Eßlinger Vorstadt, während der Vogelsangbach abseits des alten Kerns fließt und erst mit der zweiten

<sup>1</sup> Diesen Ausführungen liegen viele historische Karten und Pläne zugrunde, in denen die jeweils angesprochene räumliche Struktur gut sichtbar wird und die zudem in vielen Fällen die einzigen noch erhaltenen Zeugnisse sind. Leider ist es nicht möglich, sie alle hier abzubilden.

Stadterweiterung (Mitte des 15. Jahrhunderts) erreicht wurde. Diese natürlichen Gegebenheiten sollten im folgenden im Auge behalten werden.

Als Element der Befestigung hatte das Wasser in Stuttgart nur in der ältesten Zeit der Burg Bedeutung, nicht jedoch für die Stadt. Zwar waren hier vor Teilen der Stadtmauer Gräben vorhanden, doch waren sie nicht voll mit Wasser gefüllt, sondern nur von kleinen Wasserläufen durchzogen. Wo die Frage nach der Wasserbeschaffung für den Stadtgraben eine Rolle spielte, ist an ähnliche Folgen wie bei der Aufstauung von Seen und der Ableitung von Wasserläufen und zum Teil wohl auch wie beim Einleiten von Abwasser zu denken (siehe unten).

#### 2. Erste Eingriffe in den Wasserhaushalt

Die das Stuttgarter Tal säumenden Hänge waren ursprünglich bewaldet, ehe sie ab dem 10. Jahrhundert nach und nach in Weinberge umgewandelt wurden. Mit der Rodung des Waldes auf den steilen Hängen erfolgte der erste wesentliche Eingriff in den Naturhaushalt, führt doch die Verringerung des Waldbestandes zu einem stärkeren und rascheren Abfluß, damit zugleich zu stärkerer Abspülung an den Hängen, aber auch zu größerem Anschwellen bei stärkerem Wasseranfall, d. h. zu häufigeren Überschwemmungen (vgl. Abbildung 3). Sicherlich hat der Mensch Abtragung und Hochwässer nicht ausgelöst, doch daß er sie verstärkt hat, steht außer Zweifel.

Die kräftigere Abspülung an den Hängen hat zwangsläufig eine stärkere Sedimentation im Tal zur Folge. Beispielsweise berichtete Heinrich Schickhardt 1630 vom Nesenbach, er werde »ofters mahl mit Sand und Kiis verschoben«. <sup>2</sup> Genaue Daten liegen allerdings nicht vor, doch zeigen die Arbeiten von G. Wagner im Taubertal, daß unter ungünstigen Umständen erhebliche Mengen erreicht werden können. So sind bei Tauberbischofsheim in 1000 Jahren 2,5 m Lehm abgelagert worden und mußte 1847 die Tauberbrücke abgerissen werden, weil sie nicht mehr genügend Durchlaß bot. Besonders auffällig wird dieser Vorgang bei der Achatiuskapelle in Grünsfeldhausen, die von etwa 1250 bis 1600 rund 3,30 m hoch von Auelehm zusedimentiert worden ist und erst zwischen 1903 und 1905 wieder freigelegt wurde.<sup>3</sup>

#### 3. Die Trinkwasserversorgung

Der Versorgung mit Trinkwasser dienten anfangs – wie auch in anderen Städten – Schöpf- und Ziehbrunnen, die das Grundwasser erschlossen, wie jener aus dem 13./14. Jahrhun-

<sup>2</sup> Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im folgenden HStA), N 220 A 197.

<sup>3</sup> G. Wagner, Die Bodenabtragung im Wandlungsprozeß der Kulturlandschaft, in: Berichte z. dt. Landeskunde 35 (1965), S. 91–111; W. Carlé, Zur Altersstellung junger Talfüllungen in Süddeutschland, in: Natur und Volk 79 (1949), S. 113–119.

dert, der im Herbst 1950 bei Bauarbeiten am Stuttgarter Marktplatz freigelegt worden ist.<sup>4</sup> Mit dem Wachstum der Stadt reichten diese Brunnen sicherlich bald nicht mehr aus, doch ist nicht bekannt, wann der erste Laufbrunnen in Stuttgart fließendes Wasser spendete.

Eine wesentliche Erweiterung der Trinkwasserversorgung erfolgte durch Graf Eberhard im Bart, der 1490 rund 5 km oberhalb der Stadt eine Quelle fassen und ihr Wasser durch eine Leitung aus Holzrohren zu herrschaftlichen Häusern und Brunnen sowie zu einigen privaten Gebäuden leiten ließ.<sup>5</sup> Die Einrichtung war also eindeutig auf das herrschaftliche Viertel bezogen. Um 1548–50 ließ die Stadt, 1564 auch der Landesherr, Herzog Christoph, weitere Leitungen bauen, jeder für seinen Bereich; denn Stadt und Herrschaft verfügten über getrennte Versorgungssysteme, wie dies übrigens auch in Tübingen mit Stadt und Universität der Fall war.<sup>6</sup> Bis 1622 waren 30 herrschaftliche und 23 städtische Brunnenstuben eingerichtet. Allein die herrschaftlichen Leitungen, die zum Teil doppelt verlegt waren, bestanden aus 6000 Teicheln<sup>7</sup> und hatten damit insgesamt eine Länge von etwa 24 km. Ein 1699 angefertigter Plan der städtischen Leitungen gibt deren Länge mit 2996 Teicheln à 14 Schuh an, was rund 12 km entspricht.<sup>8</sup> Im Jahre 1705 kaufte übrigens Herzog Eberhard Ludwig von der Freien Reichsstadt Eßlingen eine bei Vaihingen/Fildern am oberen Ende des Nesenbachtals gelegene Quelle, um die Versorgung Stuttgarts mit Trinkwasser zu verbessern; auch der Verlauf der Grenze der Freien Reichsstadt Ravensburg zeigt an, wie man früher bemüht war, sich den Besitz von Quellen zu sichern.<sup>9</sup>

In der Stadt wurde das Wasser den Laufbrunnen zugeführt, an denen die Bevölkerung sich versorgte und die überdies wichtige Plätze der Kommunikation waren. Freilich gab es verschiedentlich Klagen darüber, daß man nicht genug auf Reinlichkeit achtete. So äußerte 1572 der Landesherr seinen Unmut, weil in den Metzelpbrunnen mehrfach Unrat geschüttet worden war, und 1645 meinte Herzog Eberhard, die festgestellten Pferdekrankungen kämen vornehmlich daher, daß die Brunnen zu unsauber gehalten würden, indem die Mägde Geschirr darin säuberten und allerhand Unrat hineinbrächten.<sup>10</sup> In Freiburg verbot übrigens die Brunnenordnung von 1686, krankes Vieh aus Brunnen zu tränken.<sup>11</sup>

Weil durch Unrat Krankheiten entstehen könnten, befahl Herzog Eberhard 1639 alle

Brunnen und Kanäle in Stuttgart zu säubern.<sup>12</sup> Graf Eberhard im Bart hatte schon 1492 in seiner eigens für Stuttgart erlassenen Stadtordnung Anweisungen zur Reinhaltung der Stadt und damit auch der Brunnen gegeben.<sup>13</sup> Danach sollte Wasser, das über Hände und Geschirr ablief, nicht wieder in den Brunnen kommen. Graf Eberhard war übrigens mit seinen Maßnahmen, die sich auch auf den Wald erstreckten, der erste Landesherr Württembergs, der Umweltprobleme im heutigen Sinne zielstrebig anging.

Wenn mehrfach Klagen über die Verschmutzung von Brunnen geäußert und die Brunnenordnungen verschiedentlich erneuert wurden, so bezeugt das die damalige Bedeutung dieser Art der Wasserversorgung. Der Schluß, daß die Brunnen ständig in einem schlechten Zustand gewesen seien, ist allerdings wohl verfehlt, können die Klagen doch auch als gelegentlich aufgetretene Ausnahmefälle, die freilich wegen ihrer Bedeutung einen Niederschlag in den Akten fanden, und der Erlaß der Verordnungen als Vorsorgemaßnahmen angesehen werden.

Einzelne Städte Südwestdeutschlands besitzen Leitungs- und Brunnenpläne, welche die Verteilung des Wassers innerhalb der gesamten Stadt darstellen, bereits aus dem 16., etliche solche aus dem 17. Jahrhundert, so Ulm von 1575 – in diesem Plan sind die Leitungen durch Fäden dargestellt (»Fädlesplan«) –, 1672, 1713 und 1761, Ravensburg von 1619, Heilbronn von 1640.<sup>14</sup> Von Stuttgart gibt es einen solchen Plan erst aus der Zeit von 1740–1746.<sup>15</sup> Soweit in solchen Plänen Privatbrunnen eingezeichnet sind, gehörten sie Einwohnern der höheren sozialen Schicht, so daß diese Risse auch Rückschlüsse auf die damalige Viertelstruktur gestatten. In dem Stuttgarter Plan sind die Trinkwasserleitungen mit roten, die Abwasserdolen mit schwarzen Linien verzeichnet. Es fällt auf, daß die Zuleitungen nur in die Reiche Vorstadt und in den äußersten Südwesten führen; die anderen Teile der Stadt wurden demnach aus der herrschaftlichen Leitung oder durch Schöpfbrunnen versorgt.

Einige, wenn auch nur wenige weitere Details erfahren wir aus Akten über Brunnenstreitigkeiten. So zeigt ein Plan von 1716/17 aus der Eßlinger Vorstadt für den betreffenden Häuserblock eine gute Versorgung mit Schöpfbrunnen an,<sup>16</sup> und eine Skizze von 1706 aus der auf einem flachen Rücken gelegenen Reichen Vorstadt (die ihren Namen nach dem Stand der dortigen Bewohner hatte) läßt erkennen, welche hübsche Brunnen hochgestellte Bürger in ihren Gärten besaßen (vgl. Abbildung 1). Die unterschiedliche Art der Brunnen in den beiden Plänen bzw. Stadtteilen kann mehrere Ursachen haben, wie unterschiedliche

<sup>4</sup> Landesbildstelle Württemberg, Stuttgart, F 120.

<sup>5</sup> W. Meyer-König, Stuttgart und das Wasser, Stuttgart 1983, S. 8–10.

<sup>6</sup> J. Sydow (Hrsg.), Städtische Versorgung und Entsorgung im Wandel der Geschichte, Sigmaringen 1981, S. 204.

<sup>7</sup> Der von H. Schickhardt 1622 angefertigte Plan dieser Leitungen ist abgebildet bei J. Hagel, Stuttgart im Spiegel alter Karten und Pläne, Stuttgart 1984, Abb. 72.

<sup>8</sup> Abgebildet bei G. Wais, Alt-Stuttgart, Die ältesten Bauten, Ansichten und Stadtpläne bis 1800, Stuttgart 1954, Tf. 40.

<sup>9</sup> J. Hagel, Stuttgarter Wasser- und Umweltprobleme in der frühen Neuzeit im Spiegel alter Karten und Pläne des Nesen- und Dobelbachs, in: ZWLG 42 (1983), S. 221.

<sup>10</sup> HStA A 210 I Bü 146 und Bü 98.

<sup>11</sup> W. Müller, Vom Schöpfbrunnen zum Wasserwerk. 2000 Jahre Wasserversorgung in Baden-Württemberg, Stuttgart 1981, S. 51.

<sup>12</sup> HStA A 210 I Bü 242.

<sup>13</sup> vgl. C. F. Sattler, Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Graven, Bd. IV, Tübingen 1777, Beilage 15.

<sup>14</sup> Ravensburg im Ausschnitt in W. Bernhardt (Hrsg.), Acht Jahrhunderte Stadtgeschichte, Sigmaringen 1981, Abb. 79; zu Ulm vgl. M. Kromer, Wasser in jedwedem bürgers haus, Frankfurt 1962; zu Heilbronn vgl. F. Heiß (u. a.), Die Wasserversorgung der Stadt Heilbronn. Heilbronner Monatshefte 5 (1975); vgl. ferner W. Müller (s. A 11).

<sup>15</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 75.

<sup>16</sup> HStA A 210 II Bü 281.

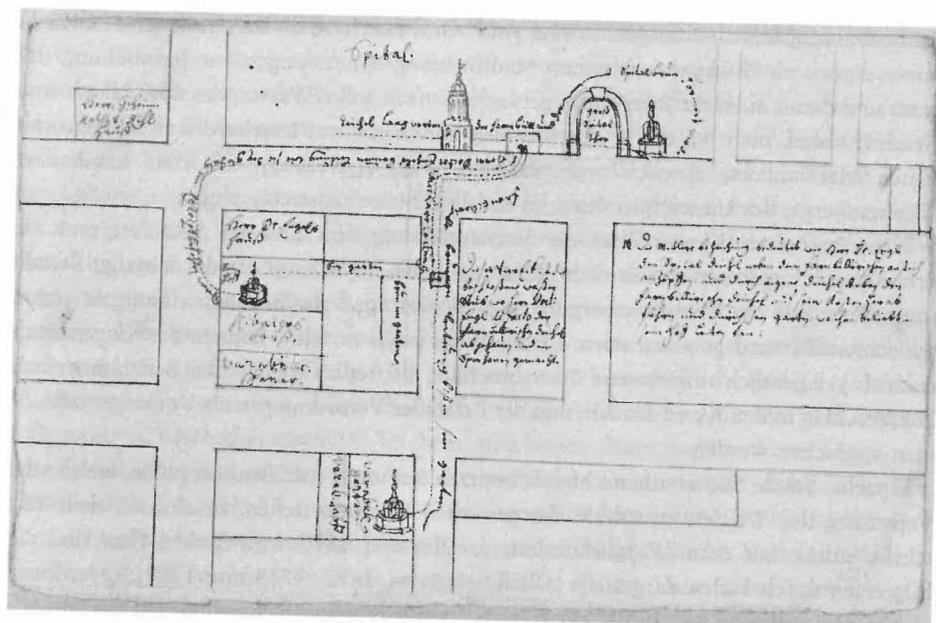


Abbildung 1

Skizze zu einem Brunnenstreit in der Reichen Vorstadt 1706. Der Hofapothecker hatte zur Versorgung seines Brunnens (links) die Leitung zum Brunnen eines Geheimen Rats (unten) angezapft. (HStA A 210 III Bü 81)

Grundwasserverhältnisse, verschiedenes Alter – die Eßlinger Vorstadt ist älter – oder Prestige Gründe.

Die Leitungen wurden aus Holzrohren gefertigt. Das hierfür benötigte Stammholz holte man nicht nur aus den Forsten der Umgebung, sondern teilweise sogar aus dem Schwarzwald, wie 1729.<sup>17</sup> Die durchbohrten Stämme mußte man bis zur Verlegung in Wasser aufbewahren, um ein Austrocknen und Reißen zu verhindern. Hierzu hatte man eigens kleine »Teichelseein«, wie sie der Plan des Jakob Ramminger von 1596 neben dem herrschaftlichen Holzlagerplatz zeigt.<sup>18</sup> Ein weiterer solcher Weiher ist in einem Riß aus der Zeit um 1700 im Südosten der Stadt verzeichnet.<sup>19</sup> Obwohl die Leitungen eingegraben wurden, schützte dies doch nicht vor Wasserdiebstahl. Zumindest 1680–1696 und 1722 wurde dem Landesherrn wiederholt berichtet, daß Weingärtner aus der Stadt die herrschaftlichen Leitungen draußen im Feld anbohrten, daraus Wasser abzapften und die Löcher nachher nicht wieder zustopften, so daß viel Wasser verloren ging.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> HStA A 202 Bü 832.

<sup>18</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 3.

<sup>19</sup> G. Wais (s. A 8), Tf. 44; Zur Datierung vgl. J. Hagel (s. A 9), S. 237 f.

<sup>20</sup> HStA A 404 Bü 31.

Als ein weiterer Konflikt sei die Gefährdung der öffentlichen Versorgung durch zu starke Ableitung in Privatbrunnen erwähnt. Sie führte im Winter 1763/64 dazu, daß die öffentlichen Brunnen wegen zu geringer Durchströmung einfroren und der Magistrat deshalb für den Winter um eine Anordnung zur Verringerung der privaten Entnahme nachsuchte. Überdies ließ so mancher Bürger mehr Wasser aus seinem Brunnenrohr fließen, als die Konzession es ihm erlaubte.<sup>21</sup>

#### 4. Andere Wassernutzungen

Bezüglich der gewerblichen Wassernutzung stehen die Gerber und Färber im Vordergrund. Sie konzentrierten sich in Stuttgart unterhalb der Pferdeschwemme vor dem Austritt des Nesenbachs aus der Stadt. Gesichtspunkte des Umweltschutzes dürften ein wesentlicher Grund für diese Viertelsbildung gewesen sein. Dies wird belegt durch die Akten über den Färber Kettinger, der 1656 oberhalb der Pferdeschwemme eine Färberei einrichten wollte. Der Magistrat lehnte seinen Antrag ab, weil er befürchtete, die Abwässer würden sich in der Pferdeschwemme sammeln, einen üblen Geruch verbreiten und die Pferde krankmachen. Wenn trotzdem schon 1673 dem Färber Klotz die Einrichtung einer Färberei oberhalb der Schwemme gestattet wurde, so nur deswegen, weil er sich verpflichtete, das Abwasser nicht in den Bach, sondern in einer Dole unter ihm hinweg in das Abwassernetz zu leiten.<sup>22</sup>

Erwähnung verdient ferner die Nutzung des Wassers als Nahrungslieferant. Dieser Funktion dienten ab dem Ende des Mittelalters bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts künstlich aufgestaute Seen im Tal des Vogelsangbachs, in denen für die Landesherrschaft Karpfen gehalten wurden (vgl. Abbildung 2). Zugleich wurden sie als Brauch- und Löschwasserreservoir genutzt. Allerdings bestand stets dann ein Wassermangel, wenn man diese – wie auch die anderen noch anzusprechenden Seen – zum Abfischen abließ. Später sah man – ein neuer Konflikt – in ihnen eine Seuchenquelle und hob sie deshalb um 1700 auf.

Einer dieser Seen hatte übrigens seit dem 16. Jahrhundert eine etwas ausgefallene Funktion: Er diente als Schießplatz der Büchenschützen, weshalb er auch »Büxensee« genannt wurde. Hier ergab sich ein Konflikt dadurch, daß eine der über den See gehenden Schießbahnen in der Verlängerung über die Scheibe hinweg auf das Gartenhaus einer angesehenen Familie führte. Infolgedessen blieben Klagen nicht aus, in deren Verlauf 1613 und 1627/29 jeweils ein großer Plan der Schießanlage angefertigt wurde.<sup>23</sup> Er läßt in der stadtnächsten Ecke des Sees auch einen Platz zum Wäschewaschen erkennen. Anlaß für Zündstoff boten diese Seen 1620, als sich in ihnen bei sehr warmem Wetter die unbekümmerte Jugend »ganz unbedeckt« tummelte. Bürgerkinder einerseits sowie Stall- und

<sup>21</sup> HStA A 210 II Bü 65.

<sup>22</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 225 f., 228 sowie Karten 4, 5.

<sup>23</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 58.

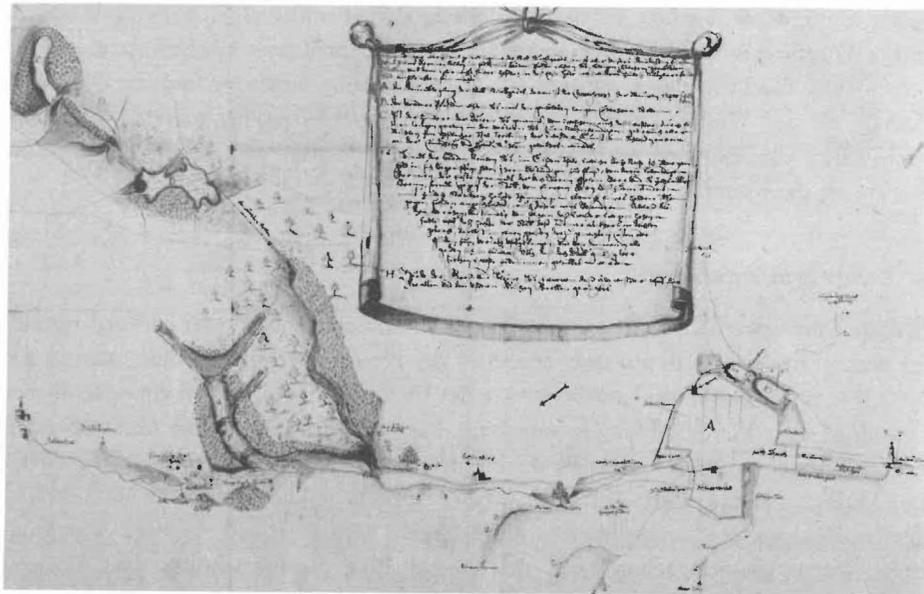


Abbildung 2

Entwurf des Baumeisters Matthias Weiß für die Anlegung von zwei Stauseen in einem Nebental des Nesenbachs 1683 (links Mitte, G und F). Oben links die Stauseen im Einzugsbereich der Glems mit dem Stollen zum Nesenbachsystem. Rechts die Stadt Stuttgart (A). Rechts oberhalb von ihr die zwei Stauseen im Tal des Vogelsangbachs. Außerdem sind mehrere Trinkwasserleitungen sowie der herrschaftliche Wasserturm (rechts) eingezeichnet. (HStA A 403 Bü 52b)

Kutscherjungen andererseits wurden deswegen jeweils für sich (!) zu besserer Sitte ermahnt.<sup>24</sup> Bemerkenswert erscheint ferner, daß 1645 ausdrücklich auf die Reinhaltung auch der Wetten (Pferdeschwemmen – innerhalb der Stadt gab es insgesamt drei), d. h. auf die Gesundheitsvorsorge für die Pferde gedrungen wurde.<sup>25</sup> Für kranke Pferde wurde das Schwemmen untersagt. In den Wetten ließ man 1645 allerdings auch Schweine baden, und auf ihnen schwammen Enten und Gänse.

Als weitere Nutzung des Wassers ist die der Bewässerung von Gärten und Äckern zu erwähnen. Nach einer Urkunde von 1444 durften 11 Morgen Acker unterhalb der Stadt jede Samstagnacht und zu anderen Zeiten bewässert werden.<sup>26</sup> Im 18. Jahrhundert hatten mehrere Bürger das Recht, dem Bach oberhalb der Stadt Wasser für ihre Gärten zu entnehmen; andere taten dies auch ohne solches Privileg. Im Jahre 1729 wurde diese

<sup>24</sup> HStA A 210 III Bü 14.

<sup>25</sup> HStA A 210 I Bü 98.

<sup>26</sup> A. Rapp, Urkundenbuch der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1912, Nr. 326. Für (Stuttgart-)Möhringen ist eine Wiesenbewässerung bereits für 1391 belegt; ebd. Nr. 160.

Entnahme oberhalb der Stadt ausführlich als Konfliktfall behandelt; sie führe dazu, so hieß es, daß nicht genug Wasser in die herrschaftlichen Gärten komme.<sup>27</sup> Auch die unerlaubte Entnahme von Gartenwasser aus dem Feuersee wurde in Trockenjahren wie 1705 zu einem Problem. Zum Betreiben der Wasserspiele in den herzoglichen Anlagen hatte Herzog Ludwig 1579 einen Wasserturm erbauen lassen (vgl. Abbildung 2); der Antrieb erfolgte durch Wasserkraft.<sup>28</sup>

Die Nutzung des Wasserlaufs als Transportweg, die für viele andere Städte große Bedeutung hatte, war beim Nesenbach nicht möglich. Die 1735 diskutierte Idee, vom Neckar aus einen Kanal nach Stuttgart zu graben, um Holz, Lebensmittel und andere Waren zu befördern, wurde nicht weiter verfolgt.<sup>29</sup>

### 5. Maßnahmen gegen Wassermangel

Mit dem Wachstum der Stadt mußte auch die Wasserversorgung ausgebaut werden. Insbesondere im 16. Jahrhundert wurde das Leitungsnetz stark erweitert. Doch mit den Quelleneinfassungen unter Herzog Christoph 1564 wurde ein Konflikt vorgegeben: Wegen seines kleinen Einzugsbereiches erhielt der Nesenbach nun nicht mehr genug Wasser, um die an ihm gelegenen Mühlen hinreichend treiben zu können, die Müller litten Wassermangel – eine Situation, die auch von anderen Städten bekannt ist.<sup>30</sup> Die Nesenbachmüller beklagten sich daraufhin beim Herzog, und dieser schickte Fachleute, den Sachverhalt zu überprüfen. Die Brunnenbaumeister fanden die Klagen berechtigt und schlugen vor, den Quellarm der rund 100 m höher fließenden, nicht zum Einzugsbereich des Nesenbachs gehörenden Glems aufzustauen und sein Wasser umzuleiten. Herzog Christoph ließ daraufhin den Fluß durch einen Staudamm abriegeln und das Wasser durch einen 805 m langen Stollen unter der Wasserscheide hindurch ins Nesenbachtal lenken.<sup>31</sup>

In Salzburg mag man hierbei an den Almkanal denken, der schon 430 Jahre früher, nämlich 1136–1143, durch einen 370 m langen Stollen gelenkt wurde. Auch Nürnberg hatte schon 1492 eine Umlenkung versucht, war damit allerdings gescheitert.<sup>32</sup> Die Besonderheit der Stuttgarter Maßnahme liegt darin, daß hier in ein anderes Einzugsgebiet übergegriffen wurde. Die Anlage wurde übrigens später erweitert und ist noch heute in Betrieb.

Gut ein Jahrhundert später wurde nach zwei Trockenheiten ein Wassermangel auf einem anderen Gebiet deutlich: Man befürchtete, im Brandfall nicht genügend Löschwas-

<sup>27</sup> HStA A 21 Bü 558. Einige der Gärten sind in dem noch zu besprechenden Plan der Brücken und Wehre von 1740 dargestellt.

<sup>28</sup> vgl. J. Hagel (s. A 7), S. 40 und Abb. 19.

<sup>29</sup> HStA A 7 Bü 33. Man beachte die Reihenfolge in der Aufzählung der Güter.

<sup>30</sup> vgl. Stuber in J. Sydow (s. A 6), S. 24.

<sup>31</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 222ff. und Karten 3 a, 3 b.

<sup>32</sup> H. Dopsch, Der Almkanal in Salzburg, in: J. Sydow (s. A 6), S. 46–76 und Diskussion.

ser zu haben. Ob dabei auch der bereits zitierte Wasserdiebstahl im Spiele war, vermag der Verfasser nicht zu entscheiden. Schon Herzog Christoph hatte 1565 Wasserrinnen anlegen wollen, um Löschwasser in die Stadt leiten (und Unrat wegschütten) zu können.<sup>33</sup> Nun, im Jahre 1683, überlegte man, in einem Nebental des Nesenbachs das Wasser mit zwei halbmondförmigen Dämmen zu zwei Seen von nahezu 10 Morgen aufzustauen und von Zeit zu Zeit in die Stadt in einen hochgelegenen Wasserbehälter abzulassen (vgl. Abbildung 2). Doch bei einer Ortsbesichtigung sah man selbst einen Konflikt: Es wurden Bedenken laut, die Dämme könnten bei einem Wolkenbruch bersten und der dann einsetzende Wasserschwall könnte die Stadt überfluten. Sicherlich hatte man das Hochwasser von 1652 noch in schlechter Erinnerung.

Im Jahre 1684 trugen die Baumeister einen neuen Gedanken vor: Sie wollten jetzt auf dem höchsten Punkt nahe der Stadtmauer einen Stausee anlegen und ihn mit Wasser aus dem 1565 angelegten Stollen speisen. Wie ernst es allen Beteiligten damit war, zeigt die Tatsache, daß der Augsburger Brunnenmeister Bartholomäus Ströhl (auch Strählin geschrieben) als Gutachter hinzugezogen wurde.<sup>34</sup> Finanzielle Gründe verhinderten allerdings die Ausführung des Plans. Im Jahre 1698 trugen die Baumeister ihren Plan von neuem vor, und er wurde 1701 auch verwirklicht.<sup>35</sup> Man speiste den See über Rohrleitungen aus Quellen des Nesenbachtals. Doch dann erkannte man, daß dieses klare Wasser für diesen Zweck viel zu kostbar war und leitete es deshalb in die Stadt um.<sup>36</sup> Nun mußte der Vogelsangbach das Löschwasser liefern, doch er war bereits zu stark für die Trinkwasserversorgung beansprucht. Man griff deshalb nach einiger Zeit wieder auf das Nesenbachtal zurück, erntete aber ebenso wie auch schon 1701 den Protest der Müller. So mußte man sich schließlich auf das Regenwasser verlassen. Von diesem »Feuersee« aus, der noch heute besteht, wurden Wasserkästen in der Stadt gespeist und Straßen durchgespült. Ein ähnliches System hatte übrigens Dinkelsbühl mit dem Weiher vor dem Syringer Tor, und auch die Straßenreinigung durch fließendes Wasser ist aus anderen Städten belegt.<sup>37</sup>

Angesichts des raschen Bevölkerungswachstums litt Stuttgart im 19. Jahrhundert ständig unter Wassermangel. Von den Überlegungen zur Lösung des Problems sei hier lediglich ein Entwurf von 1835 erwähnt, der vorsah, vom Neckar bei Neckartailfingen durch einen 18,5 km langen Stollen von 2,30 m Höhe Wasser nach Stuttgart zu leiten. Dieser Stollen hätte die beachtliche Kapazität von 660 l/s gehabt! Das Projekt scheiterte an den Kosten, doch die vorgesehenen Maße kennzeichnen die Größe des Problems.<sup>38</sup>

<sup>33</sup> K. Pfaff, Geschichte der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1845, I, S. 82.

<sup>34</sup> HStA A 403 Bü 52b.

<sup>35</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 219 ff. und Karten 1–2b.

<sup>36</sup> (s. A 27).

<sup>37</sup> vgl. Diskussionsbeitrag in J. Sydow (s. A 6), S. 200 und O. Borst, Über Alt-Esslingen, Esslingen 1969, S. 85.

<sup>38</sup> vgl. Karte im HStA H 59 Nr. 4, Profil dazu ebda., H 59 Nr. 161.

## 6. Abwasserprobleme

Über die Beseitigung des Schmutzwassers liegen für Stuttgart – wie allgemein – widersprüchliche Angaben vor. Offenbar standen auch hier ein Reinlichkeitsbewußtsein und die Möglichkeit, es zu verwirklichen, im Konflikt, wie es Dirlmeier allgemein für die süddeutschen Städte des Mittelalters beschrieben hat.<sup>39</sup> So wurde 1429 und 1466 Stuttgarter Hausbewohnern ausdrücklich gestattet, Wasser in den Hof zu schütten, 1431 aber ein Ausleeren in einem gemeinsamen Hof und 1451 in einen benachbarten Hof untersagt. Immerhin wurde noch 1808 und 1809 geklagt, daß Unreinlichkeiten aus den Fenstern hinaus auf die Straßen geschüttet wurden.<sup>40</sup> Überdies müssen wir offenbar zwischen der Beseitigung von Fäkalien und der Ableitung von Wasser unterscheiden.

Der Abführung des Wassers dienten unterirdisch verlegte Dolen, die urkundlich seit 1490 belegt sind, als die Dominikaner vom Landesherrn die Genehmigung zu solcher Ableitung erhielten.<sup>41</sup> 1632 hat Heinrich Schickhardt das Dolennetz der inneren Stadt in einem Plan verzeichnet. Er berichtete dazu, daß niemand wisse, wann die Dolen erbaut worden seien. Sie sind also mindestens ins 16. Jahrhundert zu datieren, zumal bereits die württembergische Bauordnung von 1568 vorschrieb, in den Städten Haupt- und »Beytholen« anzulegen.<sup>42</sup> Dabei ist durchaus wahrscheinlich, daß diese Verordnung nur etwas festhielt, was längst üblich war, und daß die erwähnte Genehmigung von 1490 nur deswegen unumgänglich war, weil die Dolen in einen herrschaftlichen See führten.

Die Hauptstränge des Dolennetzes waren nach Schickhardts Beschreibung mannshoch; sie waren von der Stadt erbaut und wurden auch von ihr unterhalten, d. h., die Schmutzwasserbeseitigung war hier Angelegenheit der öffentlichen Hand.<sup>43</sup> In die Hauptdolen mündeten an die hundert Zuleitungen aus den Häusern ein. Von links führt in Schickhardts Plan die Zuleitung aus der Eßlinger Vorstadt herein. Deren Kanalisationsnetz ist für die Zeit um 1720–1750 und im Plan von 1740–46 kartographisch belegt.<sup>44</sup> Alle drei hier erwähnten Pläne stimmen bezüglich des Dolennetzes im wesentlichen überein. Bemerkenswert erscheint allerdings, daß 1740/46 für die Reiche Vorstadt kein Kanalisationsnetz eingetragen ist und auch Schickhardts Plan keine Zuleitung aus diesem Stadtteil zeigt. Die 1776 vom Magistrat geäußerte Absicht, das Abwasser der Reichen Vorstadt, das über eine Straße abfloß, in eine Dole zu leiten,<sup>45</sup> stützt die aus den Plänen abzuleitende Annahme,

<sup>39</sup> U. Dirlmeier, Die kommunalpolitischen Zuständigkeiten und Leistungen süddeutscher Städte im Spätmittelalter, in: J. Sydow (s. A 6), S. 131 f.

<sup>40</sup> A. Rapp (s. A 26), Nr. 272, 276, 354, 483; Polizei-Verordnung 20. 9. 1808 und 18. 6. 1809.

<sup>41</sup> ebda., Nr. 789; Für Ulm sind Abwasserdolen nach U. Dirlmeier (s. A 39), S. 117 und 148 erstmals für 1488 belegt, in der Literatur allgemein bereits vor 1450 erwähnt.

<sup>42</sup> A. L. Reyscher (Hrsg.), Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze, Stuttgart 1828 ff., Bd. XII, S. 356.

<sup>43</sup> HStA N 220 A 197; Die Angabe U. Dirlmeiers (s. A 39), S. 140, daß die Unterhaltung der Dolen Privatsache von Dolengemeinschaften war, trifft hier also nicht zu.

<sup>44</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 75 und 76.

<sup>45</sup> HStA A 248 Bü 1271.

daß ausgerechnet jene Vorstadt, die man die »Reiche« nannte, kein Entwässerungsnetz (oder aber nur private Ableitungen) besaß.

Die Fäkalien wurden auch damals noch in die »Winkel« abgelassen, wenngleich die Bauordnung von 1568 vorschrieb, die Kloaken, wenn möglich, einzugraben, zumindest aber gegen Einblick und Zutritt, insbesondere gegen das Eindringen von Schweinen abzuschirmen.<sup>46</sup> Daß die Fäkaliengruben ebenso wie die Dunglegen, die es noch immer in der Stadt gab, das Grundwasser beeinträchtigten, das seinerseits Trinkwasserbrunnen speiste, ist als weitere Konfliktsituation anzuführen. Kromer hat dies für Ulm anschaulich beschrieben.<sup>47</sup>

Die Anlieger des Nesenbachs hatten es einfacher. Er führte ihre Abwässer, auch warfen sie ihre Abfälle einfach in den Bach. Nicht zuletzt taten dies die Metzger, deren Schlachthaus seit 1585 direkt über dem Nesenbach stand.<sup>48</sup> Es war dies die zweite Berufsgruppe, die – nach der Gruppe der Gerber und Färber – eine besondere Wasserverschmutzung verursachte. Nach der Stadtordnung von 1490 sollte auch derjenige, der kein eigenes »Sprachhaus« hatte, »nachts in den Bach tragen, was sonst in den Winckel keme«.<sup>49</sup> Damit ergab sich eine weitere Konfliktsituation: Dieser Bach war durch die Ableitung der Quellen für die Trinkwasserversorgung in seiner Wasserführung zu sehr geschwächt, um mit dem Unrat fertigzuwerden, bzw. war die Stadt bereits zu groß geworden, um durch ihn entsorgt werden zu können.

Der Konflikt war ein zweifacher: einerseits verstopfte der Abfall den Abfluß, andererseits stank er zum Himmel. Herzog Eberhard verbot deshalb 1640 bei Strafe, etwas in den Bach zu schütten. Es hat anscheinend nicht viel genützt, denn schon 1642 wiederholte er das Verbot und verlangte außerdem, die Fenster zum Bach hin zu vergittern. Die Tatsache, daß er schon kurz darauf mißmutig feststellen mußte, seine Anweisungen würden nicht gebührend befolgt, bestätigt uns, daß Umweltprobleme auch früher schon nicht mit Ge- und Verboten allein wirksam zu lösen waren. Die Klagen hielten übrigens noch länger an: 1754 beschwerte sich Herzog Karl Eugen beim Magistrat über den Gestank des Baches, und noch 1807 hieß es, das inzwischen erbaute Neue Schloß sei in trockenen Zeiten im Erdgeschoß unbewohnbar, weil der an ihm vorbeiführende Bach zu sehr stinke.<sup>50</sup>

Die Ablagerung von Abfall und von Hangschutt im Bachbett machte es notwendig, dieses immer wieder auszuräumen. Die Verstopfung hätte zweifellos Müllern unterhalb der Stadt, hätte es hier solche gegeben, manchen Anlaß zur Klage geboten. Daß man darüber nachsann, ob dieses Problem nicht auf andere Weise zu lösen wäre, bezeugt eine Karte aus dem Jahre 1750.<sup>51</sup> Sie zeigt beim Eintritt des Baches in die Stadt einen kleinen

<sup>46</sup> vgl. A. L. Reyscher (s. A 42).

<sup>47</sup> M. Kromer (s. A 14).

<sup>48</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 225 ff.

<sup>49</sup> C. F. Sattler (s. A 13).

<sup>50</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 225 ff.

<sup>51</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 20.

See, der damals gar nicht bestand. Offensichtlich beabsichtigte man, den Bach dort aufzustauen und das Wasser von Zeit zu Zeit in einem Schwall abzulassen, um den Unrat wegzuschwemmen. Ähnliches ist auch aus anderen Städten durchaus bekannt. Verwirklicht wurde der Gedanke in Stuttgart erst 1811. Das damals erbaute Staubecken bescherte der Stadt übrigens insofern neuen Zündstoff, als die Jugend in ihm eine Badegelegenheit entdeckte, so daß sich der Oberpolizeidirektor zum Einschreiten veranlaßt sah. Der Wasserbaudirektor ließ daraufhin ein wenig oberhalb eine Badestelle für die Jugend einrichten.

Eine andere Lösung des Duftproblems sah man in der Überdeckung des Nesenbachs. Sie wurde im 18. Jahrhundert begonnen. Der Konflikt liegt darin, daß man der Stadt damit den Reiz des fließenden Wassers nahm. Die Umsiedlung der Gerber in die 1806–1810 angelegte Tübinger Vorstadt (»Gerberviertel«) verlagerte die von ihnen ausgehende Umweltbelastung zwar vom Neuen Schloß weg, aber sonst nur ein Stück talaufwärts an den Eintritt (!) des Nesenbachs in die Stadt.

### 7. Hochwasserprobleme

In Städten, die an größeren Flüssen liegen, waren Hochwasserschäden nicht selten. So wurde – um nur ein besonders krasses Beispiel zu nennen – in Neuenburg am Oberrhein bis 1525 die Hälfte der Stadt vom Fluß weggerissen. Man kann sich heute aber nur schwer vorstellen, daß ein Bach, der jetzt vollständig verdolt und deshalb normalerweise auch nicht sichtbar ist, Hochwasserkatastrophen bewirken könnte. Und doch verzeichnete die Chronik von 1272 bis 1800 mindestens 37 Überschwemmungen durch den Nesenbach, wiederholt sogar mit Todesfällen.<sup>52</sup> Vorwiegend wurden sie durch Starkregen, vereinzelt durch rasche Schneeschmelze bedingt, wodurch das Wasser unter den geschilderten Geländebedingungen rasch im Tal zusammenströmte. Die weitgehende Beseitigung des Waldbestandes hat diesen Vorgang zweifellos begünstigt.

Eine gründliche Bestandsaufnahme von Hochwasserschäden und der zu ziehenden Konsequenzen liegt von 1652 vor. Grundlage des Berichts ist ein eigens dafür angefertigter Stadtplan, in dem alle angesprochenen Stellen durch Buchstaben bezeichnet sind. Insbesondere erwiesen sich damals alle Brücken als zu niedrig. Auch ein nicht näher bezeichneter Plan von 1740 dürfte in solchem Zusammenhang zu sehen sein, zeigt er doch alle Wehre und Brücken, für die auch einige Maße angegeben sind. Bei der untersten Brücke ist ausdrücklich ein bei Wassernot schädlicher Pfeiler eingezeichnet und erwähnt.<sup>53</sup>

In dem Plan von 1740 ist bei dem von links kommenden Wassergraben vermerkt, daß er viel Wasser und viel Steine führe. Bei dem Hochwasser von 1652 hatte er das Ecklinger Tor halbmannshoch verschüttet. Als man 1740 im Mündungsgebiet dieses Wasserlaufs, des

<sup>52</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 234 ff. und Tab. 1.

<sup>53</sup> J. Hagel (s. A 7), Abb. 55 und 56.

Dobelbachs, einen Kasernenbau auf seinen Schwemmfächer setzte, war ein neuer Konflikt vorprogrammiert. In der Tat blieben Hochwasserschäden nicht aus. Außerdem gab es dadurch, daß man den Nesenbach im Kasernenbereich überwölbte, gelegentlich einen Wasserstau, weil man den Querschnitt zu gering bemessen hatte. Als der Landesherr 1778 die Überwölbung stadtwärts verlängern wollte, widersprach ihm nicht nur der Magistrat, sondern bildete sich auch eine Bürgerinitiative gegen diesen Plan, ohne ihn freilich verhindern zu können.<sup>54</sup>

An der starken Schuttführung des Dobelbachs waren die Einwohner allerdings nicht ganz unbeteiligt, und zwar durch Rodung zugunsten von Weinbergen und damit Verstärkung der Abspülung, durch Ablagerung von Unrat am Ufer des Baches und durch Anlegung von Steinbrüchen, in denen das Wasser rasch abfließen und viel Feinmaterial mitnehmen konnte.

Schon 1631 versuchte man, dem Dobelbach durch Verbauung etwas von seiner Kraft zu nehmen. Insbesondere in den Akten aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – nach dem Bau des erwähnten Kasernenkomplexes – finden sich hierzu reichliche Angaben.<sup>55</sup> Mit Dämmen und Schwellen, Flechtwerk und Schuttfanglöchern wollte man die Schuttführung bremsen. Daß man sie nicht vollständig würde unterbinden können, wurde durchaus erkannt und 1768 mit dem Hinweis auf die Weinberge im Einzugsbereich des Baches, aus denen der obere Boden fortgeschwemmt werde, erwähnt. Ja es hieß damals sogar, »daß einer solchen Wassers Gewalt mit keiner menschlichen Art vorzubeugen ist«.

8. Fazit: Das Wirkungsschema

Der Verfasser hat die vorgetragenen Sachverhalte in einem vereinfachten Schema zusammengefaßt (vgl. Abbildung 3).<sup>56</sup> Vieles, was darin genannt ist, kennt man auch aus anderen Städten. Das am Modell Stuttgart entwickelte Schema kann deshalb als übertragbar gelten. So würde es auch auf das von Hilger 1984 beschriebene Hamburger Beispiel passen, wenn man die speziell auf Stuttgart bezogenen Jahresangaben und Namen wegließe.<sup>57</sup>

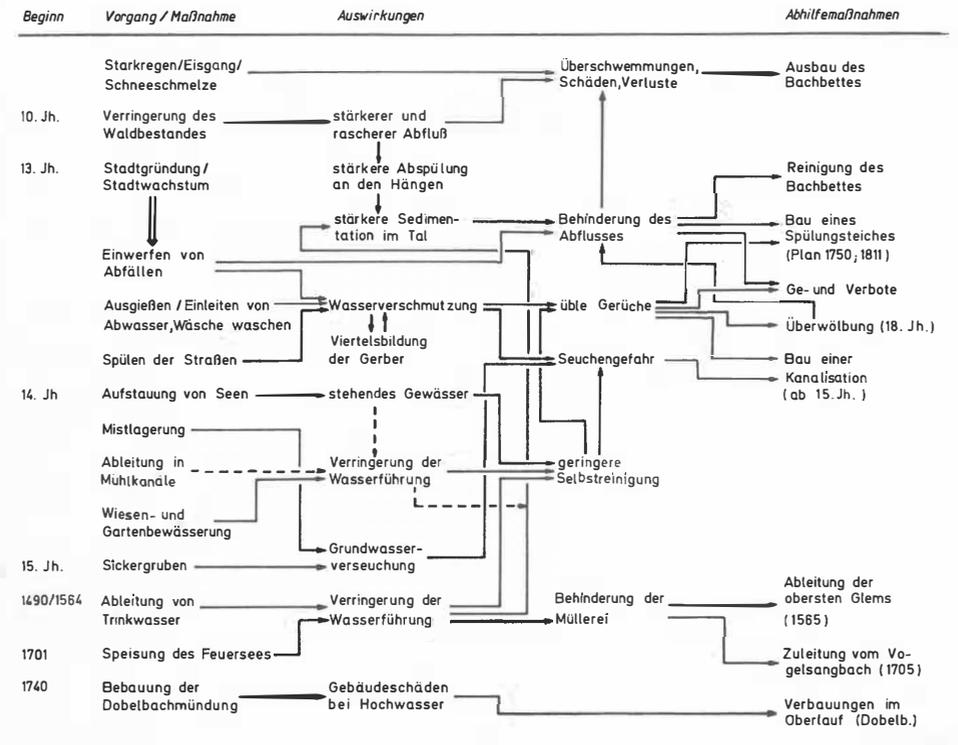
In dem Schema sind zwar nicht Relief, Untergrund, Witterung und Wasserführung als mitentscheidende Einflußgrößen genannt und sind auch nicht Landesherr, Magistrat, Baumeister und Bürger als agierende Personen besonders aufgeführt – es würde dies die Übersicht erheblich erschweren –, dennoch zeigt die Darstellung der wirksamen Vorgänge deutlich, wie komplex das Beziehungsgefüge zwischen Eingriffen, Wirkungsmechanismen

<sup>54</sup> J. Hagel (s. A 9), S. 239 ff. und Karten 10–12.

<sup>55</sup> ebda.

<sup>56</sup> Über Wirkungsschemata vgl. J. Hagel, Möglichkeiten der Darstellung von Systemen im Geographieunterricht, in: Geographie und Schule 7, H. 33 (1985), S. 19–28.

<sup>57</sup> M.-E. Hilger, Umweltprobleme als Alltagserfahrung in der frühneuzeitlichen Stadt, in: Die alte Stadt 2/1984, S. 112 ff.



Die Pfeile stehen im Sinne von "bewirkt", "führt zu", "begünstigt". Gestrichelte Pfeile bezeichnen Beziehungen, die in Stuttgart keine Bedeutung besaßen. Der Doppelpfeil bei "Stadtgründung / Stadtwachstum" gilt für alle darunter folgenden Begriffe. Entwurf: J. Hagel 1985

Abbildung 3 Vereinfachtes Schema des Wirkgefüges »Mensch und Wasser« in Stuttgart bis zum 18. Jahrhundert (ohne Berücksichtigung der Nutzung des Wassers als Transportweg).

und Folgen ist. Das Schema läßt erkennen, wie die in guter Absicht, nämlich in dem Bestreben, die eigenen Lebensbedingungen zu verbessern und die Sicherheit von Leib und Gut zu erhöhen, vorgenommenen Eingriffe in den Naturhaushalt in der Regel zugleich auch nachteilige Auswirkungen, ja mitunter starke Konflikte zeitigten. Das ist ja gerade das Merkmal der Umweltprobleme, daß der Mensch im Streben nach Verbesserungen der Lebensqualität zugleich Schäden bewirkt. Eben deshalb müssen wir lernen und bereit sein, in Systemen zu denken. Geeignete Wirkungsschemata können dabei sicherlich eine gute Denk- und Merkhilfe sein.

Heide Berndt

## Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie

I

Zwei Weltkriege haben das Vergessen einer sozialwissenschaftlich breit fundierten Stadtplanungsdiskussion gefördert, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte. Es waren die Beiträge der Ärzte, die auf die »Grundsätze« der sich neu etablierten Stadtplanungslehren einwirkten. Giorgio Piccinato, der 1977 zuerst »Städtebau in Deutschland 1871–1914, Genese einer wissenschaftlichen Disziplin« vorlegte,<sup>1</sup> läßt die Zusammenarbeit R. Baumeisters und J. Stübbers mit den Hygienikern seiner Zeit gänzlich außer acht.

Zwar hatte L. Benevolo in seinen Recherchen über die »sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus« 1963 betont, daß die »Gesundheitsgesetzgebung zur unmittelbaren Vorläuferin in der modernen Baugesetzgebung« geworden war,<sup>2</sup> aber seine Hinweise auf die Bedeutung der Hygieniker für die Entwicklung moderner Stadtgestaltung wurden nicht aufgenommen.

Es ist meine These, daß der »funktionale Städtebau« wie auch die Formentwicklung der modernen funktionalen Architektur entscheidend von den Hygienevorstellungen des 19. Jahrhunderts bestimmt wurde. Dieser Einfluß vollzog sich unter dem Zutun von Ärzten, die mit Ingenieuren und hohen Verwaltungsbeamten in der Stadtplanung zusammenarbeiteten, um die Anlage städtischer Kanalisationssysteme durchzusetzen.

Die führende Rolle der Ärzte ist selbst bei oberflächlicher Sichtung des historischen Materials unzweifelhaft. So ebnete Virchow in Berlin den Weg für Hobrecht, Varrentrapp in Frankfurt den für Lindley, Eduard Lent beeinflusste Stübber in Köln und von Corval half Baumeister in Sachen Hygiene. Baumeister arbeitete später mit dem Berliner Arzt Boerner, Organisator der großen Berliner Hygieneausstellung 1882/83, zusammen.

Hygienische Argumente in der Entstehung der modernen Stadtplanung weisen in neuerer Zeit auch G. Fehl und Rodriguez-Lores nach.<sup>3</sup> Sie machen auf die Deutsche

Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege aufmerksam, die für Deutschland wichtigste Zeitschrift der Hygienebewegung,<sup>4</sup> an der sich erkennen läßt, daß stadtplanerische Instrumente, wie z. B. die Zonung und die offene Bauweise, unter dem Eindruck hygienischer Argumente zustande gekommen waren, ganz zu schweigen von den intensiven Auseinandersetzungen über Kanalisation, Gewässerverschmutzung und Berieselung. Weitere wichtige Themen für die Hygieniker waren Arbeitsschutzmaßnahmen, Wohnungsinspektionen und die Anlage von Schlacht- und Leichenschauhäusern, sowie Krankenhausbauten. Die Hygieniker waren gewissermaßen Sozialwissenschaftler, vor allem Sozialpolitiker.

Was ich hier als Hygienebewegung bezeichne, geht also auf das Bestreben der akademisch gebildeten Ärzte des ausgehenden 18. und der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück, sich zum Nutzen eigener Interessen sowie des Wohles der Patienten der Staatsverwaltung als »medizinische Polizei« zu empfehlen. Ihr therapeutisches Können war sehr gering. Als freipraktizierende Ärzte hatten sie ein höchst unsicheres Einkommen. Nach dem preußischen Strafgesetzbuch 1851 waren sie gezwungen, die Armen kostenlos zu behandeln, wenn ein akuter Krankheitszustand vorlag (Kurierzwang). Die Armenärzte wurden von den Stadtverwaltungen schlecht entlohnt. Niedriger gesellschaftlicher Status und der verhaßte Kurierzwang bestimmten die politischen Forderungen der Ärzte.<sup>5</sup> Wenn die Ärzte damals wegen mangelnder medizinischer Kompetenz nicht kurieren konnten oder wollten, so sollte Medizin präventive Gesundheitspolitik bedeuten. Zur Prävention gehörte ein gesundheitsfördernder Lebenswandel. Schon die Ärzte des ausgehenden 18. Jahrhunderts vertraten besonders deutlich bürgerliche Lebensauffassungen. »Die gute Lebensordnung, die Mäßigkeit und die Gemütsruhe« als Gesundheitsgaranten waren Kampfbegriffe, die man dem auf Ausschweifungen, Exaltationen und prahlerischen Konsum orientierten Adel vorhielt.<sup>6</sup> Aber nicht nur der Adel bedurfte der Gesundheitserziehung, vielmehr noch die Land- und Heimarbeiter, später das Industrieproletariat. Um diese Menschen trotz ihrer Armut zu gesünderem Leben zu bringen, sollte der Staat helfend eingreifen. Die fortschrittlich-liberalen Ärzte forderten einen demokratischen Staat, der das Elend der unteren Schichten mildern sollte. Sie setzten ihre Hoffnung auf eine Revolution, die den absolutistischen Staat zerstörte. Von daher formulierte Rudolf Virchow, der bedeutendste Mediziner des 19. Jahrhunderts, ohne Übertreibung: »Die Medizin ist eine soziale Wissenschaft und die Politik ist nichts weiter als Medizin im großen.«<sup>7</sup>

<sup>1</sup> G. Piccinato, Städtebau in Deutschland. Genese einer wissenschaftlichen Disziplin, Braunschweig 1983.

<sup>2</sup> L. Benevolo, Die sozialen Ursprünge des modernen Städtebaus. Lehren von gestern – Forderungen für morgen, Gütersloh 1971.

<sup>3</sup> G. Fehl / J. Rodriguez-Lores, Die »gemischte Bauweise«. Zur Reform von Bebauungsplan und Bodenaufteilung zwischen 1882 und 1914, in: Stadtbauwelt, Heft 71 (1981); dies., Aufstieg und Fall der Zonenplanung. Städtebauliches Instrumentarium und stadträumliche Ordnungsvorstellungen zwischen 1870 und 1905, in: Stadtbauwelt, Heft 73 (1982).

<sup>4</sup> so F. Temmstedt, Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800–1914, Köln 1983; aber auch: H. Selig, Stadtgestalt und Baukunst in München 1860–1910, München 1983.

<sup>5</sup> C. Huerkamp, Ärzte und Professionalisierung in Deutschland. Überlegungen zum Wandel des Arztberufs im 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), S. 349–382.

<sup>6</sup> U. Frevert, Krankheit als politisches Problem 1170–1880, Göttingen 1984, S. 33.

<sup>7</sup> R. Virchow, Der Armenarzt, in: Medizinische Reform 1848, nachgedruckt in: R. Virchow, Gesammelte Abhandlungen aus dem Gebiete der öffentlichen Medizin und der Seuchenlehre I, Berlin 1879.

Seuchen, vor allem die erstmals 1831 von Indien nach England eingeschleppte Cholera, die sich rasch in ganz Europa ausbreitete, erwiesen sich als große gesellschaftliche Herausforderung.<sup>8</sup> Die Cholera wurde von den Hygienikern auch achtungsvoll als »natürliche Polizei« bezeichnet, da sie ihre Bemühungen um bessere »medizinische Polizei« verstärkte und zu einer rationelleren Handhabung der »sozialen Frage« zwang. Denn die Beobachtungen zeigten, daß Choleratote in den schlecht gelegenen, schmutzigen Quartieren häufiger waren, obwohl auch Bessergestellte nicht verschont blieben. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde erkannt, daß die Verunreinigung des Trinkwassers durch Abwässer, die menschliche Fäkalien enthalten, sowohl Typhus wie Cholera verursacht.<sup>9</sup> Ab 1850 setzte sich der Chemiker und Hygieneprofessor Pettenkofer in München für die Kanalisierung ein und erreichte dank seiner guten Beziehung zu Bürgermeister Erhardt, daß eine Schwemmkanalisation gebaut wurde.<sup>10</sup>

Mit der rasanten Verstädterung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts stand immer mehr zu befürchten, daß die Armutskrankheiten über die Dienstboten auch auf die Herrschaften überspringen könnten.<sup>11</sup> Es war also nicht unbedingt Menschenliebe, die die Hygieniker trieb, sich mit Elend, Armut, Schmutz und Krankheit abzugeben, vielmehr war es ein Stück bürgerlicher Gesinnung, vermeidbare Schäden in der Volkswirtschaft zu erkennen und rechtzeitig zu beheben. Ute Frevert nennt das den »human-capital Ansatz«,<sup>12</sup> der auch bei Virchow klar ausgesprochen wird: »Staat und Stadt erhalten ihren Wert durch die Menschen und ihre Arbeit«, eine Ansicht, die Virchow gesperrt drucken ließ, weil sie noch immer nicht genügend anerkannt sei. Um das Argument zur Begründung einer staatlich geförderten Gesundheitspolitik zu erhärten, fuhr er fort: »Auch in der Militärverwaltung hat es eine Zeit gegeben, wo man den Verlust eines Pferdes höher veranschlagte, als den eines Menschen, weil man Pferde kaufen mußte und Menschen umsonst zu haben waren. Umsonst? Konnte man wirklich vergessen, was die Erziehung eines Menschen kostet, was der Verlust eines Menschen an verlorener Arbeit wert ist?«<sup>13</sup>

Besonders deutlich ist die bürgerlich-utilitaristische Haltung bei Edwin Chadwick (1800–1890), der europäisch führenden Person der Hygienebewegung, zu sehen. 1842 veröffentlichte Chadwick den ersten Sanitary Report, der nachhaltigen Einfluß auf die englische Gesundheitsgesetzgebung hatte. Chadwick war ein Schüler J. Benthams, des Erfinders des Panopticons, eines Gefängnisses, das besonders gute Überwachung durch seine Architektur gewähren sollte. Chadwick hatte Jura studiert, sich aber nach Benthams Tod nicht als Rechtsanwalt betätigt, sondern der Reform der Armengesetzgebung gewid-

<sup>8</sup> vgl. R. J. Morris, *Cholera 1823 – The Social Response to an Epidemic*, London 1976.

<sup>9</sup> G. Rosen, *Disease, Debility and Death*, in: Dyos / Wolf, *The Victorian City*, London 1973, S. 336.

<sup>10</sup> vgl. K. Kisskalt, *Max von Pettenkofer*, Stuttgart 1948, S. 67–74.

<sup>11</sup> vgl. E. Ackerknecht, *Beiträge zur Geschichte der Medicinalreform*, in: Sudhoffs Archiv für Geschichte der Medizin Bd. 25 (1932), S. 114 f.

<sup>12</sup> U. Frevert (s. A 6), S. 26.

<sup>13</sup> R. Virchow (s. A 7) II, S. 229 f.

met. Er war der Erfinder des workhouse-test, der Kasernisierung der Armen zur besseren Kontrolle ihres Unterhaltungsanspruchs, durch den er sehr unbeliebt wurde. Er war von tiefem Mißtrauen gegenüber ärztlichem Helfen erfüllt, fürchtete er doch, die Ärzte könnten den armen Kranken Wein und Schinken zur Genesung verschreiben.<sup>14</sup> Aber wie den mit der Armenbehandlung vertrauten Ärzte, waren auch ihm die engen Beziehungen zwischen Armut, Schmutz und Krankheit bekannt. Für ihn lag darum der Schritt von Armutsprävention zur Sanitaryreform nahe. Durch den 1. Sanitary Report 1842 erlangte er sogar wieder Popularität. Den Rest seines Lebens widmete er fortan der Hygienebewegung, insbesondere der Idee des geschlossenen Systems der städtischen Kanalisation, des »venösen und arteriellen« Systems.<sup>15</sup> Chadwick arbeitete eng mit den Ärzten Arnott, Kay und Southwood Smith zusammen.

Nicht philanthropische Rücksichten verschafften den Hygienikern politisch Gehör, sondern statistisch belegbare Nachweise über vermeidbare Verluste an Menschenleben oder Arbeitskräften. Die Bevölkerung oder einzelne Menschen wurden als Größen bzw. als ein »Gut« angesehen, das genauso rationell bewirtschaftet werden kann wie andere Güter der Volkswirtschaft. Die Hygieniker wollten sinnlose Verschwendungen im Budget der öffentlichen Haushalte vermeiden, so eben auch Unterstützungsgelder für arbeitsunfähige Arme. Mit medizinischen Argumenten wurden Verwaltungsreformen begründet.

Im Einklang mit der bürgerlich-utilitaristischen Haltung steht auch Virchows Unterscheidung von »künstlichen und natürlichen Seuchen«. Künstliche Seuchen sind durch eine fehlerhafte gesellschaftliche Ordnung hervorgerufen, wie der Hungertyphus der oberschlesischen Weber 1848. Virchow war davon überzeugt, daß die revolutionäre Beseitigung der unfähigen Bürokratie des preußischen Absolutismus diese sozialen Schäden beheben müsse. Das Scheitern der 48er Revolution änderte nichts an seiner Überzeugung, die sich nun in der Zeit erneuter politischer Unterdrückung in den zahllosen Vereinen oder Assoziationen artikulieren sollte. Für die Sozialisten wurden die Hilfskassen- u. Krankenkassenvereine eine wichtige politische Zufluchtsstätte, die sich besonders in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878–1889) bewährten und Hygienevorstellungen auch im Bewußtsein der Arbeiter verankern halfen.<sup>16</sup>

## II

Als politisch bedeutsamste Organisierung der Ärzte Deutschlands im 19. Jahrhundert ist die schon 1822 gegründete Wanderversammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte anzusehen.<sup>17</sup> 1867 initiierten die Frankfurter Ärzte Gustav Spieß und Georg Varrentrapp

<sup>14</sup> S. E. Finer, *The Life and Times of Sir Edwin Chadwick*, London 1952, S. 159.

<sup>15</sup> ebda., S. 222 f.

<sup>16</sup> vgl. U. Frevert (s. A 6), S. 331 f.

<sup>17</sup> vgl. H. Schipperges, *Weltbild und Wissenschaft. Eröffnungsreden zu den Naturforscherversammlungen 1822–1972*, Hildesheim 1976, S. 50.

die Sektion für öffentliche Gesundheitspflege als 12. Sektion der Deutschen Naturforscher- und Ärzteversammlung. In dieser Sektion wurden politische Resolutionen erarbeitet und durch Mehrheitsbeschluß abgesehen, um die politischen Vertretungen der Kommunal- und Staatsbehörden zu beeinflussen. Dieses Verfahren führte jedoch auf der Naturforscherversammlung 1869 in Innsbruck zu erheblichem Zwist, weil Vertreter der Gesamtversammlung ein nahezu einstimmiges Verbot erwirkten, »wissenschaftliche Ansichten aufgrund von Majoritätsbeschlüssen durch Resolutionen auszusprechen«.<sup>18</sup>

Dies mag der Grund gewesen sein, warum Varrentrapp 1873 den Deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege gründete, zu dessen 1. Versammlung 150 Fachleute nach Frankfurt kamen. Bereits 1869 hatte Varrentrapp die Deutsche Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege (DVöG) ins Leben gerufen, in der u. a. der Münchner Hygieniker Pettenkofer, der Berliner Stadt-Baurat Hobrecht und der Oberbürgermeister Danzigs von Winter als Herausgeber fungierten. In der programmatischen Erklärung des Leipziger Arztes Reclam wurde öffentliche Gesundheitspflege als unabhängig von der gerichtlichen Medizin definiert, die zuvor ebenfalls Teil der medizinischen Polizei war. Die öffentliche Gesundheitspflege habe die »Naturbedürfnisse des Einzelnen festzustellen und zur Geltung zu bringen«. Um diese Bedürfnisse zu ermitteln und als »Norm für die Gesetzgebung« zu empfehlen, müssen sie möglichst exakt »in Maß, Zahl und Gewicht« festgestellt werden, damit z. B. »das richtige Verhältnis zwischen Häuserhöhe und Straßenbreite, zwischen Bewohnerzahl, Baufläche und grüner Vegetation« angegeben werden kann.<sup>19</sup>

Rudolf Virchow, der mit der Zellulärpathologie die Grundlage der modernen naturwissenschaftlichen Medizin schuf und die bis dahin gültige antike Säftelehre beseitigte, war gleichzeitig einer der bedeutendsten Sozialmediziner seiner Zeit. 1859 wurde er in die Berliner Stadtverordneten-Versammlung gewählt, der er bis zu seinem Tode ununterbrochen angehörte. Als Stadtverordneter setzte er sich für die Errichtung eines vorbildlichen Kanalisationssystems in Berlin ein. 1873 legte er den »Generalbericht über die Arbeiten der städtischen gemischten Deputation für die Untersuchung der auf die Kanalisation und Abfuhr bezüglichen Fragen«, deren Vorsitzender er war, der Stadtverordneten-Versammlung vor. Seine Empfehlungen hinsichtlich der Kanalisationsanlagen wurden 1874 von der Stadtverwaltung akzeptiert. Entgegen des vorhergehenden Entwässerungsplanes des Ingenieurs Wiebe, der die Ableitung der Kanalwässer in die Spree vorsah, plädierte Virchow aus hygienischen Gründen für das damals modernere, aber unbekanntere System der Ableitung auf Rieselfelder. Hobrecht, der ebenfalls die Berieselung bevorzugte, begann nach diesen Empfehlungen mit dem ersten Abschnitt seines zwölfteiligen Radialsystems.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> C. Pieper, Die Mediziner und Verwaltungsbeamten in der Stadtreinigungsfrage, Dresden 1874, S. 64; G. Varrentrapp, Zur Frage der Rätlichkeit der Abstimmungen in einigen Sectionen der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, Berlin 1869, S. 17.

<sup>19</sup> DVöG 1 (1869).

<sup>20</sup> vgl. E. Ackerknecht, Rudolf Virchow. Arzt, Politiker, Anthropologe, Stuttgart 1957, S. 113 ff.

Als Hobrecht 1884 seine Erfahrungen mit dem Berliner Kanalisationsbau niederlegte, hatte er fünf Radialsysteme »vollendet und zwei baulich in Angriff genommen«.<sup>21</sup> Zwischen dem Arzt Virchow und dem Ingenieur Hobrecht, der vor dem Kanalisationsbau den Erweiterungsplan der Stadt Berlin 1862 angefertigt hatte,<sup>22</sup> bestand also eine enge Zusammenarbeit.

Obwohl J. Hobrecht von Anfang an zu den Herausgebern der Deutschen Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege gehörte und im ersten Jahrgang mit drei Beiträgen vertreten war, die vornehmlich der »landwirtschaftlichen Nutzbarmachung von Kanalwasser« und dem Berieselungsproblem gewidmet waren, hielt sich Virchow, von einer Ausnahme abgesehen, in der Mitarbeit völlig zurück. Das ist darauf zurückzuführen, daß es zwischen ihm und Pettenkofer, einem der Mitherausgeber, Meinungsdivergenzen hinsichtlich der Ätiologie der Cholera gab. Virchow akzeptierte Pettenkofers Grundwasser- und Bodentheorie nicht, er vermutete vielmehr einen »Cholerakeim«, der übertragen werde und durch Desinfektion zu bekämpfen sei.<sup>23</sup> Allerdings entdeckte erst Robert Koch 1884 die Cholera vibrios und begründete die Bakteriologie.<sup>24</sup> Obwohl Virchow die bakterielle Infektionstheorie akzeptierte, stand er doch den therapeutischen Möglichkeiten der Bakteriologie sehr skeptisch gegenüber. Dazu war er wohl zu sehr Sozialmediziner und Hygieniker. Mit Robert Koch wurde die Hygiene ein rein medizinisches Fach und verlor ihren sozialreformerischen Anspruch.

Virchow geriet mit Varrentrapp in scharfen Gegensatz, weil er als einflußreiches Mitglied der Königlich Wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen in Preußen 1875 die geplante Ableitung der Frankfurter Kanalwässer in den Main, die Varrentrapp vorgeschlagen hatte, ablehnte. Die Deputation erteilte 1877 das Verbot, die Abwässer in den Main zu leiten und verlangte die Anlage von Rieselfeldern. Da sich die Frankfurter Stadtverwaltung dazu außerstande sah, kam ein Kompromiß zustande, indem 1887 die Abwässer zuvor im Klärwerk Frankfurt-Niederrad gereinigt wurden.<sup>25</sup>

Reinhard Baumeister, der 1872 zum erstenmal zur Wanderversammlung Deutscher Architekten und Ingenieure in Karlsruhe aufgerufen hatte,<sup>26</sup> war 1876 zuerst in der Deutschen Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege vertreten.<sup>27</sup> Im gleichen Jahr hatte er auf der dritten Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 100 Exemplare seiner Denkschrift über Reinigung und Entwässerung der

<sup>21</sup> J. Hobrecht, Die Kanalisation von Berlin. Im Auftrage des Magistrats d. Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin, 1884, S. 55.

<sup>22</sup> E. Heinrich, Der »Hobrecht-Plan«, in: Jb. für Brandenburgische Landesgeschichte, 13. Band (1962), S. 41–48.

<sup>23</sup> vgl. DVöG 6 (1874), S. 136–138.

<sup>24</sup> vgl. W. Genschorek, Robert Koch, Leben, Werk, Zeit, Leipzig 1975, S. 60 f.

<sup>25</sup> vgl. J. von Simson, Kanalisations- und Städthehygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983, S. 141–143.

<sup>26</sup> vgl. Deutsche Bauzeitung 5, April 1972.

<sup>27</sup> DVöG 8 (1876), S. 487.

Städte über den Karlsruher Stabsarzt von Corval, der dem Verein schon länger zugehörig war, verteilen lassen. In dieses Jahr fiel auch Baumeisters Veröffentlichung. Dieses Buch ist als Grundstein der funktionalen Stadtplanung zu bezeichnen.<sup>28</sup>

1878 trat Baumeister mit dem Arzt Paul Boerner, dem Begründer der Deutschen Medizinischen Wochenschrift und Organisator der Berliner Hygieneausstellung 1882, sowie dem Kölner Sanitätsrat E. Lent auf der 5. Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege wiederum mit dem Thema Flußverunreinigung auf. 1889/90 arbeitete Baumeister mit Miquel (ab 1880 Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main, ab 1890 preußischer Finanzminister)<sup>29</sup> »Maßregeln zur Erreichung gesunden Wohnens« aus.<sup>30</sup> Darin wurde nach gesetzlichen Handhaben zur Sicherung eines Mindestmaß<sup>3</sup> an gesundheitlichen Anforderungen an die Wohnung verlangt, sowie die Befugnis der Gemeindeverwaltung, ungesunde Wohnungen gegen den Willen von Mietern und Vermietern räumen zu dürfen.<sup>31</sup>

Zu dieser Zeit war auch schon Stübben zu der Zeitschrift gestoßen. 1889 hatte der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege eine »Kommission zur Vorbereitung der Baumeisterschen technischen Einzelvorschläge« für die »Maßregeln zur Erreichung gesunden Wohnens« zusammengestellt, der neben Baumeister und Miquel auch Stübben angehörte, dazu der Berliner Stadtbaurat Blankenstein. 1890 erschien die erste Auflage von Stübbens umfangreichem Werk »Der Städtebau«. Dort spielen hygienische Argumente rein quantitativ jedoch eine sehr untergeordnete Rolle. Stübben schrieb allerdings zusammen mit dem Kanalisationsfachmann Brix über »Hygiene des Städtebaus« in dem renommierten und umfangreichen »Weyl's Handbuch der Hygiene«.<sup>32</sup>

Allem Anschein nach wurde Stübben durch den politisch sehr regsamen Arzt, den Sanitätsrat Eduard Lent, der wie Stübben seinerzeit in Köln wirkte, der Hygienebewegung zugeführt. 1884 und 1885 begann Stübbens Mitarbeit in dieser Zeitschrift, in der er später als Mitherausgeber fungierte, mit der Besprechung zweier französischer Bücher, das eine über Wohnungshygiene, das andere über Hausentwässerung.<sup>33</sup> Stübben blieb der Zeitschrift bis zu ihrem Ende und darüber hinaus treu. Während der jährlichen Versammlungen des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege scheint er sich gerne mit Baumeister getroffen zu haben. Dies ist den Diskussionsbeiträgen, die in der DVöG abgedruckt wurden, bis in die 90er Jahre zu entnehmen. 1911 schrieb er für den hochbetagt verstorbenen Lent den Nachruf und rühmte ihn als das »hygienische Gewissen

<sup>28</sup> R. Baumeister, Stadterweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung, Berlin 1876.

<sup>29</sup> vgl. W. Bangert, Baupolitik und Stadtgestaltung in Frankfurt a. M. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des deutschen Städtebaus in den letzten 100 Jahren, Würzburg 1937.

<sup>30</sup> DVöG 21 (1889), S. 9ff. u. 22 (1990), S. 24ff.

<sup>31</sup> DVöG 21 (1889), S. 10–12.

<sup>32</sup> J. Stübben / J. Brix, Hygiene des Städtebaus. Weyl's Handbuch der Hygiene, IV. Bd., 4. Abt., Leipzig 1914.

<sup>33</sup> DVöG 16 (1884), S. 478 und DVöG 17 (1885), S. 453.

der Stadt Köln«.<sup>34</sup> Ihm verdanke Köln seine Kanalisation. In diesem Nachruf skizzierte Stübben einige Linien des Werdegangs eines engagierten Hygienikers, worin sich zeigt, wie eng die Verbundenheit zwischen diesen heute so weit auseinanderliegenden Berufsgruppen – Arzt und Architekt – gewesen sein muß.

Auf der 12. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege war Stübben schon 1885 zusammen mit Lent und dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Becker mit Thesen »über Stadterweiterung, insbesondere in hygienischer Beziehung« hervorgetreten.<sup>35</sup>

In diesen Thesen wurde besonders auch das »Recht der Inpropriation nicht bebauungsfähiger Grundstücksteile, sowie das Recht, behufs der Ermöglichung einer zweckmäßigen Bebauung die Umlegung (Zusammenlegung) von Grundstücken im Zwangsverfahren herbeizuführen«, seitens der Gemeindeverwaltung gefordert. In seinem erläuternden Vortrag berief Stübben sich in der Hauptsache auf R. Baumeister.<sup>36</sup> In einem weiteren Diskussionsbeitrag sprach sich Baumeister für die »Trennung von Geschäft und Wohnung« aus, »die für die Hygiene, für das Familienleben, für das sittliche Leben nur erwünscht sei.«<sup>37</sup> Der durch moderne Stadtplanung leichtere Zusammenschluß »ähnlich situierter sozialer Klassen« wurde gleichfalls hier schon von Baumeister angesprochen. Er sah, »daß eine kastenartige Trennung dieser Art nicht von sozialem Vorteil sei«, glaubte aber, »berechtigten Wünschen in dieser Hinsicht« nichts entgegenzusetzen zu können. Der Stadterweiterungsplan solle diese Trennung – wir sprechen heute von sozialer Segregation – »zwanglos« herbeiführen.

Während der 18. Versammlung des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege in Würzburg im Mai 1893 wurden »Leitsätze« für die »unterschiedliche Behandlung der Bauordnungen für das Innere, die Außenbezirke und die Umgebung von Städten« aufgestellt.<sup>38</sup> Im 4. Abschnitt wurde konstatiert, daß die Bebauungspläne – »um allen Bevölkerungsklassen ein weiträumiges und gesundes Wohnen zu sichern« – fest abgegrenzte Bezirke (Wohn-, Fabrik- und gemischte Viertel) vorsehen sollten. Damit war das Programm des städtebaulichen Funktionalismus vorformuliert und in seinem Begründungszusammenhang erkennbar, ehe es in der »Charta von Athen« (1933) als bloße Verkündigung verlautbart wurde.

In der erläuternden Rede wies Adickes, nach Miquel ab 1890 in Frankfurt/Main Oberbürgermeister, darauf hin, daß bereits 1874 anlässlich der ersten Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architektur- und Ingenieurvereine in Berlin (initiiert von R. Baumeister) beide Vereine zusammenwirkten. Anstelle der Mietskaserne, die er »geradezu das böse Prinzip der Bebauung« nannte, sollten nach Möglichkeit »Familienhäuser«

<sup>34</sup> J. Stübben, Nachruf für den Sanitätsrat E. Lent, in: DVöG 43 (1911), S. I–IV.

<sup>35</sup> J. Stübben / E. Becker / E. Lent, Über Stadterweiterung, insbesondere in hygienischer Beziehung, in: DVöG 18 (1886), S. 9–39.

<sup>36</sup> ebda., S. 10–22.

<sup>37</sup> ebda., S. 26.

<sup>38</sup> DVöG 26 (1894), S. 13f.

gebaut werden.<sup>39</sup> 1891 versuchte Adickes in Frankfurt eine Zonenbauordnung für Außenbezirke durchzusetzen.<sup>40</sup> Außerdem orientierte er sich an der Ringstraßenplanung, die Stübben 1881 für Köln plante.<sup>41</sup> Unter Theodor Fischer wurde in München ab 1904 nach der »Staffelbauordnung« geplant.

Wie Rodriguez-Lores meint, habe mit der »Verallgemeinerung der Bauzonenplanung in praktischer wie theoretischer Hinsicht« die Städtebau-Reform einen konzeptionellen Höhepunkt erreicht. In dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg stagnierte »jener technokratisch-aufgeklärte Ansatz« der Städtebaureform.<sup>42</sup>

### III

Wie ist es zu erklären, daß ausgerechnet Ärzte eine so wichtige Rolle für die Entwicklung der Städtebaureform spielten? Rodriguez-Lores beantwortet diese Frage nur unbefriedigend. Öffentliche Gesundheitspflege sei nie etwas anderes als ein »verrufener Kontrollapparat« gewesen, »um kranke Bevölkerungsteile ein- oder auszusperrn«.<sup>43</sup> Tatsächlich war nach dem Selbstverständnis der Ärzte des frühen 19. Jahrhunderts öffentliche Gesundheitspflege »medizinische Polizei«. Zu ihr gehörte vor allem auch die Gerichtsmedizin. Ein Wiener Professor für Staatsarzneikunde und gerichtliche Arzneikunde führte 1816/17 den Begriff öffentliche Medizin ein, der sich bis 1830 durchsetzte.<sup>44</sup> Die Gesundheitsverwaltung des absolutistischen Staates war noch völlig ineffizient, ließ aber den Gedanken erkennen, durch Vorsorge des Staates (z. B. Getreidemagazinierung für Notzeiten) rationale Bevölkerungspolitik zu betreiben. Besonders Preußen unter Friedrich II. setzte positive Beispiele. In Preußen wurde auch 1717 mit einer systematischen Todesursachenstatistik begonnen. 1748 fand die erste Volkszählung statt.<sup>45</sup>

Die amtliche Statistik und die »technischen Beobachtungsgeräte« bezeichnet Rodriguez-Lores zwar als »revolutionäre Innovationen«, aber sie standen nur im Dienste von Herrschaft. Das »volkshygienische Projekt« sei ab Mitte des 19. Jahrhunderts »mit Hilfe der Ideologie der Philanthropie« erfunden worden, um neue »staatsinterventionistische Maßnahmen« zu legitimieren. »Die Tatsache, daß einzelne Privatpersonen nach der Schaffung von Bedingungen für die Gesundheit und Sittlichkeit von Angehörigen einer

anderen sozialen Klasse verlangten, verlieh dem volkshygienischen Projekt den Glorienschein von Uneigennützigkeit, der auch dann aufrechterhalten werden konnte, als die »philanthropischen« Forderungen verstaatlicht wurden und zur öffentlichen Gesundheitspflege gerannen«.<sup>46</sup> Das klingt nach vulgärmarxistischer Geschichtsinterpretation. Der Witz der Geschichte ist aber, daß in Deutschland ausgerechnet die Partei der Arbeiterklasse die von den bürgerlichen Hygienikern empfohlene Städtebau-Reform realisierte.

Diesen Sachverhalt stellt Harald Bodenschatz dar.<sup>47</sup> »Sozialdemokratisierung« und »Etatisierung« des Wohnungsbaues sind bei ihm synonyme Begriffe. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war die ökonomische Basis des spekulativen Wohnungsbaus, der besonders in Berlin aufgrund der lokalen Bauordnung zu besonders berüchtigten »Mietskasernen« geführt hatte, erschöpft. Es entstand ein neues System von Wohnungswirtschaft, nämlich die staatlich oder kommunal geförderten Wohnungsbaugesellschaften. Dieser »Interessenblock« scheint zur Zeit ebenso ausgewirtschaftet zu haben wie das System Mietskasernen um die Zeit des Ersten Weltkriegs. Bodenschatz führt diese Umschwünge in der Bauproduktion und Stadtgestaltung nicht allein auf ökonomische Gründe – Veränderungen in den Konstellationen der jeweiligen »Interessenblöcke« (Haus- und Grundbesitzer, Banken, Kommunalverwaltungen) zurück –, sondern er mißt dem Faktor »kulturelle Entwertung« einen großen Stellenwert darin zu. Diesen Prozeß der ideologischen Neuorientierung haben die Hygieniker entscheidend vorangetrieben. Dabei war ihre Kritik an der Mietskasernen nicht nur Anklage, sondern enthielt praktische Hinweise zur Reform des Städte- und Wohnungsbaus. Es blieb freilich bei einer Reform innerhalb des kapitalistischen Systems. Der funktionale Städte- und Hausbau hat Umweltformen beschert, gegen die sich die einst so bösen Mietskasernen teilweise recht gemütlich ausnehmen. Im Grunde war auch die Mietskasernen reformfähig, wie besonders der Berliner Architekt Gessner bewies.<sup>48</sup> Das Übel der Berliner Mietwohnungen war ihre grauenvolle Überbelegung in den Arbeiterquartieren.

Die Mietskasernen war das Symbol für die Schäden der Klassengesellschaft. Die bürgerlichen Reformer wollten deren Schäden mildern; die Klassenstruktur der Gesellschaft schien ihnen unüberwindbar. Abschaffung der Klassengesellschaft hätte für die wohlhabenden bürgerlichen und adligen Familien womöglich Verzicht auf Dienstboten bedeutet, ein Gedanke, der besonders den Damen dieser Kreise abscheulich erschien.<sup>49</sup>

Da die Ärzte aufgrund ihrer Tätigkeit mit den gesundheitlichen Folgen der Klassenverhältnisse am ehesten konfrontiert waren, fühlten sie sich auch am ehesten betroffen. Ihre eigene schwierige soziale Lage veranlaßte sie zum politischen Handeln. Auch wenn sie nicht, wie die »48er« auf eine Änderung des Staates hofften, so kümmerten auch sie sich

<sup>39</sup> vgl. Deutsche Bauzeitung 8 (1874), S. 265, 337ff.

<sup>40</sup> vgl. W. Bangert (s. A 29), S. 49.

<sup>41</sup> vgl. H. Selig (s. A 4), S. 31.

<sup>42</sup> J. Rodriguez-Lores, Stadthygiene und Städtebau. Zur Dialektik von Ordnung und Unordnung in den Auseinandersetzungen des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 1868–1901, in: ders. / G. Fehl (Hrsg.), Städtebaureform 1865–1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit, Hamburg 1985, S. 19–58.

<sup>43</sup> ebda., S. 24.

<sup>44</sup> vgl. R. Thissen, Die Entwicklung der Terminologie auf dem Gebiete der Sozialhygiene und Sozialmedizin im deutschen Sprachgebiet bis 1930, Köln 1969.

<sup>45</sup> vgl. A. Fischer, Geschichte des deutschen Gesundheitswesens, Hildesheim 1965.

<sup>46</sup> J. Rodriguez-Lores (s. A 42), S. 26f.

<sup>47</sup> H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der größten Mietskasernenstadt der Welt, Habilitationsschrift TU Berlin 1986.

<sup>48</sup> A. Gessner, Das deutsche Mietshaus. Ein Beitrag zur Städtekultur der Gegenwart, München 1909.

<sup>49</sup> vgl. O. Stillich, Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin, Berlin 1902.

um den Aufbau ihrer Standesorganisationen, die ihnen Einfluß und Status sichern helfen sollten. Ihre professionelle Organisierung setzte offenbar etwas früher als die von Architekten und Ingenieuren ein. Von daher ist verständlich, daß sie in der Hygienebewegung führend waren. Ihre »Philanthropie« war von vornherein von Eigeninteressen durchsetzt. Das ändert nichts an ihrer produktiven Rolle in puncto neuer Hygienestandards. Städte, deren Häuser Anschluß an Wasserleitungen und Kanalisation haben, sind angenehme Lebensorte und gesünder.

Die greifbarsten und größten Erfolge der Hygienebewegung sind im Bau der großen Kanalisationsanlagen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sehen. Als sich nach vielen ökonomischen und technischen Debatten über Wert und Unwert menschlicher Fäkalien, ihre Weiterverarbeitung als Dünger oder möglichst geruchlose Beseitigung, schließlich die Schwemmkanalisation durchgesetzt hatte, stieg auch der Wasserbedarf der Städte so drastisch an, daß der Anschluß an eine allgemeine Trinkwasserversorgung erfolgte.<sup>50</sup>

Am Wohnungselend, der furchtbaren Überbelegung der einzelnen Arbeiterwohnungen,<sup>51</sup> änderte die Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts so wenig wie andere bürgerliche Reformvereine. Der Versuch, durch Reichsgesetzgebung allgemeine Wohnungsinspektionen zu erzwingen und damit Kontrolle über das Schlafgängerwesen zu erlangen, um die proletarischen Kinder vor unsittlichem Umgang zu schützen, scheiterte.<sup>52</sup>

#### IV

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden allerdings schon erste »Mustersiedlungen« angelegt, die die Reformgedanken in reiner Form darstellen sollten. Architekten wie H. Jansen, B. Möhring, Th. Fischer und G. Metzendorf bauten verschiedene Arbeiterkolonien, die »durchaus nach neuzeitlichen Ansprüchen« angelegt waren, aber zugleich einen künstlerischen Anspruch verwirklichten, wie Rudolf Eberstadt lobend hervorhob. Baugenossenschaften wurden gegründet und nahmen einen bescheidenen Aufschwung. Sie weckten die Hoffnung auf ein »neues Wohnungswesen«.<sup>53</sup> 1899/1900 war unter Leitung des hessischen Landeswohnungsinspektors, G. Gretzschel, der Ernst-Ludwig-Verein zu Darmstadt zustande gekommen, der 1907 einen »Wettbewerb zur Erlangung mustergültiger Pläne für Arbeiterwohnhäuser« ausschrieb. Sechs Großindustrielle unterstützten diese Ausstellung, die 1908 stattfand. Unter den Architekten dieser Ausstellung befand sich auch Olbrich, dessen Jugendstilbauten berühmt wurden. So wurde der Wohnungsbau der »kleinen Leute« schließlich zum architektonischen Gegenstand. Jansen und Möhring

<sup>50</sup> Über diese Entwicklungen im einzelnen: A. Courbin, Pesthauch und Blütenduft. Eine Geschichte des Geruchs, Berlin 1984.

<sup>51</sup> vgl. L. Niethammer / P. Brüggemeier, Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1976), S. 61–134.

<sup>52</sup> vgl. H. Bodenschatz (s. A 47), S. 174.

<sup>53</sup> R. Eberstadt, Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, Jena 1910, 379f., 392f., 402.

waren Architekten, die beide mit dem Sozialwissenschaftler Eberstadt zusammengearbeitet hatten.<sup>54</sup>

Auf der Darmstädter Ausstellung 1908 waren nicht nur »mustergültige Pläne« für den Arbeiterwohnungsbau gezeigt worden, sondern auch ganze Einrichtungen wurden ausgestellt. Schon hier begann der Erziehungsprozeß der kulturlosen Massen, die sich an rationellere und gesündere Lebensgestaltungen gewöhnen sollten. Die hygienische Lebensreform sollte nicht an der Wohnungstüre halt machen. Geradezu missionarisch predigte dann Bruno Taut in den zwanziger Jahren gegen die »gute Stube« und den überflüssigen Plüsch. Seine Schrift »Die neue Wohnung«<sup>55</sup> wandte sich an »die Frau als Schöpferin«. Die Entrümpelungsvorschläge, die Taut machte, endeten bei Zimmereinrichtungen, die eine fatale Ähnlichkeit zu fünfziger-Jahre-Einrichtungen haben. Die Frau soll die »Schöpferin« des versachlichten neuen Heims sein, sie soll sich von allen sentimentalischen Erinnerungsstücken und Repräsentationsgegenständen trennen und die Wohnung unter dem Gesichtspunkt der Arbeitserleichterung und Zeitersparnis einrichten. In Tauts Schrift erscheint die Frau nicht als schöpferisch. Sie ist vielmehr nur die Erfüllungsgehilfin der Modernisierungsideen des Architekten. Taut spricht im Tone eines Bekehrers, der sich an folgsame Jünger wendet.

Aber diese Entrümpelungswut, dieses Verlangen nach »Vereinfachung und Übersichtlichkeit der Räume«<sup>56</sup> war nicht gehässige Maßnahme zur Befreiung des Arbeiters von dem wenigen »Überflüssigen«, das er besitzen mochte und woran sein Herz hing; es war der ästhetisch geläuterte bürgerliche Sinn für das Notwendige, das zugleich auch das Schöne darstellen sollte. Die »saubere Knappheit« der Formen und Linien war klassenlos gedacht. Sie war für den fortschrittlichen Bürger gut und deswegen auch für den letzten Arbeiter.

Die mit den Hygienikern des 19. Jahrhunderts vergleichbare Begeisterung für das Reine und Gesunde bei Taut, deren missionarisches Pathos uns heute fremd berührt, enthält berechtigte Kritik an den Lebensverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft. Nicht allein die Proletarier wurden durch die Armut krank und hatten eine verkürzte Lebenserwartung,<sup>57</sup> auch die Privilegierten lebten ungesund.

Die üppig eingerichteten bürgerlichen Wohnungen, die Behaglichkeit und Komfort in höchstem Maße garantieren sollten, waren der vergoldete Rahmen oft unglücklicher Ehe- und Familienverhältnisse. In fast jeder Beziehung spielte die Klassenspaltung der Gesellschaft eine Rolle. So war das bürgerliche Ideal der Ehe beherrscht von dem Gedanken an die Reinheit der Frau. Proletarische Sittenlosigkeit bedeutete sexuelle Promiskuität. Je feiner also die soziale Herkunft eines Mädchens, um so strenger wurde darauf geachtet,

<sup>54</sup> R. Eberstadt / B. Möhring / R. Petersen, Groß-Berlin. Ein Programm für die Planung der neuzeitlichen Großstadt, Berlin 1910.

<sup>55</sup> B. Taut, Die neue Wohnung – die Frau als Schöpferin, Leipzig 1926.

<sup>56</sup> ebda., S. 36.

<sup>57</sup> vgl. R. Spree, Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod, Göttingen 1981.

daß alles Grobe, vor allem alles Sexuelle, von ihr ferngehalten wurde. Gerade die Frauen gehobener Schichten wurden in geradezu unverantwortlicher Weise lebensfremd und unaufgeklärt erzogen, zugleich mit überhöhten wirklichkeitsfremden Idealen belastet, daß Lebenslüge und Neurose üppig gedeihen mußten, besonders wenn die Ehe, Sinn und Glück der Frau, mit einer verpatzten Hochzeitsnacht begonnen hatte und keine befriedigende Intimität erwarten ließ.

Ingeborg Weber-Kellermann bemerkt, daß die bürgerliche Wohnung zunehmend »zur Kulisse eines jederzeit vorzeigbaren Familien- und Gesellschaftslebens« wurde, dessen wichtigstes Repräsentationsstück die Hausfrau selbst war. Da nach Beginn der Industrialisierung die Einrichtungsgegenstände »vorgeformt und fertig zu kaufen« waren, verlor sich die elegante Einfachheit des Biedermeier, wo die Möbel noch handwerklich, nach Wunsch des Bestellers, angefertigt wurden; in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Ausstattung des reichen Haushalts protzig. »Das Theatralische der Wohnungsinszenierung in Plüsch und Pomp läßt uns noch heute erschauern. Dabei war vieles nur Fassade und Attrappe und mehr Schein als Sein. Die Wirklichkeit dieser Welt bestand im Fehlen jeden Wirklichkeitsbezuges, im Streben nach dem sozialen Oben und der scharfen Grenzziehung zum sozialen Unten.«<sup>58</sup>

Im Plüsch dieser reich ausgestatteten Wohnungen verbargen sich psychisches Elend und Lügen, die um so schwerer wogen, je weniger sie der Repräsentation willen zugegeben werden konnten. Wahrscheinlich speiste sich aus dem Unglück im Verborgenen die »Lust am Untergang«, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg literarisch offenen Ausdruck fand. Freud, der intime Kenner von psychischer Erkrankung und Familienleben, schrieb der »doppelten Moral« verheerende Wirkung zu. Er führte die »moderne Nervosität« direkt auf die »kulturelle Sexualmoral« zurück (1908). Die lange sexuelle Abstinenz, das sich-aufsparen-für-die-Ehe bedinge bei vielen Frauen schließlich Frigidität, bei Männern Impotenz. Die Ehe, von der alles Glück abhängen sollte, werde zur Quelle von Unglück. »Gehen wir z. B. auf den so häufigen Fall einer Frau ein, die ihren Mann nicht liebt... Sie wird dann alle Regungen in sich unterdrücken, die der Wahrheit Ausdruck geben wollen und ihrem Idealstreben widersprechen, und wird besondere Mühe aufwenden, eine liebevolle, zärtliche und sorgsame Gattin zu spielen. Neurotische Erkrankung wird die Folge dieser Selbstunterdrückung sein, und die Neurose wird binnen kurzer Zeit an dem ungeliebten Manne Rache genommen haben und bei ihm genauso viel Unbefriedigung und Sorge hervorrufen, als sich nur aus dem Eingeständnisse des wahren Sachverhalts ergeben hätte.«<sup>59</sup> Daß solch eine Familienatmosphäre von Verlogenheit auch für die Kinder ungünstige Folgen hatte und zu psychischen Erkrankungen disponierte, wurde Freud nicht müde, immer wieder darzustellen. Er plädierte offen für die sexuelle Aufklärung von Kindern. Vor allem verabscheute er Unaufrichtigkeit.

<sup>58</sup> I. Weber-Kellerman, *Frauenleben im 19. Jahrhundert*, München 1983, S. 120f.

<sup>59</sup> S. Freud, *Charakter und Analerotik*, GW VII, Frankfurt/M. 1952, S. 166.

Tauts Eifer wird vor diesem Hintergrund verständlicher. Die protzig-überladene Wohnweise, die gediegene Lebensverhältnisse ausdrücken sollte, diese »theatralische Inszenierung von Plüsch und Pomp« war auch Symbol der schädlichen Doppelmoral der bürgerlichen Gesellschaft. Von daher lag der Schluß nahe, daß mit der Änderung der Wohnform und ihrer Ausstattung sich gewissermaßen von selbst die Lebensform ändern müsse. Es ist einleuchtend, daß ein Architekt diesen Schluß besonders leicht zieht, da er für die materielle Gestaltung der Lebensform zuständig ist und aus Erfahrung weiß, daß die Wohnform zur jeweiligen Lebensform passen, bzw. ihr entsprechen soll.

## V

Die Identität zwischen Lebens- und Wohnform baut auf »symbolischen Entsprechungen« auf, wobei die Geschichte der vorhandenen gesellschaftlichen Statussymbole, wie überhaupt der Stand des materiellen Reichtums der Epoche darin eine große Rolle spielen. Die jeweils passende Formfindung oder die »symbolisch korrekte Zuordnung« von Formelementen zur sozialen Wirklichkeit ist eine individuelle Schöpfung, ein sozialpsychologischer Vorgang, der der Sichtbarmachung des jeweils besonderen Zusammenhangs von Einzelnen und der Gesellschaft dient.

Die »symbolischen Entsprechungen« dieses Zusammenhangs enthalten auch starke unbewußte Anteile, weil Symbole eine besondere Beziehung zu verdrängten oder nicht zur Entfaltung gekommenen Triebregungen herstellen können. Vielen Menschen fällt es wahrscheinlich grundsätzlich schwer, zu ihrem individuellen Selbst eine passende symbolische Entsprechung zu finden, weil ihr Selbst schwach und brüchig ist oder weil sie nie gewohnt waren, die materiellen Mittel zur Hand zu haben, um solche Entsprechungen ausdrücken zu können. Sie haben »keinen« Geschmack, nicht einmal einen schlechten. Es ist, als wenn ein wichtiges Sinnesorgan fehle.

Allerdings kann das Fehlen dieses »Sinnesorgans« erst in Gesellschaften diagnostiziert werden, die über so viel Reichtum verfügen, daß sie ihren Mitgliedern in großer Zahl den materiellen Ausdruck ihres Verhältnisses zur Gesellschaft zur freien Gestaltung überlassen. In Gesellschaften, die auf einem insgesamt niedrigen Produktionsniveau stehen, herrschen meist starre Zuordnungsmuster vor, die dem Einzelnen keinen individuellen Ausdruck seiner persönlichen »symbolischen Entsprechung« erlauben. Dies drückte sich z. B. in festen Kleiderordnungen, traditionsbestimmten Trachten aus. Das Vorherrschen von Traditionen in den vorindustriellen Gesellschaften wird seinen Grund auch darin haben, daß die Spanne des durchschnittlichen Lebens viel kürzer war als bei uns heute;<sup>60</sup> der Zusammenhang zwischen den Generationen wurde häufig durch den Tod zerstört und unverrückbare Regeln mußten den Zusammenhang zwischen den Generationen, der nicht

<sup>60</sup> vgl. A. E. Imhof, *Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren oder von der Notwendigkeit einer neuen Einstellung zu Leben und Sterben*, München 1981.

durch langlebige Beziehungen erarbeitet werden konnte, quasi von »außen« aufrechterhalten.

Eine ausgearbeitete Theorie der »symbolischen Entsprechungen« im Bereich der Architektur gibt es nicht.<sup>61</sup> Wichtige Elemente einer solchen Theorie enthält die Hegelsche Ästhetik, weil sie Kunstwerke als Ergebnisse eines Projektionsprozesses auffaßt, wonach durch »Veränderung der Außendinge« der Mensch ihnen das »Siegel seines Inneren aufdrückt und in ihnen nun seine eigenen Bestimmungen wiederfindet«.<sup>62</sup>

Eine weitere These von mir ist, daß sich im architektonischen und städtebaulichen Funktionalismus die verinnerlichten Sauberkeitsstandards, die mit der Hygienebewegung rational begründet und politisch durchgesetzt wurden, zum ästhetischen Ideal sublimiert haben. Offenbar einer der ersten, der diese »symbolische Entsprechung« sah, war Muthesius, dessen Bauten, vorzugsweise Landhäuser, selbst nicht der funktionalen Moderne zuzurechnen sind.<sup>63</sup> Mit erstaunlicher Treffsicherheit hat Muthesius die »symbolische Entsprechung« von modernem Vereinheitlichungs- und Ordentlichkeitsbestreben in der Wohnungseinrichtung mit »ideal-sanitären Anschauungen« gesehen. Ebenso wie die Wohnungseinrichtung sah er auch die Kleidung dem gleichen Vereinfachungsprozeß unterworfen. Allerdings entging ihm nicht, daß dieser Rationalisierungsvorgang seine eigenen ästhetisierenden »Ornamente« entwickelte; auch diese leitete er aus dem »Ideal-sanitären« ab.<sup>64</sup> Die Vereinfachung im Dienste der Sauberkeit begann zuerst in der Wohnung. Das jedenfalls war Muthesius' Überzeugung, seitdem er einige Jahre in England gearbeitet und gelebt hatte.

Um 1902 drückte er Bedauern darüber aus, daß in der Architektur von diesem »scharf modernen Zug«, eben der Vereinfachung im Sinne des »Ideal-sanitären«, noch nichts zu spüren war. Er vermißte dort die »saubere Knappheit der Form«.<sup>65</sup> Noch 1908 nannte er die Architektur eine »zimperliche, auf ihre Ahnenreihe stolze, wengleich verarmte Aristokratin«.<sup>66</sup> Hier betonte er wiederum, welcher bedeutsame Einfluß von England hinsichtlich »gesteigerter Ansprüche des Wohnens« ausging. Wie Julius Posener herausstellt, war für Muthesius die »englische Erfahrung... die entscheidende Erfahrung seines Lebens«. Von 1896–1903 war er nämlich der Deutschen Botschaft in London als Attaché für das Bauwesen zugeteilt. Danach hatte er ein dreibändiges Werk »Das englische Haus« (1904) herausgebracht. »Übermittlung der englischen Erfahrung« hieß bei Muthesius auch

<sup>61</sup> H. Berndt, Sozialpsychologie der Architektur im Sigmund Freud Institut, in: Fragmente 19, GH Kassel 1986.

<sup>62</sup> G. W. F. Hegel, Vorlesungen zur Ästhetik I, Frankfurt 1970, S. 51.

<sup>63</sup> vgl. J. Posener, Hermann Muthesius, 1861–1927. Eröffnungsrede zur Ausstellung in der Akademie der Künste, Berlin 1978, S. 7.

<sup>64</sup> H. Muthesius, Stilarchitektur und Baukunst. Wandlungen der Architektur im XIX. Jahrhundert und ihr heutiger Standpunkt, Mühlheim 1902, S. 52.

<sup>65</sup> ebda., S. 53.

<sup>66</sup> H. Muthesius, Die Einheit der Architektur. Betrachtungen über Baukunst, Ingenieurbau und Kunstgewerbe, Berlin 1908, S. 22.

Übermittlung des hygienischen Ideals in der neuen Raumgestaltung. Die Umwandlung vollzog sich seiner Ansicht nach von innen nach außen. Erst war das Reinlichkeitsbedürfnis da, dann änderte sich die »Ausstattung der inneren Räume«, der »helle Raum« wurde als Ideal kreiert, zuletzt erst änderte sich die Hausform. »Das Reinlichkeitsbedürfnis entfernte alle schweren Stoffgehänge, ließ an die Stelle dunkler Anstriche helle, an die Stelle von staubfangendem Reliefschmuck und architektonischen Gliederungen glatte ungeschmückte Flächen treten. Das, was sich in Deutschland in der Ausbildung des Krankenzimmers der großen Klinik vollzog, die vollständig hygienische Durchbildung des Raumes, war in England (dem Land, das im 19. Jahrhundert in allen hygienischen Fragen die Führung gehabt hat) ein allgemeiner Vorgang in der Ausbildung des Hauses und seines Inhalts.«<sup>67</sup>

Es ist erstaunlich, wie Muthesius gewissermaßen im Nebenbei auf verborgene Traditionslinien der Moderne stößt. Das Krankenhaus verweist auf das Hospital, dieser zutiefst christlichen Institution tätiger Nächstenliebe und Bekehrungssucht. Aus dem Hospital und der Idee des streng geregelten Lebens ging zu Beginn der Neuzeit das Krankenhaus hervor, spalteten sich andere Anstalten vom Hospital ab: Waisenhäuser, Arbeits- und Korrektionshäuser, Irrenhäuser. Dieter Jetter, der große Kenner der europäischen Krankenhausbau- und Hospitalgeschichte, sieht dieses Traditionsgefüge des Hospitals sehr tief wirken.<sup>68</sup> Er meint, daß die »monasteriale Wurzel« des Krankenhauses bisher zu wenig beachtet worden sei. Die mönchischen Lebensregeln, »Schweigen und Demut«, »Gehorsam und Arbeit« und die Gemeinschaftlichkeit des Lebens, die sich noch in gemeinschaftlich gleicher, einfacher Kleidung ausdrückte, ragen bis in unsere Zeit hinein. Zwar ist selbst in den psychiatrischen Anstalten die Anstaltskleidung verschwunden, geblieben ist jedoch ein ritualisierter Tagesablauf, gerade im Akutkrankenhaus, der es selbstverständlich erscheinen läßt, daß Patienten zwischen 5 und 6 Uhr morgens gewaschen werden, ganz zu schweigen von dem Gehorsam, den der Patient gegenüber allen Anweisungen zu zeigen hat.

So abwegig dieser Gedanke zunächst erscheinen mag, so spricht doch manches dafür, daß der »mönchische Grundgedanke eines geordneten Lebens« in der Neuzeit erst seine wirkliche Ausbreitung fand. Zumindest läßt sich Max Webers Deutung der »protestantischen Ethik« als ungewollter Förderin kapitalistischer Arbeitsmoral in diesem Sinne verstehen. Es handelt sich hierbei um die Entwicklung einer »innerweltlichen Askese«, d. h. einer asketischen Lebensgestaltung, die auf den Schutz von Klostermauern verzichtete, um sich im Lebenskampf zu bewähren. Dazu gehörten geradezu übermenschliche Arbeitsleistungen, äußerste Sachlichkeit und eine an Unbarmherzigkeit grenzende Strenge und Selbstdisziplin.

<sup>67</sup> H. Muthesius (s. A 64), S. 42f.

<sup>68</sup> D. Jetter, Grundzüge der Krankenhausgeschichte 1800–1900, Darmstadt 1977, S. 5.

Männer wie Virchow oder Chadwick, die für die Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts so wichtig waren, verfügten über diese Charaktereigenschaften in reichem Maße. Aber nur Menschen mit solcher Triebmodellierung und Tatkraft waren wahrscheinlich einzig fähig, den säkularen Erziehungsprozeß der Menschheit voranzutreiben, der sie ganz buchstäblich aus dem Dreck herausführen sollte.

## VI

In der Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts erhielten Grundsätze privater bürgerlicher Lebensgestaltung – Zweckmäßigkeit, Planmäßigkeit, Übersichtlichkeit – ihre öffentliche Ausformung. Allmählich entwickelten sie auch gestaltgebende Kraft.

Wenn man sich die Biographien »führender« Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland anschaut, so wird man gewahr, daß die bürgerliche Klasse, z. B. in Berlin, aus einer Gruppe von Familien bestand, die durch Freundschaften und Verschwägerung in einer Weise verbunden war, die so etwas wie »Klassenbewußtsein« darstellen mochte. Häufig war dem etwas streng Protestantisches beigemischt und eine Bewunderung für Adliges. Wenn diese Komponente, wie bei Virchow, fehlte, so traten um so schärfer Züge von Arbeitsbesessenheit hervor.

Skizzenhaft möchte ich einige der »biographischen Verflechtungen« Virchows streifen. Wie der in Dingen Hygiene aktive Arzt Paul Boerner<sup>69</sup> war auch Virchow ein »alter 48er«, wie sein Parteifreund Eugen Richter (Fortschrittspartei) in der Festrede zum 80. Geburtstag Virchows hervorhob.

Von besonderer Bedeutung für Virchows sozialen Umgang war seine Beziehung zum Hause des Berliner Gynäkologen Carl Mayer. 1850 heiratete er eine seiner Töchter. Über Familie Mayer wurde Seydel sein Schwager, der von 1863–1872 Bürgermeister von Berlin war. Virchows Biograph E. Ackerknecht meinte, daß ihm dies seine Arbeiten zur Durchsetzung der Kanalisation erleichtert habe.<sup>70</sup>

Die Gedächtnisrede, die Virchow zum Tode seines Schwiegervaters 1869 hielt, gibt in sehr knapper Form etwas von der Atmosphäre und den Idealen wider, die das fortschrittliche Bürgertum beseelte. Unter den guten Eigenschaften Mayers hob er besonders sein gutes Aussehen hervor. Der Körperpflege habe Mayer viel Zeit eingeräumt, daher habe er »immer einen Eindruck der Frische und Sauberkeit« erweckt, wie »kein künstliches Mittel vortäuschen könnte«. Im Zusammenhang mit der Bewertung der angenehmen körperlichen Erscheinung erwähnte Virchow eine wichtige moralische Qualität: »Nichts war ihm mehr verhaßt, als jenes nachlässige, man möchte sagen, faules Wesen, welches in Deutsch-

<sup>69</sup> vgl. E. Menke-Glückert (Hrsg.), Lebenserinnerungen eines Revolutionärs. Skizzen aus dem Jahre 1848, 2 Bde., Leipzig 1920.

<sup>70</sup> E. Ackerknecht (s. A 20), S. 20.

land nur zu häufig ist.«<sup>71</sup> Sauber, fleißig, gebildet, von guten Manieren; das sind die Eigenschaften, denen Virchow höchstes Lob spendet. Deutlich ist darin eine libidinös gefärbte Beziehung von Mann zu Mann erkennbar.

Noch deutlicher ist hier der von Freud diagnostizierte »anale Charakter« zu erkennen, der sich durch die »Trias« folgender Eigenschaften auszeichnet: »Sauberkeit, Ordentlichkeit, Verlässlichkeit«. Freud erklärte sich diese Eigenschaften als »Reaktionsbildung gegen das Interesse am Unsauberen, Störenden, nicht zum Körper Gehörigen«.<sup>72</sup>

Man kann davon ausgehen, daß das, was sich im 19. Jahrhundert als »Klassenbewußtsein« verstand, genauso auf Grundlage unbewußter libidinöser Interessen und Gleichsinnigkeiten beruhte wie auf handfesten materiellen Interessen. Warum Virchow, der radikale 48er, nicht Sozialist wurde, obwohl er keine religiösen Bindungen besaß, nicht nationalistisch gesonnen war und seinen Reichtum nicht ererbt, sondern erarbeitet hatte, hing von seinen emotionalen Bindungen ab. Es gab keine größere Bindung für ihn als die an seinen Vater. Dies ist verständlich, weil der Vater das einzige Kind nicht nur sehr liebevoll, sondern außerordentlich bildungsbeflissen erzog. Ein ununterbrochener Briefwechsel bis zum Tode des Vaters zeugt von Virchows Bemühen, den Vater zufriedenzustellen.<sup>73</sup>

Der überordentliche und überfleißige Virchow konnte trotz aller politischen Radikalität keine gemeinsame Sache mit denen machen, die die Gesellschaftsordnung umstürzen wollten, also Unordnung schaffen. Er versicherte dem Vater darum im gleichen Brief, er sei in keine Verschwörung verwickelt.

Die Unterdrückung kindlicher Neigung zum Herumtollen und Schmutzigwerden schafft einen Charaktertyp, in dem Geordnetheit bis hin zu Pedanterie, Einteilungs- und Planungsfähigkeit, Rechenhaftigkeit bis hin zur Kälte, sich entwickeln. Der wahrscheinlich wichtigste gesellschaftliche Vorzug dieses Sozialtyps gegenüber den vorbürgerlichen Charaktertypen ist seine Standhaftigkeit und Konsequenz, negativ Sturheit.<sup>74</sup>

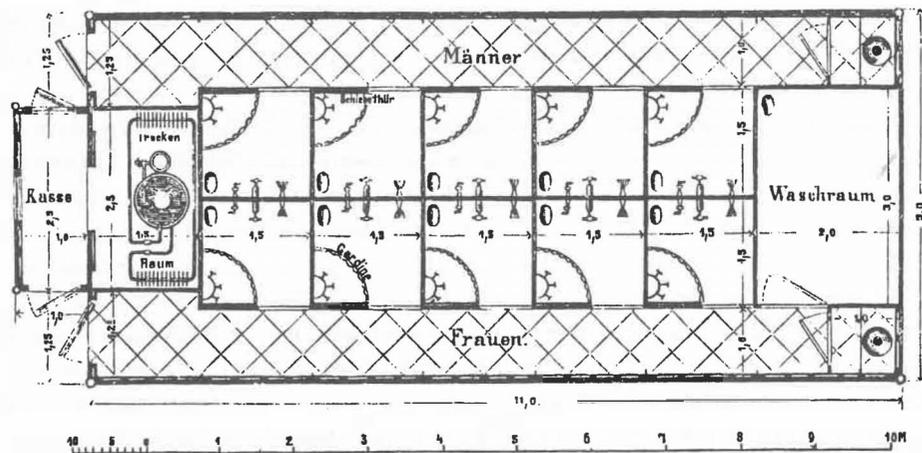
Mit der Veränderung des Sozialcharakters durch verstärkte Sauberkeitserziehung ändert sich die Haltung zur Umwelt, damit die Haltung zur Stadt und zur Architektur. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß die uns geläufigen Sauberkeitsstandards, mögen sie heute auch wieder nachlassen, allgemein verbindlich sind. Daß Städte kanalisiert und Trinkwasser gesundheitlich einwandfrei sei, städtische Straßen und Plätze nicht stinken wie Jauchegruben, ist eigentlich ein erstaunlich neues historisches Phänomen. Es ist kaum älter als hundert Jahre. Offenbar bedeutet die individuelle Sauberkeitserziehung eine so tiefe Verdrängung ursprünglicher Schmutzlust, daß auch auf gesellschaftlicher Ebene vergessen scheint, wie die ungezügelten analen Regungen unserer Vorfahren das Leben bestimmten.

<sup>71</sup> ebda., S. 12–14.

<sup>72</sup> S. Freud (s. A 59), S. 206.

<sup>73</sup> vgl. M. Rabl, Rudolf Virchow. Briefe an seine Eltern, Leipzig <sup>2</sup>1907.

<sup>74</sup> S. Freud, Über Triebumsetzungen, insbesondere der Analerotik, GW X, Frankfurt/M. 1952, S. 402–410.



Dr. Lassars Volksbad. Grundriß  
aus P. Börner (Hrsg.), Bericht über die allgemeine deutsche Hygieneausstellung auf dem Gebiete der Hygiene und des Rettungswesens unter dem Protectorate Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin. Berlin 1882–1883, Breslau 1885.

## VII

Im Gegensatz zu griechischen, etruskischen und römischen Städten hatten die mittelalterlichen Städte Deutschlands keine Kanalisation. Hausabfälle und Abwässer wurden auf die ungepflasterten Straßen geworfen. In diesen Straßen trieben sich auch zahlreiche Schweine herum, denen zuerst der Kampf angesagt wurde, wenn ernsthafte Anstrengungen zur Säuberung der Stadt unternommen wurden. In Frankfurt wurde im 14. Jahrhundert, zu Zeiten der Messen, der Straßenschmutz mit frischem Stroh überdeckt. Als ab dem 14. Jahrhundert in verschiedenen Städten in den Häusern Abortanlagen gebaut wurden, wurde der Kot und Urin in die engen Winkel zwischen den Häusern entleert. Die Reulen, Eh- oder Wustgräben wurden nur selten geleert. Der Nürnberger Stadtbaumeister Tucher ordnete 1470 eine Generalreinigung an, weil die Ehgräben 16 Jahre lang nicht gereinigt worden waren.<sup>75</sup>

Erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts kamen gemauerte Sickergruben auf. Deren Ausräumung geschah meist nachts, weil der Gestank so unerträglich war.<sup>76</sup> Aborthäuschen und Sickergruben, das war die hygienische Situation in den Städten, als Industrialisierung und Bevölkerungszustrom einsetzten! Für die Verbreitung von Darmerkrankungen schuf das den idealen Boden. Als Berliner Hauptübel galten die ungefähr einen halben Meter breiten

<sup>75</sup> vgl. H. Ehrhardt, Aus der Geschichte der Städtereinigung, Stuttgart 1954, S. 22–33.

<sup>76</sup> vgl. M. Strell, Die Abwasserfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung von den älteren Zeiten bis zur Gegenwart, Leipzig 1914, S. 185, 188.

und gewöhnlich ebenso tiefen Rinnsteine, eigentlich Gräben, die zwischen Fahrdamm und Bürgersteig lagen und wegen des geringen Gefälles stehende, häufig übelriechende Gewässer enthielten. Baurat Wiebe, der den ersten Kanalisationsplan für Berlin 1860 vorlegte, forderte als wichtigste Maßnahmen: 1. Beseitigung der Abtrittsgruben, 2. Beseitigung der tiefen stinkenden Rinnsteine, 3. Sauberhaltung der Spree.<sup>77</sup>

Mit der Hygienebewegung wurde auch erst wieder der Sinn für individuelle Sauberkeit geweckt. In den Hygieneausstellungen, die ab der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Ländern stattfanden, wurde dem Volk gezeigt, wie man sich das Leben durch Sauberkeit erleichtern konnte. Auf der Berliner Hygieneausstellung 1882/83 tat sich Dr. Lassar mit einer Baracke als »Volksbad« für 10 Pfennig hervor, durch das auch die Arbeiter dem Genuß des Badens zugeführt werden sollten.

## VIII

Woher hatten die Ärzte, die die Hygienebewegung führten, die Gewißheit, daß Schmutz schädlich, Sauberkeit jedoch gesund sei? Hatte die Menschheit nicht jahrhundertlang im Schmutz überlebt? War es nicht außerordentlich kühn, riesige Summen für die Anlage städtischer Kanalisationssysteme auszugeben, ohne mehr als statistische Belege für die Häufigkeit von Typhus- und Kindersterblichkeit in unsauberen Quartieren zu besitzen?

Es sind verschiedene gesellschaftliche Faktoren zu berücksichtigen, die die »Konstellation« Hygienebewegung bedingten. Als erstes ist der säkulare Entwicklungsschub zu nennen, der ab dem 16. Jahrhundert in Europa einsetzte, den Norbert Elias so großartig im »Prozeß der Zivilisation« analysiert hat. Proto-industrielle Handelsbeziehungen auf Grundlage des Systems städtischer Verleger und ländliche Textil-Heimarbeiter schufen die soziale Voraussetzung des Industriekapitalismus, hatten die »Interdependenzketten« zwischen den Menschen länger werden lassen. Ihr »Verflechtungsgrad« verdichtete sich. Das zwang zu einer Verfeinerung der Sitten, vor allem einer Dämpfung unkontrollierter aggressiver Regungen. Der Prozeß zunehmender »Affektkontrolle« manifestierte sich für Elias symptomatisch an der Verfeinerung der Eßsitten. Peter Gleichmann hat in Anlehnung an Elias' Theorie die Veränderungen im Umgang mit den Körperausscheidungen historisch nachzuzeichnen versucht. Er kommt zu dem Schluß, daß die Geruchsintoleranz mit zunehmendem Zivilisationsgrad größer wird und die Funktionen der Ausscheidung immer mehr privatisiert werden, den Blicken und Nasen anderer entzogen. Es kommt zur »Verhäuslichung von Harn- und Kotentleerung«.<sup>78</sup> Gleichzeitig mit der »Einhausung« dieser Körperfunktionen setzt eine strenge Reinlichkeitsdressur, gerade bei kleinen Kindern ein, um der als schädlich erachteten Gerüche Herr zu werden. Schamhaftigkeit,

<sup>77</sup> vgl. H. Hahn / F. Langbein, 50 Jahre Berliner Stadtentwässerung, Berlin 1928, S. 15, 24.

<sup>78</sup> P. Gleichmann, Die Verhäuslichung von Harn- und Kotentleerung, in: Archithese 15 (1985), S. 8–14.



Deutscher Abort um 1450 nach  
Heyne  
aus *F. M. Feldhaus, Ka – Pi – Fu und  
andere verschämte Dinge*, Berlin  
1921.

Prüderie in körperlichen Dingen, Kontrolliertheit wurden als menschliche Eigenschaften gezüchtet. Der »anale Charakter« entstand.

Die Gewißheit, daß Schmutz schädlich ist, entspringt nicht notwendig rationalen Erkenntnissen. Die Ärzte des 18. und 19. Jahrhunderts halfen jedoch diese Gewißheit zu rationalisieren, indem sie aus der Erfahrung, daß Krankheit sehr häufig mit Armut und mit Armut Unreinlichkeit verbunden ist, den Schluß zogen, daß aus Schmutz, insbesondere aus üblen Gerüchen, Krankheiten entstehen. Man nannte diese üblen oder »mefitischen« Gerüche Miasmen. Bis weit ins 19. Jahrhundert war der Streit unter den Ärzten unentschieden, ob die miasmatische oder die kontagiöse Krankheitstheorie richtig sei. Chadwick und Pettenkofer waren entschiedene Miasmatiker, Virchow eher Kontagionist. Wissenschaftlich gelöst wurde der Streit erst durch die Bakteriologie.

Die praktischen Lösungen wurden schon davor gefunden. Gerade in den Krankenhäusern, den Verwahrstätten der kranken Armutsbevölkerung, zeigte sich, wie heilsam Sauberkeit war. Saubermachen im Militärlazarett, das war die große hygienische Leistung, die Florence Nightingale als Dame der englischen Oberklasse zum Segen der Nation und der Krankenpflege vollbracht hat.<sup>79</sup> Sie hat das moderne Krankenpflegeverständnis begründet.

Weil die Hygieniker des 19. Jahrhunderts zur praktischen Lösung dringender Probleme schritten, gleichgültig ob ihre Schritte nun wissenschaftlich abgesichert waren oder noch nicht, bewiesen sie eine große Durchsetzungskraft. Ihre Erfolge bewirkten, daß sie als »ideologische Truppe« jedoch nur etwa eine Generation lang wirkten. Die Hygieniker waren im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts geboren und erlebten selten den Beginn des

<sup>79</sup> vgl. *M. E. Baly, Florence Nightingale and the Nursing Legacy*, London 1986, S. 5 f.

Ersten Weltkrieges. Sehr deutlich läßt sich diese Entwicklung an der Deutschen Vierteljahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege selbst verfolgen. 1897 schrieben Hobrecht, Pettenkofer, Pistor und Spieß, die Reihe der Begründer der Zeitschrift habe sich derart gelichtet, daß neue Mitherausgeber gewonnen seien, um die Zeitschrift weiterzuführen. Aber diese vier waren damals auch schon sehr alte Herren.

Die Zeitschrift erschien in der alten Form bis in den Ersten Weltkrieg (1915). Ab 1916 hieß sie »Öffentliche Gesundheitspflege – mit besonderer Berücksichtigung der kommunalen und sozialen Hygiene« und wurde von drei Ärzten herausgegeben. Die schon kurz vor dem Ersten Weltkrieg von Ärzten der DVÖG geäußerten Bedenken, daß die Volkskraft durch Rückgang der Geburtenziffer geschwächt werde, wurden nun in einem Ton vorgebracht, der nationalsozialistische Propaganda vorwegzunehmen scheint. Der darauf folgende Artikel hieß »Das sanitäre Grün« und stammte von Martin Wagner, der über dieses Thema 1915 promoviert hatte. Wagner begann mit einer Erinnerung an den Arzt Lassar, der die billigen Volksbäder durchsetzen wollte, damit jeder Deutsche einmal in der Woche baden könne. Nach besten sozialhygienischen Grundsätzen, wie sie programmatisch von dem Leipziger Arzt Reclam in der 1. Nummer der DVÖG formuliert worden waren, argumentierte Wagner im weiteren für mehr Freiflächen in den Städten, indem er Statistiken aufführte, die einen Zusammenhang zwischen Todesfällen im Gefolge von Atemwegserkrankungen und mangelnden Freiflächen zeigen sollten. Allerdings waren die wenigen Zahlen alles andere als statistisch überzeugend. Den künftigen Verwaltungsfachmann – Wagner war von 1926–1933 nach Ludwig Hoffmann der erste moderne Stadtbaurat von Berlin – erkennt man in dem Bestreben, »bestimmte Grundmaße« zur Hand zu haben, um Planungsprozesse zu rationalisieren. Ludovica Scarpa spricht von Wagners Versuch, das »Glück zu rationalisieren«. Am besten sei ihm das noch zusammen mit B. Taut beim Bau der Berlin-Britzer Hufeisensiedlung gelungen.<sup>80</sup>

In der kurzen Zeit der Weimarer Republik fanden sich die Experimentierer der Moderne zusammen, die, allen geschichtlichen Bindungen abhold, den Formfindungsprozeß der hygienisierten modernen Lebensweise mit Macht voranzutreiben versuchten. Das Bauhaus ist die bekannteste Institution in Deutschland für moderne Gestaltung geworden. Auch die Gruppe, die das »Neue Frankfurt« baute, beschränkte sich nicht allein auf die Hausgestaltung, sondern arbeitete ebenfalls kräftig an der tayloristischen und geschmacklichen Umgestaltung der Wohnung mit, wie Taut sie so leidenschaftlich beschwor. Es gab nicht nur die berühmte Frankfurter Küche von Grete Schütte-Lihotzki, sondern auch das »Frankfurter Bett«, wie eine Frankfurter Firma stolz in der Zeitschrift »Das Neue Frankfurt« 1929 inserierte.<sup>81</sup> Mart Stam reflektierte über »das richtige Maß«, vor allem

<sup>80</sup> *L. Scarpa, Martin Wagner oder die Rationalisierung des Glücks*, in: *Martin Wagner 1881–1957. Wohnungsbau und Weltstadtplanung*, Katalog der Ausstellung der Akademie der Künste, Berlin 1986, S. 10.

<sup>81</sup> *H. Hidima (Hrsg.), Neues Bauen, neues Gestalten. Das neue Frankfurt, die neue Stadt. Eine Zeitschrift zwischen 1926 und 1933*. Dresden 1984, S. 214.



Rationelle Organisation der Küche  
aus G. Heller, (s. A 82).

das »Minimum-Maß«. Die Hausfrauen wurden durch Bildfolgen »falsch-richtig« belehrt, wie sie ihren Haushalt zeitgemäß einzurichten hatten.

Geneviève Heller, die diesen Umerziehungsprozeß an einem Schweizer Beispiel (Lausanne) verfolgt hat, stellt fest, daß die Arbeit der Frauen im Haushalt durch die Hygienebewegung zunächst anspruchlicher und schwieriger wurde. Insofern erscheint die Taylorisierung und Vereinfachung der Wohnungseinrichtung als notwendiger Ausgleich der erhöhten Anforderungen. Die Ästhetisierung dieser Entrümpelung und Vereinfachung hinsichtlich weißer, glatter, heller Räume stieß zu jener Zeit auch schon auf heftige Kritik der Kunstliebenden.<sup>82</sup>

\*

Ich möchte damit die Betrachtung über die Bedeutung und die Gründe der Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts vorläufig abschließen. Zugleich möchte ich nochmals hervorheben, daß die Moderne in der Architektur und Stadtplanung des beginnenden 20. Jahrhunderts als die »symbolische Entsprechung« dieser Bewegung zu deuten ist, d. h., sie ist anschaulich gemachte innere Struktur in Gestalt besonderer ästhetischer Ideale. Hierfür müßten noch viel mehr Belege gegeben werden. Ich habe nur einen ersten Deutungsversuch unternommen. In den symbolischen Entsprechungen der ästhetischen Ideale liegt die

<sup>82</sup> G. Heller, »Propre en ordre«. Habitation et vie domestique 1850–1930. l'exemple vaudois, Lausanne 1979, S. 191.

sozialpsychologische Bedeutung der Architektur, wobei die Zuordnungs- und Zugehörigkeitsprozesse in den meisten Fällen unbewußt ablaufen. Der bewußte Umgang mit ästhetischen Signalen oder Codes setzt Kenntnisse und Bildung voraus; er war den Angehörigen der herrschenden Gesellschaftsschichten vorbehalten. Den funktionalistischen Reformen in der Architektur ist einerseits hoch anzurechnen, daß sie ihre ästhetischen Ideale »unters Volk« bringen wollten, andererseits stimmt bedenklich, daß dieses Nahebringen den Ton einer missionarischen Bekehrung oder Bevormundung hat, die fern ist von einem gleichberechtigten Austausch von Baubetroffenen und Architekt.

Wenn ich die weniger bewußten gesellschaftlichen Wurzeln des Funktionalismus bloßzulegen versucht habe, wollte ich zugleich ein neues Verständnis für die heutigen Formprobleme in der Architektur gewinnen, in der sich wiederum neue ästhetische Ideale ankündigen. Gemessen an den funktionalistischen Idealen der Moderne produziert die Postmoderne historisierenden Kitsch. Bezogen auf die gesellschaftliche Entwicklung kann allerdings die postmoderne Betonung der Phantasie, die Lust an der Nachahmung und die Einfühlung in historische Formen als positive symbolische Entsprechung des differenzierten Individuums angesehen werden, das auf die Abschaffung von Herrschaft strebt. Angesichts der möglichen Beseitigung der Ökonomie des Mangels besteht kein Grund für die ästhetische Idealisierung der Tugenden von Sparsamkeit und Knappheit. Wo die Postmoderne sich allerdings in den Dienst herrschaftlicher Repräsentation stellt, wirkt sie oft nicht besser als wilhelminischer Protz.

Liesa Nestmann

## Überlegungen und Methoden zur Erforschung der Wahrnehmung der städtischen Umwelt

1. Theoretische Vorüberlegungen 2. Die humanökologischen Zusammenhänge in urbanen Systemen und die Bedeutung der Umweltwahrnehmung 3. Die Grundeinstellung zur Stadt – Pro- und Antiurbanismus 4. Überblick über einige Basismethoden zur Erfassung der Umweltwahrnehmung 5. Die angewandte Perzeptionsforschung

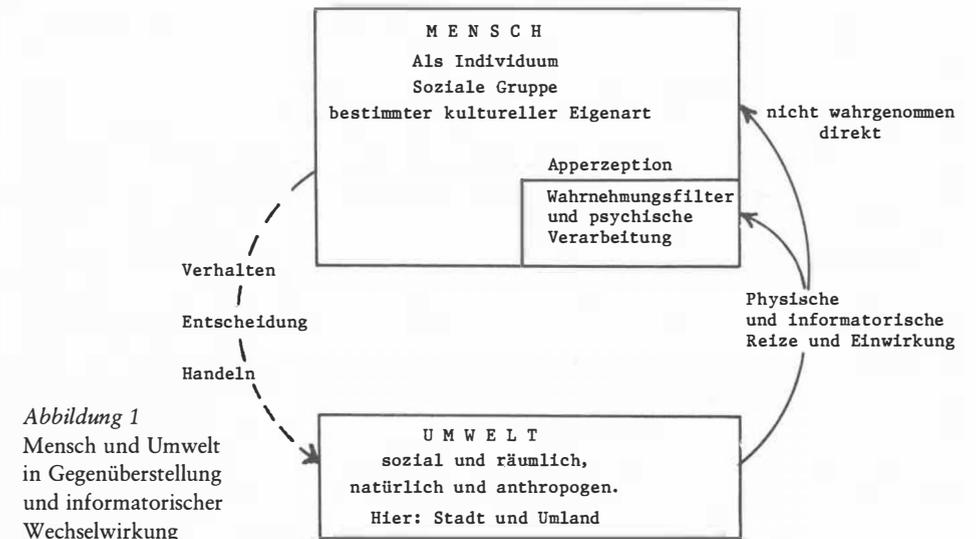
### 1. Theoretische Vorüberlegungen

Geographen, Stadtplaner und Architekten gehen meist davon aus, daß Städte als Realität erfaßbar sind und daß sie rational in ihrem Potential genutzt werden. Entscheidend für unser Wohlbefinden und Verhalten in jeder Umwelt ist jedoch nicht nur die objektive Realität, sondern auch deren subjektive Wahrnehmung. Städte und Stadtteile, die »unwohnlich« werden oder die ihre Einwohner belasten und deren Entwicklung und Gesundheit beeinträchtigen, erhalten ein negatives »Image«. Man verläßt sie wenn möglich. In den abgelehnten Stadtteilen sammeln sich Restbevölkerung und sozial schwache Zuwanderer. Es bilden sich Gettos und soziale Problemgebiete, von denen aus die Gesamtentwicklung der Stadt und der Zivilisation geschädigt werden kann, denn Städte sind Kernräume der Zivilisation. Zu solchen urbanen Schäden kommt es besonders dann, wenn Städte schnell wachsen oder umentwickelt werden. Sie lassen sich vermeiden, wenn man die Stadtplanung breiter an den Bedürfnissen der Menschen, also humanökologisch konzipiert und bei der Entwicklung die Wahrnehmung, Einstellungen und Wünsche der Stadtbewohner ermittelt und berücksichtigt.

### 2. Die humanökologischen Zusammenhänge in urbanen Systemen und die Bedeutung der Umweltwahrnehmung

Unsere Umwelt ist ein sehr komplexes System, in das wir physisch, psychisch und soziopolitisch integriert sind. Die Entwicklung der Menschen wird bestimmt durch die Qualität im Gesamtsystem, bezogen auf den Menschen als Individuum und Gruppe. Änderungen im Mensch-Umweltsystem fordern Adaption und erzeugen bei schnellem und unvermitteltem Wandel Stress.

Zum Umweltsystem des Menschen gehören andere Menschen (Sozialökologie), die natürliche Umwelt (Luft, Klima, Boden, Vegetation und Wasser) und die durch den Menschen geschaffenen Teile der Umwelt, also Häuser, Straßen, Verkehr, Industrie mit



ihren Produkten und Schadstoffen, also auch Zivilisation allgemein. Die anthropogene Umwelt herrscht in Städten vor, die natürliche tritt zurück, verliert damit aber nicht ihre Bedeutung für den Menschen. Wie auch in anderen Umweltypen oder den Landschaften bestimmt auch in der Stadt der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie und zwischen menschlichen und wirtschaftlichen Werten die Gesamtentwicklung des Systems, wobei sich seit der industriell-wirtschaftlichen Revolution das Gleichgewicht immer mehr zugunsten der Ökonomie verschoben hat. Dadurch wird die Umwelt nicht nur für Pflanzen und Tiere, sondern auch für die Menschen zunehmend belastend, und es kommt zu Adaptionstörungen. Abbildung 1 zeigt die Beziehung zwischen Mensch und Umwelt, die hier, wie dies für unsere Zivilisation typisch ist, einander gegenüberstehen.

Die Beziehungen des Menschen zu seiner Umwelt sind nicht nur materiell und energetisch, sondern auch informatorisch. Daraus ergibt sich die Wahrnehmung, die bewertend und selektiv ist, weil wir für Orientierung und schnelles Handeln nur bestimmte, relevante Informationen benötigen. In Wahrnehmungsfiltern findet in Einklang mit der psychischen Situation, Interessen, Zielen und kultureller Kondition (Bildung, soziale Stellung und Kultur) eine Verarbeitung und »Manipulation« der Realität statt. Es entstehen geistige Bilder »Image« und bei räumlicher Strukturierung *mental maps*. Diese unterscheiden sich bei Individuen, sozialen Gruppen, Völkern und Weltkulturen, weil Einstellungen, Wissen, Ziele und Adaption an die Umwelt verschieden sind. Daraus folgt, daß Erhebungen und Publikationen über Wahrnehmung und Umweltpsychologie immer die wichtigsten Angaben zur Person, Gruppe und ethnischen Zugehörigkeit enthalten müssen, daß von den Ergebnissen bei repräsentativen und heterogenen Gruppen nicht ohne weiteres auf Teilgruppen und Individuen geschlossen werden kann und daß die Ergebnisse von Perzep-

tionsstudien nur mit größter Vorsicht und nach Kontrolluntersuchungen auf andere Kulturen und Gruppen übertragen werden können.

Die Umweltbilder der Wahrnehmung scheinen mit den Vorurteilen und Stereotypen des sozialen Bereichs verwandt zu sein (vgl. Abbildung 8). In beiden Fällen handelt es sich um Umweltwahrnehmung (Räume und Menschen), die emotional durch Einstellungen und Gruppenzugehörigkeit geprägt ist. Beide sind selektiv bewertend und dienen der einfachen Orientierung und Reaktion in einer komplexen Umwelt. Da beide an Grundeinstellungen gebunden sind, kann man annehmen, daß auch in der Umweltwahrnehmung, wie bei den Vorurteilen, die entscheidenden Grundmuster in früher Jugend in Familie und Gruppe angelegt werden. Sie werden dann später durch Erfahrung, Lernen und neue Motivationen verändert, ohne daß die ursprünglichen Orientierungsmuster und Präferenzen verlorengehen, ja sie könnten sogar, wie unsere angestammten Vorurteile, unbewußt entscheidend bleiben, so daß es bei vielen Menschen im Verlauf der Zeit zum Schwanken zwischen den beiden Ebenen der Wahrnehmung und Bewertung, der in der Jugend erworbenen traditionell emotionsorientierten und der gegenwarts- und zukunftsorientierten rationalen, kommt. Sie entscheiden sich heute für Modernität, Praktikabilität, Neue Städte und progressive Zivilisation, morgen für das einfache Leben in halbländlicher Umgebung und in alten Häusern. Dabei verändert sich die Wahrnehmung. Es besteht also eine kognitive Dissonanz, Unsicherheit der Bewertung und des Verhaltens und damit Streß. Dies erschwert auch die Nutzung der Ergebnisse der Perzeptionsforschung in der Praxis, denn bis es zur Nutzung kommt, kann sich der Trend bereits geändert haben, oder die Ergebnisse treffen nicht für eine andere Bezugsgruppe zu.

Je schneller sich Umwelt, Wissenstand und Zivilisation ändern, um so größer werden Dissonanz und »Zeitabstand« (time-lag) zwischen den beiden Wahrnehmungsmustern, denn die Generationen für deren Bildung und Übermittlung sind unterschiedlich lang (Summation von Zeiten der Kindheit gegenüber Summation von Lebensdauern der Erfahrung und des Lernzuwachses). Dann spaltet sich das Bewußtsein des einzelnen und in der Bevölkerung. Nach einer Phase der Progressivität kommt es zu einer Phase der Nostalgie mit Bremsung der Entwicklung und Verweigerung.<sup>1</sup> Die gegenwärtig vorherrschende Rückbesinnung und Nostalgie lassen sich so als Reaktion auf Überforderung und Sehnsucht nach einer verlorenen »Heimat« in Ort und Zeit begreifen. Wir versuchen dabei, unser emotionales, soziales und physiologisches Gleichgewicht mit der Umwelt wiederzuerlangen.

Die beiden Arten der Wahrnehmung und Einstellung sind von gleichrangiger Bedeutung und ergänzen sich. Die traditionellen Grundeinstellungen gewährleisten Konstanz und Adaption an die Umwelt, Erhalt der kulturellen Identität und emotionales Wohlbefinden, die rationalen, innovationsorientierten Sekundäreinstellungen den zivilisatorischen Fortschritt, Wirtschaftlichkeit und Praktikabilität. Die letztere Sichtweise ist natürlich bei den

<sup>1</sup> vgl. auch J. W. Siedler, Die Architektur und die Wende, in: FAZ 92, 20. 4. 1985.

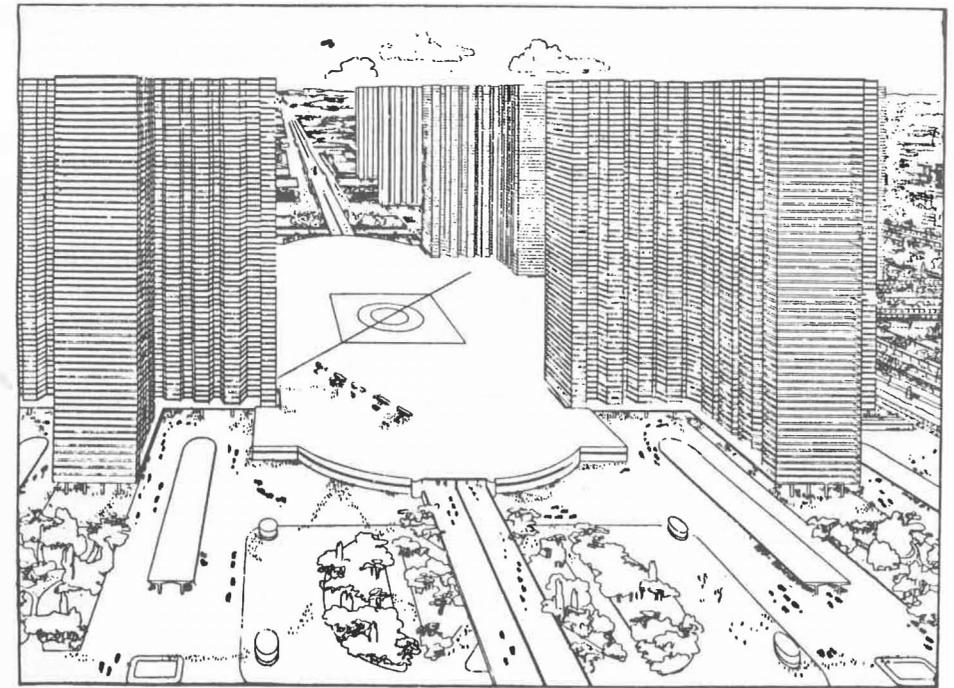


Abbildung 2  
Vision der »Neuen Stadt«, aus: W. J. Siedler (s. A 1)

Experten der Stadtentwicklung besonders ausgebildet. Bei ihnen dominieren die progressive wissenschaftliche Bildung und die Lehrmeinungen der Zeit. Dadurch kommt es leicht zu Unstimmigkeit zwischen Wahrnehmung und Bewertung der Experten und der übrigen Stadtbewohner. Selbst im einzelnen Architekten oder Stadtplaner können Wahrnehmung und Bewußtsein professionell/privat gespalten, also schizophren sein. Er findet dann neue Hochbauten aus Beton und Glas aufregend schön, baut die Neue Stadt und zerstört alte Substanz und Umwelt, wohnt aber selbst in einer Villa der Gründerzeit, an einer verkehrsarmen Straße mit Kopfsteinpflaster oder in einem restaurierten Bauernhaus vor der Stadt.

Wahrnehmung muß nicht unmittelbar an sensorische Reize aus der Umwelt gebunden sein, Image und mental maps einer Stadt können auch in der kreativen Phantasie im »minds eye« entstehen und zu Leitbildern für Städte der Zukunft werden. Ein Beispiel für solche imaginative Wahrnehmung ist eine Zeichnung von Le Corbusier für die zukünftige Innenstadt von Paris (vgl. Abbildung 2).

Solche Vorstellungen über die Stadt der Zukunft wurden von Fachleuten und Innovationsfreudigen enthusiastisch begrüßt und führten zur radikalen Umgestaltung der Städte, zur Zerstörung historisch gewachsener Altstadtkerne und sozialer Zusammenhänge, zu

Spekulation und Massenproduktion. Jetzt ist man kritisch geworden und sieht die ästhetischen, baulichen und sozialen Mängel. Neue Hochhäuser und Massensiedlungen stehen leer, werden zu Slums und verfallen. Einerseits sucht man nach Wegen, solche Elemente loszuwerden (Sprengungen in England), andererseits wird so weitergebaut, auch gegen Protest.

Besonders problematisch ist die Übertragung neuer euro-amerikanischer städtebaulicher Konzeptionen in andere Kulturräume und die Dritte Welt. So wirkt die Stadt Chandigarh, die nach einem Entwurf Le Corbusier's in den vierziger Jahren als neue Hauptstadt in Indien gebaut wurde, mit ihren geradlinigen Beton- und Glasbauten als Fremdkörper. Die Straßen sind zu breit und verkehrsarm geblieben, und Rikschafahrer und Ochsenkarren mühen sich in der Sonne um überdimensionale Verkehrskreisel.

Auch die ungeplant wuchernden Stadtrandviertel in den Entwicklungsländern, wie beispielsweise die Gecekondu der Türkei oder die Kampongs Indonesiens, werden von westlich orientierten Politikern und Stadtplanern und der Wohnbevölkerung sehr unterschiedlich wahrgenommen und eingeschätzt. Für erstere sind sie ein Slum mit fehlender Infrastruktur und ein Greuel. Sie sollen abgerissen und durch moderne Miethäuser ersetzt werden. Den Bewohnern erscheinen sie hingegen, wenn sie noch nicht zum echten Slum verkommen sind, positiv. Man ist stolz auf die selbstgebauten Häuschen, hat vielleicht einen Garten oder Obstbaum und Tiere und lebt mit den Nachbarn meist im landsmannschaftlichen Verbund. Der Übergang von der traditionellen dörflichen oder kleinstädtischen zur modernen urbanen westlichen Lebensweise vollzieht sich so leichter, und geistige Verarmung und Proletarisierung lassen sich vermeiden, wenn die Städte einigermaßen angemessene Möglichkeiten für Arbeit und Bildung bieten.<sup>2</sup>

### 3. Die Grundeinstellung zur Stadt – Pro- und Antiurbanismus

Die Einstellung zur Stadt – besonders der Großstadt – kann vorherrschend positiv (prourban) oder negativ (antiurban) sein. In der Gegenwart ist der Antiurbanismus, zumindest bezüglich Groß- und Neustädten, weit verbreitet: Städte sind häßlich, werden immer häßlicher, sie sind ökologische Schadräume und machen die Menschen dekadent, krank und kriminell. Die Menschen vereinsamen, sind anonym, und die Familien zerfallen.

Andererseits ist auch Prourbanismus weit verbreitet und zu Zeiten dominant, sonst käme es nicht zu Landflucht und Urbanisierungsschüben zum Beispiel im Mittelalter, in der Gründerzeit und Gegenwart, besonders in den Entwicklungsländern.

Licht, Arbeit und Kultur der Städte ziehen die Menschen an. – Städte regen an und bieten Chancen für Selbstverwirklichung, wirtschaftliche Aktivität und Reichtum. Stadtluft macht frei. In der Anonymität und größeren Toleranz der Städte können auch

<sup>2</sup> vgl. E. Sen, Die Entwicklung der Wohngebiete der Stadt Ankara seit 1923 unter besonderer Berücksichtigung des Gecekondu Phänomens, Diss. Saarbrücken 1975.

bedrohte Minderheiten überleben und an der Kultur teilhaben. Das Image der Stadt ist also verlockend und doch wechseln Pro- und Antiurbanität, wenn dies auch nicht immer zu Migrationen führt, denn unsere Einstellung zu Stadt und Zivilisation muß ambivalent sein, weil wir aus einfacheren Umwelten stammen und zum Teil an diese adaptiert bleiben.

#### 3.1. Die Ermittlung von Einstellung zur Stadt durch Auswertung von Bildern

Pro- und antiurbane Einstellungen und die Wahrnehmung und Bewertung der Stadt kommen auch in graphischen Darstellungen und in der Kunst zum Ausdruck. Man kann deshalb Bilder und Zeichnungen als Indikatoren des Umweltbewußtseins benützen und auch quantitativ auswerten, zum Beispiel zur Feststellung historischen Umweltbewußtseins. Besonders interessant sind Karikaturen als kritische, intellektuelle und überspitzte Darstellung der Wahrnehmung von Besonderem. Allerdings sind sie nicht immer in Einklang mit dem allgemeinen Bewußtsein, sondern können diesem vorauslaufen, werden es dann allerdings wirksam formen oder wecken, aber auch manipulieren.

Die Zeichnung »Hilfe« (vgl. Abbildung 3) zeigt die extrem negative Wahrnehmung einer modernen Großstadt und ihrer Probleme: Der Mensch steht allein in einer Falle aus

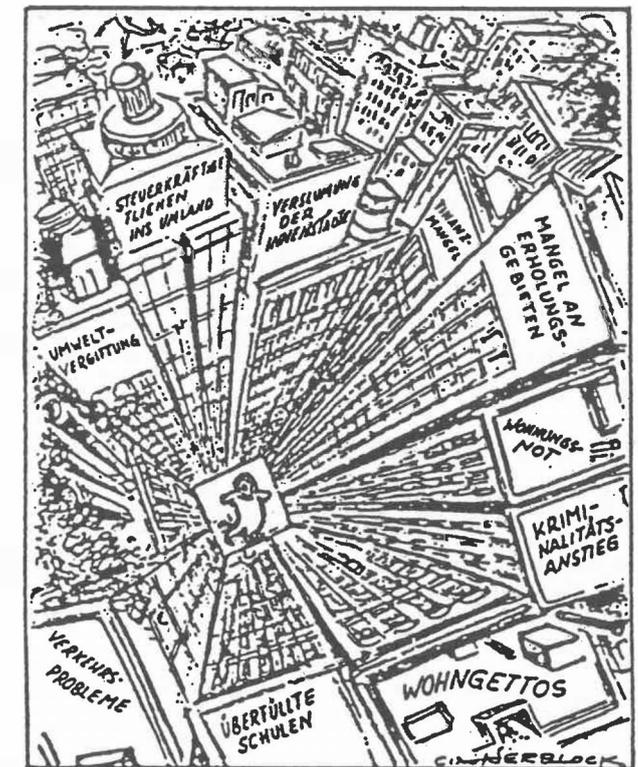


Abbildung 3  
Großstadt als Umwelt, aus:  
Herblock, Herald Tribune  
Paris, übernommen aus  
Spiegel, Nr. 23, 1981.

Hochhäusern und Beton und schreit. Die Dächer zeigen plakativ die vernichtenden Probleme solcher Städte. Diese Stadt ist extrem unnatürlich, unmenschlich und unwohnlich. Man kann natürlich sagen, dies sei eine klischeehafte Überspitzung, so sind unsere Großstädte, auch New York, nicht, und doch ist ein so kritisches Bild des Umweltraumes Stadt recht zutreffend und verbreitet.

Positiv verlockend und negativ abstoßend sehen und sahen viele Menschen auf dem Lande und in den Kleinstädten die Großstadt. Wir werden so gewarnt vor Belastung und Risiken eines Umweltwechsels, an dem viele scheiterten und in der Dritten Welt noch heute scheitern. Analoge positive, negative und ambivalente Einstellungen gibt es auch gegenüber Teilen der Stadt, den einzelnen Stadtvierteln. Aus ihnen ergeben sich Prädispositionen für innerstädtische Wanderungen. Ob es tatsächlich zum Umzug in ein anderes Stadtviertel, vom Lande in die Stadt, von der Innenstadt nach Suburbia oder umgekehrt kommt, hängt allerdings auch von anderen Faktoren ab. Die Perzeptionsforschung kann also nur Trends der Migration und des Verhaltens voraussagen.

#### 4. Überblick über einige Basismethoden zur Erfassung der Umweltwahrnehmung

Die Spezialliteratur der empirischen Wahrnehmungsforschung ist meist sehr komplex und auf einige wenige Erscheinungen und Methoden konzentriert. Dies erschwert besonders dem Anfänger Einstieg, Überblick und kreative Weiterentwicklung. Es empfiehlt sich deshalb am Anfang, und auch später gelegentlich, eine der guten, modernen Einführungen in die Psychogeographie und Wahrnehmungsforschung zu lesen und dabei den Konzeptionen und einfachen Grundzügen der Methodologie besondere Aufmerksamkeit zu widmen.<sup>3</sup>

Die folgende Auswahl von Methoden basiert vor allem auf der Zusammenstellung A. Whytes für den Arbeitskreis »Man and Biosphere« der UNESCO und auf Versuchen im Geographischen Seminar der Pädagogischen Hochschule Flensburg. Bei ihrer Darstellung soll auch in das Wesentliche dieses Forschungsansatzes und seiner Möglichkeiten eingeführt werden.

##### 4.1. Die Auswertung von Bildern und verbalen Äußerungen

Aus Bildern und verbalen Äußerungen läßt sich entnehmen, wie wir unsere Umwelt – hier die Stadt – wahrnehmen und in der Vergangenheit wahrgenommen haben. Forschungsmaterial sind Kunstwerke, Zeichnungen, Photographien, mental maps, beschreibende Texte und gezielte Befragungen.

<sup>3</sup> Geeignet hierfür sind z. B. J. R. Gold, *An Introduction to behavioural Geography*, Oxford 1980; A. Whyte, *Guidelines for field studies in environmental perception*, in: Unesco, MAB, Technical notes 5, Paris 1977; T. F. Saarinen / D. Seamon / J. L. Sell, *Environmental perception and behavior. An inventory and prospect*, University of Chicago, Dept. of Geography, Researchpaper No. 209.

##### 4.1.1. Auswertung von Bildern

Man kann Kinder (oder Erwachsene) Bilder ihrer Stadt zeichnen lassen und den Inhalt der Zeichnung entsprechend Einstellung (positiv oder negativ) und Inhalt (nach Kategorien geordnet) quantitativ auswerten. Man erkennt so die räumliche Reichweite, Inhalte und Symbole, die wahrgenommen werden, und was positiv und negativ auffällt. Dabei werden sich Bilder von Städten, die man kennt und in denen man lange wohnt, wesentlich von denen unterscheiden, die man nur flüchtig oder vom Hören-Sagen kennt. Besonders interessant sind Städtebilder transkulturell beweglicher Kinder. So zeigte zum Beispiel das Berlin-Bild eines Diplomatenkindes in Ankara symbolhaft die Luftbrücke, eine Moschee, eine Kirche und einen amerikanischen Wolkenkratzer gegeneinander geneigt und zum Stadtbild verbunden.

Häufig wird auch Bildmaterial in der Presse bezüglich Inhalt und Problembezug ausgewertet. Dabei kann man die Fläche bestimmen, die die Bilder einnehmen. Je mehr Raum zur Verfügung gestellt wird, um so stärker ist die Wahrnehmung – zunächst durch Journalisten und Photographen – und die Gewichtung. Auf diese Weise hat Hard festgestellt, daß Umweltprobleme in der Presse vor allem für die sozial gehobenen Viertel dokumentiert sind, obwohl die Wohn- und Arbeitsviertel der sozialen Unterschicht stärker betroffen sind.<sup>4</sup>

Es ist erstaunlich, daß sich die urbane Umweltforschung, inklusive die Wahrnehmungsforschung, fast ausschließlich auf die Außenräume der Städte – also Straßen, Straßensichten von Häusern und Grünanlagen – beschränkt, während doch die Innenräume der Städte – also Wohnungen, Arbeitsstellen, Treppenhäuser und Höfe – im engeren und unmittelbaren Sinne die Umwelt für den Städter sind. Dies scheint mir ein gravierender Mangel, sowohl bei der Ermittlung der real objektiven Umweltbelastung, speziell durch Chemikalien, Strahlung und Lärm – wie auch bei der Perzeptionsforschung. Besonders bei Bild- und Textauswertungen, und so im Zusammenhang mit umwelthistorischen Studien, ließe sich dieser Mangel leicht beheben. So enthalten zum Beispiel die Arbeiten von Zille reiche Informationen über die »Innenräume der städtischen Umwelt« und zur Sozialökologie der Stadt – hier von Berlin – um die Jahrhundertwende.<sup>5</sup>

Auch eine satirische Zeichnung der Entwicklung am Stadtrand von London (vgl. Abbildung 4) zeigt die Bedeutung alter Zeichnungen oder Photographien für historische Umwelt- und Perzeptionsstudien.

Hier wird ersichtlich, daß die Probleme städtischen Wachstums, Zersiedelung, Luftverschmutzung und Zerstörung von Natur- und Ackerland bereits sehr früh in moderner Sicht wahrgenommen wurden, aber auch, daß es über einhundert Jahre dauerte, bis Problembewußtsein zu Gesetzen führte, die die Schäden einzudämmen begannen.

<sup>4</sup> G. Hard, *Problemwahrnehmung in der Stadt. Studien zum Thema der Umweltwahrnehmung*, Osnabrück OSG 1981, S. 63.

<sup>5</sup> H. Zille, *Mein Milljöh*, Berlin 1913.



Abbildung 4  
Wachstum und Umweltprobleme von London, wahrgenommen 1829, aus: Sunday Times, 10. 1. 1982.

Bilder von Künstlern und Photographen stellen aber meist nicht Problembewußtsein, sondern Schönes und Besonderes dar. Sie bilden dabei das allgemeine Bewußtsein und erzeugen Normen und Erwartungen an die Umwelt. Die prägende Kraft dieser Bilder ist besonders groß, weil Kunst und Künstler, aber auch die Bildung, zu der die Kunst gehört, in unserer Gesellschaft hohen Rang haben. Da die meisten Landschafts- und Stadtbilder alt sind und damit früheren Umwelten entsprechen, kann man annehmen, daß auch unser Schönheitsempfinden und die gegenwärtigen Idealbilder der Stadt stark durch Kunst der Vergangenheit geprägt sind. So könnte sich unsere Vorliebe für alte, kleine Häuser, alte Städte, freie Plätze, gekrümmte Straßen, harmonische Vielfalt und beschauliches Leben in der Stadt und unsere Ablehnung der »Neuen Stadt« erklären, wobei dieser Bezug durch Souvenirkunst, Postkarten und Kalenderbilder verstärkt wird.

#### 4.1.2. Auswertung von verbalen Äußerungen

Auch mündliche und schriftliche Äußerungen über Städte lassen Schlüsse auf die bewertende Wahrnehmung zu. Auswerten lassen sich Gespräche, zielgerichtete Interviews, Fragebögen und Darstellungen in Presse und Literatur. Auch die Methode der semantischen Differentiale gehört in diesen Zusammenhang.

Bei der Textanalyse werden Inhalte und beschreibend wertende Adjektive und Substantive wie stimmungsvoll, häßlich, Schlafstadt, Höhle und Loch etc. nach Kategorien

geordnet und ausgezählt. Mit Hilfe dieser Methode lassen sich Städte, Stadtteile und Bebauungstypen, aber auch die Wahrnehmung verschiedener Zeiten, soziokultureller Gruppen und von Wohn- und Fremdpopulationen vergleichen. Die Analysen müssen Angaben über Personen, Situation und Zeit enthalten, da die Wahrnehmung soziokulturell spezifisch und abhängig von Zielen und Zeitströmungen ist.

Einige Beispiele sollen das Prinzip und die Möglichkeiten der Textanalyse verdeutlichen.<sup>6</sup> Wolgast beschreibt die sanierungsbedürftige Hafensstraße in Hamburg wie folgt: grau, rissig, terroristisch, dunkel, gefährvoll, Höhle, Festung, Randgruppe, häßlich, heruntergekommen, leerstehend.<sup>7</sup> Die verwendeten Adjektive sind negativ und beziehen sich auf Bausubstanz und soziale Zustände. Dies entspricht sicher der »Realität«, aber auch der Einstellung des Verfassers und den Zielen von Politikern, Ordnungskräften und Bauherren. Die Bewohner des Viertels, Denkmalschützer und vielleicht auch auswärtige Besucher würden sicher andere Worte wählen.

Meist werden alte Stadtteile und Häuser der Gründerzeit jetzt jedoch positiv und nostalgisch verklärt gesehen und dargestellt, vor allem, wenn sie renoviert und saniert sind. So wird die Altstadt von St. Pölten in einem Informationsheft des Fremdenverkehrsverbandes wie folgt beschrieben: modern, zeitgemäß, barock, ehrwürdig, dekorativ, pulsierend, kulturell, künstlerisch, historisch, attraktiv und heimelig. So, historisch repräsentativ, restauriert, saniert, wirtschaftlich aktiv (»revitalisiert«), verkehrsberuhigt und postkartenhaft hübsch, sollen unsere alten Städte sein. Zählt man die einbezogenen Kriterien der Adjektivliste aus, so steht an erster Stelle der historisch-zeitliche Aspekt, gefolgt vom ökonomischen, ästhetischen, kulturellen und emotionalen. Dies entspricht einer Rangfolge der Erwartungen und Prioritäten. Der ökologische Aspekt im engeren Sinne fehlt. Das ist charakteristisch für die übliche Betrachtung und Gestaltung der urbanen Umwelt, entspricht aber kaum einer ausgewogenen, zeitgemäßen Sicht.

In unserer Begeisterung für alte Städte vergessen wir leicht, daß diese keineswegs eine optimale Umwelt waren. Eine rückschauend kritische Wahrnehmung des Berliner Nordens der Gründerzeit enthält die Adjektive: feucht, verwahrlost, räuberisch, tierisch, stinkend, finster, unfertig, schmal, tief und winzig. Im Gegensatz dazu werden Charlottenburg und Tiergarten als fürstlich und schön gekennzeichnet.<sup>8</sup> Diese Darstellung ist sicher treffend, aber sie ist wie alle Wahrnehmung auch emotional gefärbt. Außerdem ist es die Wahrnehmung eines Fremden, der in einer anderen sozialen Umwelt und Zeit als die Arbeiter der Gründerzeit lebt.

Auch bezüglich der »Neuen Stadt« scheiden sich die Geister. Man findet sie modern, praktisch aber auch langweilig, einförmig, schlecht gebaut, leblos, anonym, menschen- und kinderfeindlich. Die Kritik setzt vor allem im ästhetischen, sozialen und emotionalen Bereich an. Hauptsächlich werden die Massensiedlungen mit Hochbauten und mangeln-

<sup>6</sup> Weitere Hinweise bei A. Whyte (s. A 3), S. 37, 45, 65.

<sup>7</sup> T. V. Wolgast, Traurige Visitenkarte einer Weltstadt, in: FAZ 26. 5. 1985.

<sup>8</sup> vgl. den Aufsatz Mietskasernen. Quelle der Verderblichkeit, o. Verf., in: Spiegel Nr. 51, 1980.

dem Grün abgelehnt, die Gartenstädte und die in die Landschaft integrierten Terrassenbauten dagegen meist akzeptiert.

#### 4.1.3 Semantische Differentiale und Profile

Auch die Methode der semantischen Differentiale und der nach diesen gezeichneten Profile benützt wertende Adjektive in polarer Anordnung (vgl. Abbildungen 5, 6, 7). Die Kriterienlisten sind gewöhnlich mehr oder weniger willkürlich aus Wörtern zusammengestellt, die allgemein zur Beschreibung von Städten verwendet werden, das heißt, ohne erkennbaren Bezug zu seinem spezifischen Problem oder zur Erfassung des Mensch-Umweltsystems. Die Methode wird im Zusammenhang mit Interviews, Fragebögen und Stadtgängen angewendet. Gewöhnlich ist zwischen den beiden zugeordneten Begriffen eine Linie oder Skala, auf der entsprechend der individuellen Einschätzung zwischen den Extremen eine Markierung angebracht wird. Dabei wird empfohlen, nicht alle positiven und negativen Begriffe jeweils untereinander anzuordnen, da sich dann leicht die Einschät-

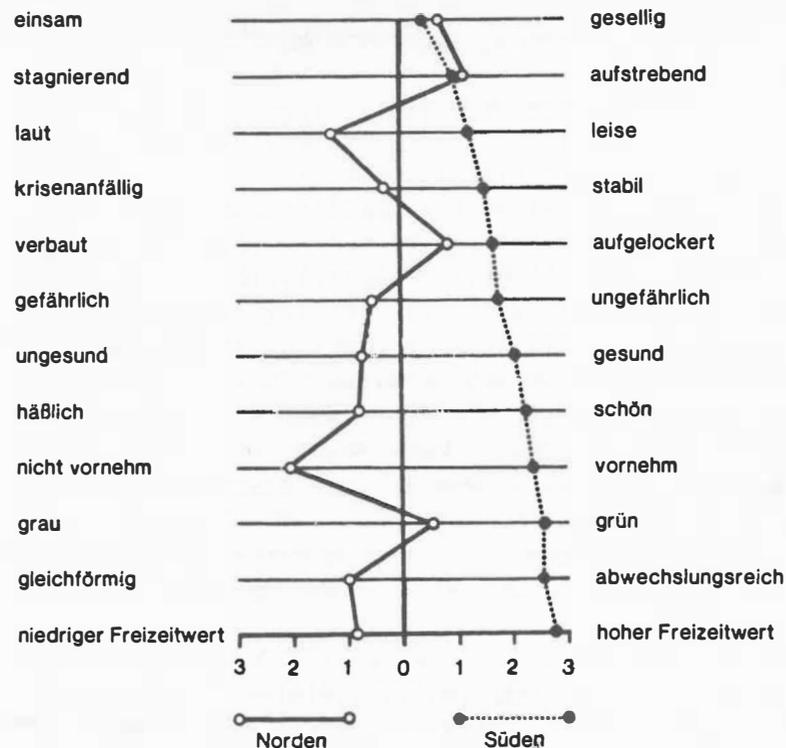


Abbildung 5

Vergleich zweier Stadtteile mittels semantischer Profile, aus: J. Pohl / R. Geipel, Umweltqualität im Münchener Norden. Wahrnehmungs- und Bewertungsstudien, Münchener Geographische Hefte Nr. 49, 1982, S. 66.

zung und Erwartung des Erhebenden auf die Testperson überträgt. Aus den individuellen Listen und Skalenwerten wird dann für die Testgruppe der allgemeine Trend der Wahrnehmung und Einschätzung ermittelt. Man strebt also eine »Objektivierung« der Ergebnisse für allgemeine Schlußfolgerungen und Nutzung in der Praxis an. Dies ist nur eingeschränkt möglich (interrater Objektivität), denn Wahrnehmung komplexer Zustände muß wegen der sehr unterschiedlichen persönlichen Rahmenbedingungen und Einstellungen subjektiv sein. Sie verliert diese Eigenschaft auch nicht durch statistische Bearbeitung der Einzelergebnisse. Dies mindert den Wert solcher Aussagen nicht, solange man sich der Rahmenbedingungen und Einschränkungen bewußt ist.

Drei Beispiele zeigen Anwendungen dieser Methode und wie die Individualergebnisse bearbeitet werden.

1. Unterschiedliche Bewertung zweier Stadtteile, hier des Münchener Nordens und Südens: Abbildung 5 zeigt einen charakteristischen Kriterienkatalog mit Polaritätenpaaren zur Bewertung der Stadt und zum Vergleich von Stadtteilen. Bei 12 Begriffspaaren sind die Bezüge breit gestreut und beziehen die folgenden Bereiche ein: Soziales und Ästhetik (je 3), Wirtschaft und Umwelt (je 2), Architektur, Stadtstruktur und Dynamik (je 1). Da bei allen Wortpaaren Konsens darüber bestehen dürfte, welcher Begriff positiv, respektive negativ ist, so läßt sich ohne Schwierigkeit ein Punktwert (1–7) entsprechend der Markierung auf der Skala festlegen. Mittelt man die einzelnen Werte für die Testgruppe und trägt diese als Profil für die beiden Stadtteile ein, so ergibt sich, daß der Münchener Süden im allgemeinen positiv, der Norden negativ eingeschätzt wird. Nur bezüglich der Entwicklungsdynamik und der »Geselligkeit« sind die Werte für den Norden etwas höher.

2. Vergleiche von »Nah- und Fernbild«: Abbildung 6 zeigt die Polaritätenprofile der Koblenzer Altstadt von in dieser wohnenden und nicht dort wohnenden Schülern.<sup>9</sup> Beide Gruppen unterscheiden sich wesentlich in ihrer Einschätzung der Altstadt. Man spricht von Nah- und Fernbild.<sup>10</sup>

Diese Kriterienliste ist länger, nicht alle Begriffe dürften eindeutig verständlich sein (offen/geschlossen) oder sich positiv/negativ und damit in Punktbewertung einschätzen lassen (sachlich – verträumt; kompliziert – einfach). Auch ergeben sie kaum insgesamt eine ausgewogene Erfassung der urbanen Umwelt. Dies erschwert quantitative Aussagen über die Bewertung der Altstadt als Umwelt der Kinder. Generell wurde die Altstadt von den dort heimischen Schülern positiver bewertet als von den »Fremdlingen«. Dies entspricht der Adaption der dort Wohnenden und ihrer Heimatbindung an das Viertel. Solche Ergebnisse sollten zur Kenntnis genommen werden, besonders wenn man sich als »Experte« wertend über Stadtteile äußert und wenn Stadtteile »saniert« und deren Wohnbevölkerung umgesiedelt werden soll.

<sup>9</sup> vgl. G. Hard (s. A 4).

<sup>10</sup> vgl. auch die Studie Allensbacher Institut für Demoskopie, Frankfurt – Nahbild und Fernbild, Allensbach 1980.

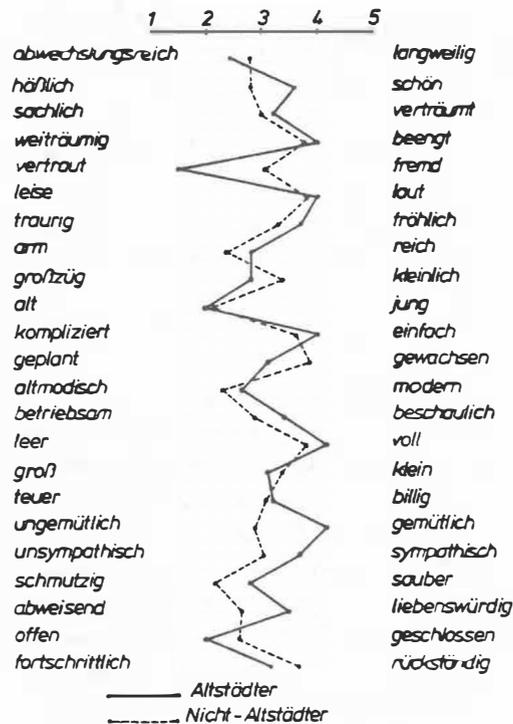


Abbildung 6  
Polaritätenprofil der  
Koblenzer Altstadt  
bei 55 Schülern,  
aus: G. Hard (s. A 9), S. 180.

3. Historische Vergleiche der Umweltwahrnehmung: Für historisch vergleichende Perzeptions- und Umweltstudien ist man entweder auf Texte und Bilder angewiesen, oder man muß älteres Bild- und Textmaterial mit gegenwärtigen Feldstudien vergleichen. Bei dem gegebenen Beispiel wurde das Kapitel über Soho in einem Bildband der zwanziger Jahre über London<sup>11</sup> mit einer Perzeptionsstudie von Burgess und Hollis<sup>12</sup> verglichen. Es wurden dabei von Studenten Stadtgänge in verschiedenen Stadtteilen von London durchgeführt und die Wahrnehmung mit Hilfe semantischer Differentiale bestimmt. Der Aufsatz enthält außerdem nützliche Hinweise auf die Auswertung der Stadtgänge.

Das Kapitel über Soho in dem alten Bildband über London enthält sechs Photographien von Straßenmärkten, Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden, aus denen Umwelt und Wahrnehmung der damaligen Stadt ersichtlich werden. Der Text beschreibt wie folgt: crude, rough, swarthy, uncouth, foreign, un-English, dejected, obscure, discordant, uneven, dramatic, narrow, untidy, gloomy, quiet, quaint, expensive and mock-Quartier-Latin. Sie sind fast alle negativ und zeigen soziale und räumliche Distanz, also »Fernwahrnehmung« und außerdem eine ausgeprägte Ethnozentrität und Ablehnung von Fremden.

<sup>11</sup> J. Adcock, Wonderful London, London (Educational book company) o. J.  
<sup>12</sup> J. A. Burgess / G. E. Hollis, Personal London. Students perceive the urban scene, Geogr. Mag. Dec. 1977, S. 155-169.

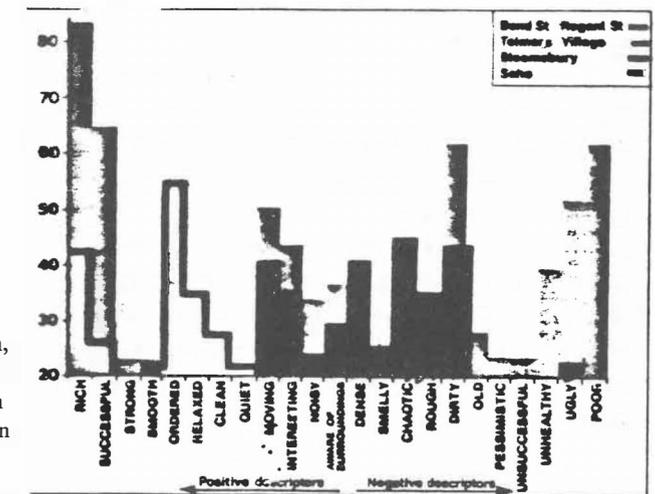
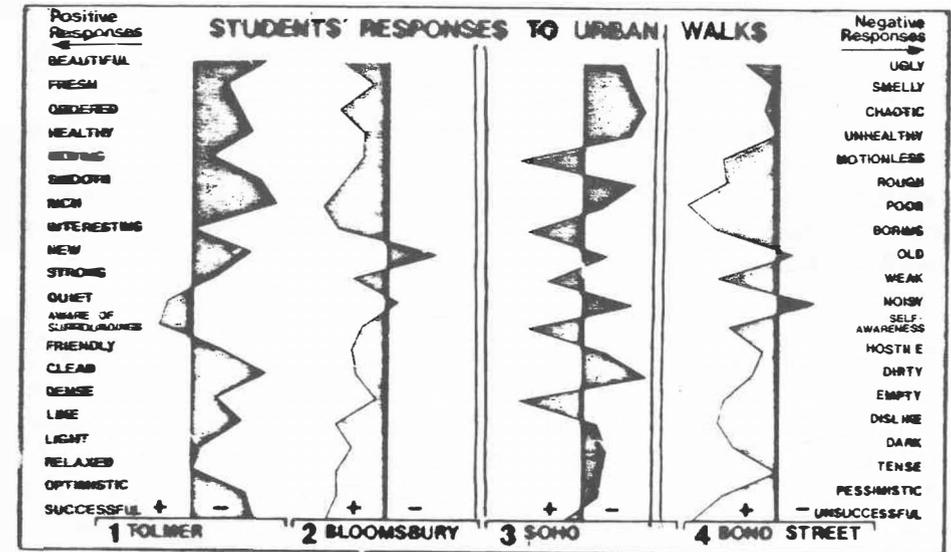


Abbildung 7  
Bewertung von Soho, London,  
und diagrammatische und  
vergleichende Darstellung von  
urban walks und semantischen  
Profilen, aus: J. A. Burgess /  
G. E. Hollis (S. A 12).

Soho hat sich in den seitdem vergangenen 50 Jahren verändert, aber nicht fundamental, und auch die Wahrnehmung und Bewertung sind fast gleich geblieben, wie aus dem Profil und der diagrammatischen Darstellung (vgl. Abbildung 7) erkennbar ist. Der Stadtteil wird als bewegt, interessant, laut, umweltbezogen, direkt, stinkig, chaotisch, ungehobelt, schmutzig und häßlich charakterisiert. Immerhin sind drei der gefundenen Adjektive mehr oder weniger positiv.

Obwohl das ausländische Element in Soho durch Touristen und Immigranten immer noch stark in Erscheinung tritt, kommt dies in dieser Studie, die keine Verbindung zu dem Text der zwanziger Jahre hat, nicht zum Ausdruck. Das liegt sicher zum Teil daran, daß der Kriterienkatalog diesen Aspekt nicht anspricht. Auch dürften die Studenten liberal und kosmopolitisch eingestellt gewesen sein. Legt man solche historisch-vergleichenden Studien gezielt an, sollte man den Kriterienkatalog für die Feldstudie so weit wie möglich auf den älteren Text abstimmen und würde also in diesem Fall die Wahrnehmung von Fremden einbeziehen.

#### 4.2. Rangordnung zur Bestimmung von Präferenzen und Prioritäten

Wenn man feststellen will, was Menschen mögen oder ablehnen oder wie ihre Wertskala ist, so kann man Objekte wie Städte, Stadtviertel oder Gebäudetypen in eine Rangordnung bringen lassen. Man nennt dabei 10 bis 12 Objekte, legt eine Liste vor oder verteilt Bildkarten. Die individuellen Ranglisten werden dann für die Gruppe zur Feststellung des allgemeinen Meinungstrends quantitativ ausgewertet. Wiederholt man den Test nach einiger Zeit, so stellt man fest, daß sich die Rangpositionen besonders in der Mitte der Liste geändert haben. Diese Ungenauigkeit läßt sich durch die Verteilung von Bildkarten weitgehend ausschalten, da diese in Ruhe geordnet und umgeordnet werden können. Oder man könnte die mittleren Positionen auf den Listen ignorieren. Mit Hilfe des Rangordnungsverfahrens lassen sich die allgemeinen Präferenzen des Wohnens, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Reisen und Spaziergängen feststellen. Es ergeben sich so wichtige Hinweise für Stadtplaner, Bauherren und Werbung.

Die Auswertung erfolgt mit Hilfe einer Matrix. Wird bei 5 Objekten das Objekt an erster Stelle genannt, so erhält es 5 Punkte, für die zweite Position 4 usw. und wird entsprechend in die Zählliste der Matrix eingetragen. Die Gesamtpunktzahl für das Bild ergibt sich dann durch Addition der einzelnen Punktwerte, die ihrerseits durch Multiplikation der Punktzahl mit der Zahl der Nennungen erhalten wurde. Das Objekt mit der höchsten Punktzahl – vielleicht eine neue oder alte Gartensiedlung oder eine Straße mit restaurierten Häusern in der Innenstadt – hat den Rang 1 in der Gesamteinschätzung der Gruppe.

#### 4.3. Mental maps

Unsere Umwelt- und Stadtwahrnehmung ist auch räumlich strukturiert. Dadurch entstehen die »mental maps«, die Orientierung in komplexen Räumen ermöglichen. Sie sind mehr oder weniger klar und bewußt und enthalten einzelne Objekte (points), Straßen oder Pfade, Knoten, an denen sich Wege treffen, Flächenelemente wie Parks, Plätze und Stadtviertel und Grenzen. Die Konzeption der mental maps, die für die Wahrnehmungsforschung und Lehre große Bedeutung erlangte, geht auf Ansätze bei Trowbridge in den fünfziger Jahren und auf Kelvin Lynch und sein Werk »The image of the City« zurück.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> K. Lynch, *The image of the city*, Cambridge Mass. MIT Press 1960.

Es führt jedoch zu einiger Verwirrung, daß der Begriff »mental map« dreierlei bedeuten kann: die *inneren* räumlich strukturierten Bilder unseres Bewußtseins, die *gezeichnete* Darstellung von Räumen als Karte, entsprechend unserer Vorstellung und ohne Benutzung von Vorlagen, und *Gruppensammelkarten*, die nach den Individualkarten konstruiert werden.

Zwischen den »inneren« und den gezeichneten mental maps besteht natürlich ein Zusammenhang, aber dieser ist nicht einfach, denn die Qualität der gezeichneten mental maps wird auch durch Bildung, zum Beispiel geographisches und kartographisches Wissen und Können, bestimmt. Gute gezeichnete mental maps mit viel Inhalt und richtiger Raumdarstellung können sehr schwachen mental maps des Bewußtseins und Halbbewußtseins entsprechen. Ja, man hat eingewendet, daß mental maps gar nicht das vorstellen, was sie vorgeben. Auf jeden Fall muß man sich der grundlegenden Unterschiede bewußt sein, denn unsere Orientierung in der Umwelt und die Nutzung ihrer Potentiale hängen vom Zustand der inneren »Karten« des Bewußtseins, nicht von der Qualität der gezeichneten ab.

Bei der Interpretation und quantitativen Bearbeitung der individuellen Karten zur Ermittlung der Gruppenwahrnehmung werden Inhalte, Entfernungen, Flächengrößen und Grenzen berücksichtigt, gemittelt und in die Gruppenkarte entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennungen in unterschiedlicher Größe eingetragen.<sup>14</sup> Das Wesentliche der mental maps läßt sich auch aus der Weltkarte (Abbildung 8) und der Karte von Birmingham (Abbildung 9) entnehmen. Dabei ist die Weltkarte nicht authentisch, sondern eine kritische »Unterstellung« und »Karikatur« eines ideologischen Weltbildes aus einer Studentenzeitung in Seattle.

Wahrnehmung und Inhalte sind extrem selektiv und ungleich dicht. Entfernungen und Flächengrößen sind verzeichnet. Die Wahrnehmung wird durch negative Einstellungen, Interessen und Ziele dominiert. Dies gilt in unterschiedlichem Maße für alle mental maps, aber hier wird die Gefahr solcher Fehlvorstellungen und der Zusammenhang zwischen mental map, Vorurteilen, geopolitischem Denken und möglichem Handeln überdeutlich. Wir alle haben entsprechende mental maps unserer Umgebung, von Deutschland und der Welt in unseren Köpfen. Sie bestimmen weitgehend individuelles und politisches Verhalten und Handeln im Raum. Es lohnt sich deshalb, sie zu Papier zu bringen, um Fehlvorstellungen aufzudecken und durch Informationen und Bildung zu korrigieren.

Die übrigen mental maps (Abbildungen 9, 10, 11) sind Stadtkarten aus wissenschaftlichen Publikationen. Sie zeigen eine topographische Karte, Vergleich der Wahrnehmung verschiedener sozio-kultureller Gruppen und die Darstellung eines geistigen Zustands.

Goodey hatte die Bürger von Birmingham über eine Tageszeitung gebeten, Pläne ihrer Stadt ohne Benützung gedruckter Vorlagen zu zeichnen und als Hilfe für die Stadtplanung

<sup>14</sup> Eine gute Einführung in die Methode und ihre Anwendung geben P. Gould / R. White, *Mental maps*, Harmondsworth 1974.



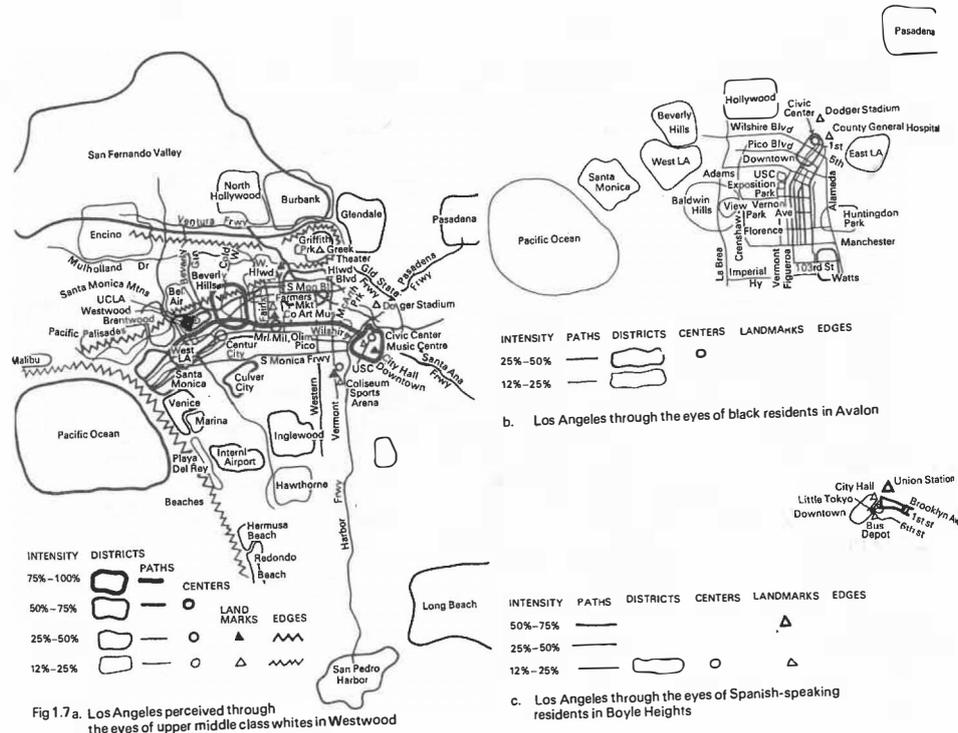


Fig 1.7 a. Los Angeles perceived through the eyes of upper middle class whites in Westwood

Abbildung 10

Ethnische Unterschiede der Wahrnehmung. Los Angeles, aus: P. Gould / R. White (s. A 14), S. 35f.

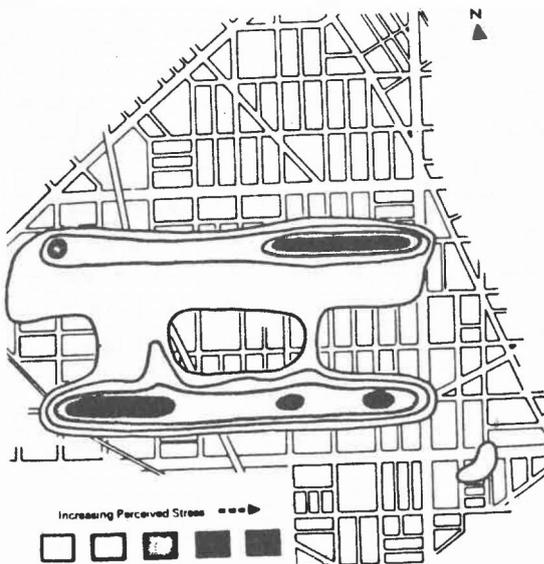


Abbildung 11

Streßempfinden in Philadelphia, vgl.: D. Ley, in: P. Gould / R. White (s. A 14), S. 31.

kritischen Distanz um Stör- und Schadeinrichtungen,<sup>16</sup> zur Erforschung von Vorurteilen, Absonderung im Raum und Gettobildung, Territorialität und Identifikation mit der Stadt und dem Wohnviertel.

4.4. Interviews und Fragebögen

Interviews und Fragebögen sind sicher die bei Perceptionsstudien am häufigsten eingesetzte Verfahrensweise. In ihnen werden meist mehrere Grundmethoden angewendet. Auf Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden.<sup>17</sup> Die Fragebögen scheinen jedoch oft sehr lang und die Fragen sind nicht immer auf das Forschungsziel gerichtet. Es empfiehlt sich darum generell, vor der Haupterhebung eine kleine Vorerhebung mit anschließend kritischer Überprüfung durchzuführen.

4.5. Stadtgänge (urban walks)

Besondere Vorzüge für die Erfassung der Wahrnehmung und Umweltqualität der Stadt hat das Verfahren der Stadtgänge. Es werden meist repräsentative Straßenstrecken einer Stadt durchlaufen und während der Begehung oder einige Zeit danach bewertet. Im ersten Fall erhält man den unmittelbaren Eindruck, im letzten die haftenden Eindrücke. Die Feststellung der Wahrnehmung erfolgt durch Interview, strukturierten Fragebogen oder semantisches Differential.

Das Verfahren der urban walks geht auf Lynch und Rivkin (1959) zurück. Sie ließen in Boston eine kleine Zahl von Beobachtern 800 m lange repräsentative Straßenzüge bei gutem Wetter und zu einer bestimmten Tageszeit durchlaufen, um die Apperzeption – wahrgenommene Objekte und Bewertung – festzustellen. Die Eindrücke wurden am Ende der Strecke durch einen Interviewer aufgezeichnet oder selbst notiert. Die Methode erfreut sich großer Beliebtheit und wurde weiterentwickelt, zumal sie sich gut zur Arbeit mit Studenten und Schülern und zur Einführung in Umweltpsychologie und quantitative Methoden eignet. Allerdings erlangte das Verfahren nie große Bedeutung für die Praxis, wahrscheinlich weil Befragungen und Kriterienkatalog ungenügend auf die Praxis eingestellt waren und weil Kontakte zwischen Perceptionsforschern und den Praktikern der Stadtentwicklung fehlten.

Eine Studie von Burgess und Hollis zeigt eine rezente Variante des Verfahrens, die auch als Modell für eigene Versuche und Modifikationen dienen kann.<sup>18</sup> Es handelt sich dabei um drei Stadtgänge zur vergleichenden Bewertung von Londoner Stadtteilen mit Hilfe semantischer Differentiale. Der gewählte Kriterienkatalog und das Verfahren sind aus Abbildung 7 ersichtlich. Die Einschätzung der Stadtqualität wurde jeweils am Ende des

<sup>16</sup> vgl. A. Niedenzu / H. Stöckl / R. Geipel, Wahrnehmung und Bewertung sperriger Infrastruktur, Münchner Geographische Hefte 47 (1982).

<sup>17</sup> Formen und Möglichkeiten sind in A. Whyte (s. A 3) zusammengefaßt, und die Spezialliteratur enthält zahlreiche Beispiele.

<sup>18</sup> J. A. Burgess / G. E. Hollis (s. A 12).

Straßenabschnittes auf der Skala zwischen den Polaritätenbegriffen eingetragen. Außerdem wurden die fünf Wörter des Katalogs, die diesen Teil der Stadt am besten charakterisieren, unterstrichen und vier weitere Wörter zur Charakterisierung angegeben. Nach den Bewertungsbögen wurden dann die Profile und Säulendiagramme gezeichnet und verglichen.

An diesen Versuch anknüpfend wurde mit Studenten der Pädagogischen Hochschule Flensburg eine flächendeckende Erfassung der Wahrnehmung der Umweltqualität von Flensburg und ein Landschaftsvergleich beiderseits der deutsch-dänischen Grenze erprobt. Die Stadtgänge in Flensburg wurden dabei als Gitter in der Innenstadt angelegt, bei Bewertung etwa alle 200 m.<sup>19</sup> Ziel wäre eine flächendeckende Erhebung und kartographische Darstellung des gesamten Stadtgebietes nach Möglichkeit in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Umwelterhebung für Flensburg und einem Umweltatlas der Stadt.

4.6. Das Problem der Erfassung von Umweltqualität von Städten

Es ist außerordentlich schwierig, die Umweltqualität von Städten bezogen auf den Menschen holistisch, das heißt humanökologisch zu erfassen, also neben der Naturökologie unter Bezug auf den Menschen auch die Wohn-, Arbeits-, Verkehrs- und Sozialökologie einzubeziehen, weil die theoretischen Voraussetzungen hierfür nur ansatzweise vorhanden sind. Über die Wahrnehmungsforschung könnte sich ein Weg – vielleicht der einzige – finden lassen, die Umweltqualität der Stadt wissenschaftlich zu erfassen, denn unsere Wahrnehmung der Umwelt ist ganzheitlich und bewertend, und Wohlbefinden (und Gesundheitszustand) kann als Gradmesser der Umweltqualität gelten.

Bei dem hier zur Diskussion gestellten Verfahren zur quantitativen Bestimmung städtischer Umweltqualität werden semantische Differentiale in Verbindung mit Stadtgängen eingesetzt. Bei der Zusammenstellung des Kriterienkatalogs wurde versucht, alle Bereiche der Umweltqualität und des humanökologisch urbanen Systems möglichst ausgewogen zu berücksichtigen (vgl. Abbildung 12). Dabei wurden folgende Bereiche postuliert:

- A Architektur – Bauten und strukturelle Anlage der Stadt
- Ö Ökologie – Luftqualität, Lärm, Naturelemente in der Stadt
- S Soziales – zwischenmenschliche Beziehungen
- W Wirtschaft
- V Verkehr
- P Psychisch – emotionale Wertigkeit und Reaktion
- D Dynamik – Wandel, Zeitbezüge

Zur wissenschaftlich exakten, quantitativen Erfassung von Wahrnehmung und Bewertung der Umweltqualität müßte der Kriterienkatalog so zusammengestellt werden, daß er das Gesamtsystem unter Bezug auf den Menschen ausgewogen erfaßt, unter Gewichtung der einzelnen Kriterien und Umweltteilbereiche. Dies ist wissenschaftlich einwandfrei nicht

<sup>19</sup> vgl. A. Mohr, Wahrnehmung und Qualitäten der Stadtumwelt. Am Beispiel von Flensburg, unveröff. Examensarb., PH Flensburg 1977.

möglich, denn wir wissen zu wenig über die Zusammenhänge im urban-ökologischen System, die Wirkung seiner Teile und des Gesamtsystems auf den Menschen, speziell über die Langzeitwirkungen.

Außerdem sind die individuellen Menschen unterschiedlich gestellt in diesem System und verschieden anfällig gegenüber negativen Umwelteinflüssen. Je nach den Prioritäten, die durch den gewichtenden Forscher angenommen werden, muß die Gewichtung verschieden ausfallen, also subjektiv und anfechtbar sein.

Es wurde deshalb hier lediglich versucht, zu einer Maßzahl der Umweltqualität zu gelangen und zwar durch eine »angemessene« Strukturierung des Kriterienkatalogs, nicht durch faktorielle Gewichtung. Der Kriterienkatalog wurde so zusammengestellt, daß er in etwa einer gängigen umweltbewußten Normalerfassung der Stadt entspricht. Man kann dann auszählen, zu welchen Umweltteilbereichen diese Kriterien Bezug haben (Kennbuchstaben rechts neben den Polaritätenpaaren des Erhebungsbogens, vgl. Abbildung 12).

Die beschreibenden Wortpaare entsprechen gleichzeitig einer Bewertung im ökologischen Sinne und lassen sich mehreren Subsystemen der Umwelt zuordnen. So ist in Aussagen über die Wohnqualität (Kriterium 6) eine Bewertung der Architektur, der Stadtstruktur, der sozialen Bedingungen und der natürlich ökologischen Situation enthalten.

Wenn man dann auszählt, wie oft die ökologischen Teilbereiche in den Katalog einbezogen wurden, so erkennt man, welche Schwergewichte gesetzt wurden und ob der Katalog für eine Umweltbewertung als ausgewogen gelten kann. Man kann dann nach Bedarf die Gewichtung verändern. Bei dem Differential des vorgelegten Erhebungsbogens ergibt sich so die folgende Struktur und Gewichtung:

Bereich der Umweltqualität	Einbezug	Rangposition der Berücksichtigung, Gewichtigkeit
Psychisch (P)	11mal	1
Sozial (S)	10mal	2
Ökologisch (Ö)	8mal	3
Architektonisch/strukturell (A)	6mal	4
Verkehr (V)	5mal	5
Wirtschaft (W)	5mal	5
Veränderlichkeit/Dynamik (D)	2mal	7

Die psychisch-emotionalen Bezüge zur Umwelt und die Sozial- und Naturökologie haben hier also Vorrang vor der anthropogenen Umwelt mit ihren Bauten, Straßen, Arbeitsplätzen, Industrie und Verkehr, obwohl auch letztere voll wegen ihrer psychosozialen Auswirkungen in die Gesamtbewertung einbezogen sind. Eine solche Rangskala der Berücksichtigung ist bei Wahrnehmungsstudien und Bestimmung der urbanen Umweltqualität kaum üblich. Man kann sie trotzdem akzeptieren, denn die Gefühle sind wichtige Reaktionen

**Standort (Stadtviertel, Standortangabe):**

Angabe zur Person:  
 Eigene Wohnung (Stadtviertel, Haustyp):  
 Geschlecht:  
 Alter:  
 Beruf oder Schulabschluß:

Bewerten Sie das Umfeld des Standorts. Machen Sie dafür ein Kreuz auf der Skala zwischen den beiden Begriffen entsprechend Ihrer Einschätzung

			Bezüge, nicht Teil des Fragebogens
1. schön	- - - -	häßlich	PA
2. ärmlich	- - - -	reich	SW
3. laut	- - - -	still	ÖP
4. harmonisch	- - - -	unharmonisch	PA
5. chaotisch	- - - -	geordnet	PVS
6. wohnlich	- - - -	unwohnlich	AÖPS
7. freundlich	- - - -	abweisend, feindselig	S
8. vernachlässigt	- - - -	gepflegt	WAS
9. interessant	- - - -	langweilig, eintönig	PA
10. begrünt	- - - -	naturlos, nur Beton	ÖP
11. stickig/stinkend	- - - -	frisch	ÖVW
12. entspannend, gelassen	- - - -	hektisch, stressig	PÖD
13. "geschäftig"	- - - -	schlecht versorgt, tot	.WV
14. kinderfreundlich	- - - -	kinderfeindlich	SÖ
15. bedrückend	- - - -	fröhlich, erhebend	P
16. sicher	- - - -	gefährlich	VSÖ
17. fremdartig	- - - -	heimelig, vertraut, deutsch	SP
18. schmutzig	- - - -	sauber	Ö
19. gewöhnlich, normal	- - - -	besonders	PA
20. leer, einsam	- - - -	voll, gedrängt	ÖSV
21. stagnierend	- - - -	dynamisch, verändert	DWS

Unterstreichen Sie drei Wörter der Liste, die diesen Straßenabschnitt am besten beschreiben.  
Geben Sie zwei weitere beschreibende Wörter, die nicht auf der Liste sind.

Bewerten Sie die Qualität der Stadt an diesem Standort mit 1 - 5 Punkten

- 22. von der Straße her .....
- 23. im Treppenhaus .....
- 24. an der Hinterfront (Hof oder Garten) .....
- 25. Umweltqualität allgemein .....

Möchten Sie hier wohnen? .....

Ihre Einkäufe machen? .....

Besondere Umweltschäden, Risiken oder Gefahren an dieser Stelle.

Abbildung 12  
 Entwurf eines Erhebungsbogens zur Bestimmung der urbanen Umweltqualität bei Stadtgängen.

auf Umweltqualität, und sie bestimmen die Wirkung der Umweltreize auf den Menschen mit. So wirken Lärm, hohe Dichten, Hast und soziale Mißstände vor allem dann negativ, als »Distress«, wenn sie mit negativen Empfindungen verbunden sind.

Außerdem wurden Mensch und Natur in der Stadt bei Planung und Entwicklung lange – besonders seit der Gründerzeit und seit den fünfziger Jahren – stark vernachlässigt. Sie haben auch heute die schwächere Lobby als die Interessenverbände der Wirtschaft und Politik, so daß man versuchen sollte, über die Umwelterhebungen und Schärfung der Wahrnehmung die Gleichgewichte zugunsten von Menschen und Naturelementen in der Stadt zu verschieben.

Die Erhebungsbögen werden bei Stadtgängen durch Testpersonen oder Mitarbeiter ausgefüllt, wie dies bereits bei der Besprechung der Stadtgänge besprochen wurde. Die Gänge sind als Gitter über das gesamte Stadtgebiet angeordnet.

Zur Feststellung der öffentlichen Meinung muß eine große zufällig oder repräsentativ zusammengestellte Testgruppe in den Versuch einbezogen werden. Wissenschaftliche Grundlagenuntersuchungen werden hingegen häufig mit einer kleinen Zahl von in die Problematik und das Verfahren eingeführten Mitarbeitern durchgeführt (Studenten, fachlich qualifizierte Arbeitslose). Was man hierbei an statistischer Validität verliert, gewinnt man an wissenschaftlich fundierter Einsicht, was für die Planung und bei wissenschaftlichen Umwelterhebungen vorteilhaft sein kann. Allerdings sollte man in diesem Falle Kontrolluntersuchungen in kritischen Stadträumen mit Einwohnern durchführen und dabei auch die Wahrnehmung und Einschätzung der Teilpopulationen, beispielsweise von Kindern, älteren Menschen, sozialen Randgruppen und rezenten Zuwanderern berücksichtigen.

Die Bearbeitung der Bögen kann wie folgt vorgenommen werden: Entsprechend der Markierung auf der Skala der semantischen Differentiale wird der Punktwert (1–5) eingetragen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die 1 immer dem negativen Pol, die 5 dem positiven entspricht (vgl. Abschnitt semantische Differentiale). Wo eine derartige Bewertung nicht möglich ist (Kriterien 19, 20, 21), können die Positionspunkte nicht zur Bestimmung der Umweltqualität durch Summenbildung einbezogen werden. Auch bei der Zeichnung der semantischen Profile, die die positiven und negativen Umweltqualitäten erkennen lassen (vgl. Abbildung 7), nehmen diese Kriterien eine Sonderstellung ein, weshalb sie am besten ans Ende der Liste gestellt werden. Für die einzelnen Kriterien wird dann der Mittelwert für die Gruppen gebildet. Aus der Summe dieser Mittelwerte ergibt sich die Maßzahl der eingeschätzten Umweltqualität.

Neben der Maßzahl der allgemeinen Umweltqualität sollten zur Kennzeichnung der Umweltqualität auch besondere Hemm- und Schadfaktoren berücksichtigt werden. Wenn bei Kriterien, die die psychosomatische oder soziale Gesundheit beeinträchtigen können, der Mittelwert unter 2 oder 1.5 sinkt (zum Beispiel bei den Kriterien 3, 6, 7, 10, 11, 14, 15, 16, 18), so kann man dort Belastungs- und Risikoräume annehmen und sollte diese ausweisen und wenn möglich sanieren.

Die Wirksamkeit solcher Untersuchungen für Bewußtseinsbildung und kommunales Handeln hängt wesentlich von der Darstellung der Ergebnisse, auch in den Medien, ab. Besonders wirksam und überzeugend sind Karten, Profile und Säulendiagramme und natürlich Photographien.<sup>20</sup> Bei der Kartierung in Flensburg wurde die allgemeine Maßzahl der urbanen Umweltqualität (Berücksichtigung aller Kriterien) durch Einfärbung der Bebauungsblöcke in die Plankarte 1:5000 hellrot bis lila, die Umweltqualität im engeren bio-ökologischen Sinne (Kriterien 3, 10, 11, 18 – Lärm, Begrünung, Luftqualität, Sauberkeit) durch Farbmarkierung der Straßentrassen grün bis gelb oder hellgrau eingetragen. Außerdem lassen sich durch Symbole besondere Umweltqualität und Risikoorte kennzeichnen.

#### 4.7. *Schlußbetrachtung und Plädoyer für einen breiten und gezielten Einsatz der Konzeptionen und Methoden der Umweltwahrnehmung in Lehre und Ausbildung*

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Arbeit über Umweltwahrnehmung von großer theoretischer, praktischer und didaktischer Bedeutung sein kann und sollte. Die drei Aspekte ergänzen sich. Zum Bereich der Theorie und Grundlagenforschung gehören zum Beispiel:

- Weiterentwicklung der Methodologie, besonders zur ganzheitlichen Erfassung auf den Menschen bezogener Umwelten und urbaner Systeme
- Ermittlungen von Einstellungen zur Stadt und zu deren Elementen sowie zur Veränderung der Stadt bei Berücksichtigung von Gruppenunterschieden und global kulturellen Unterschieden
- Zusammenhänge zwischen Perzeption und Verhalten
- Veränderung von Wahrnehmung und Einstellungen im Verlaufe der Adaption an eine sich ändernde oder neue Umwelt und durch Werbung
- Zusammenhänge zwischen Perzeption, Territorialität und Heimatbindung
- Wahrnehmung von Risiken und Gefahren und der kritischen Distanz zu diesen
- Im Bereich der Sozialökologie Wahrnehmung von »Fremdheit« in sozialer kultureller und physischer Beziehung (Rassendiskriminierung) in gemischten Bevölkerungen und in Verbindung zu Phobien, Aggressivität und Gettobildung.

Die Bedeutung solcher vorwiegend theoretisch orientierter Forschung für die Praxis ist evident.

#### 5. *Die angewandte Perzeptionsforschung*

Obwohl die raumbezogene Perzeptions- und Verhaltensforschung meist vage auf die Praxis ausgerichtet ist, hat sie bislang nur mäßige Bedeutung für diese erlangt. Auf die Gründe hierfür wurde bereits kurz eingegangen. Die Praktiker möchten meist allein

<sup>20</sup> vgl. J. A. Burgess / G. E. Hollis (s. A 12).

entscheiden, und der prognostische Wert der Wahrnehmungs- und Verhaltensforschung ist unsicher und muß unsicher sein. Der Hauptwert dieser Forschung dürfte auch nicht auf dem Gebiet der Prognostik, sondern in der Feststellung der derzeit vorherrschenden Meinungen und in der Demokratisierung der Entscheidungsprozesse liegen. Denn die öffentliche Meinung mag zwar differenziert sein und wechseln, wie die der Experten und »Macher« auch, aber sie bestimmt doch, ob die Städte akzeptiert werden, ob Menschen in ihnen zufrieden sind und ohne psychische und soziale Schäden leben können. Außerdem werden Menschen gern gefragt in Dingen, die sie existentiell angehen.

Hauptanwendungsgebiete sind Feststellung der Wahrnehmung und Einstellungen in Problemräumen der Stadt und im Zusammenhang mit größeren Veränderungen (Vor- und Nachuntersuchungen in verschiedenen Abständen), zum Beispiel bei Sanierung von Altstädten und in neuen Massensiedlungen, Änderung des Baustils und Planung auffälliger Neubauten in alten Ensembles, besonders wenn diese Symbolcharakter haben. Auch größere Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung sollten durch Wahrnehmungs- und Einstellungsuntersuchungen begleitet werden. Ein weiterer Anwendungsbereich liegt in der Wirtschaft und Werbung zum Beispiel für Wohnviertel, Industrie- und Hochschulstandorte, Handel und Tourismus.

Es gibt zwar solche Ermittlungen, aber sie sind vereinzelt, methodisch nicht immer einwandfrei und häufig suspekt. Sie sollten sorgfältig durchgeführt und der Praxis integriert die Stadtentwicklung begleiten. Die Planung und Durchführung kann durch Hochschulen, Kommunen, Bürgergruppen und Auftraggeber der Wirtschaft übernommen werden, wobei mit Studenten, interessierten Bürgern und Arbeitslosen im ABM-Vertrag gearbeitet werden kann. Wie solche Untersuchungen in England in großem Umfang mit geringen Kosten unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden, zeigen die mental map von Birmingham und die Umwelterhebungen von »Watch«.

Auch Lehre, Erziehung und Ausbildung gehören zum Anwendungsbereich der Wahrnehmungsforschung.

Unter Geographen herrscht sogar – sicher begünstigt durch Enttäuschung mit der theoretischen und praxisbezogenen Entwicklung – die Meinung, daß hier das wichtigste Arbeitsgebiet liegen könnte. Es wäre aber schade und fatal, wenn nun in Didaktik und Lehre Mängel der Wissenschaft übernommen würden.<sup>21</sup>

Man kann Themen und Übungen der Wahrnehmungsgeographie und Umweltwahrnehmung einzeln der Lehre integrieren. Besser ist jedoch ein systematischer Aufbau im Spiralcurriculum mit gleichzeitiger Einführung in wissenschaftliche Denk- und Arbeitsweisen. Dafür benötigt man die Grundzüge der Fachdidaktik, das heißt, Ziele, Inhalte, Plazierung und Methoden müssen bestimmt werden in Beantwortung der Fragen: Warum, Was, Wo und Wie?

<sup>21</sup> vgl. E. Wirth, Kritische Anmerkungen zu den Wahrnehmungszentrierten Forschungsansätzen in der Geographie, in: Geogr. Zeitschr. 69, 3 (1981), S. 163–198.

Da der Hochschullehrer kaum auf eine solche wissenschaftsorientierte Lehre, selbst im Gymnasium, aufbauen kann, muß er ebenfalls am Anfang der curricularen Spirale einsetzen, mit Rangordnungen, mental maps, Stadtgängen usw. Neben Vorlesungen und Seminarvorträgen kommt es dabei vor allem auf die Praktika an. Bei diesen sollte auch mit der Stadtplanung (Raumplanung und Regionalforschung) und Bauträgern zusammengearbeitet werden.<sup>22</sup>

Die Lehre sollte einerseits wissenschaftlich einführend, andererseits forschungs- und berufsbezogen sein. Potentielle Zielgruppen sind Geographen, Biologen, Psychologen, Stadt- und Regionalplaner, Lehrer und Fachkräfte für Verwaltung, Sozialarbeit, Polizei, Werbung und Marketing. Besonders in der Verbindung der Lehre (und Forschung) an Schulen und Hochschulen und in der engen Verbindung von Forschung, Lehre und Praxis eröffnen sich außergewöhnlich interessante Perspektiven auch für die Wissenschaft und Lehre in Deutschland.

Wie breit das Betätigungsfeld an der »Forschungsfront« und für die moderne Lehre ist, kann man aus dem Themenkatalog des Sonderforschungsbereiches »Psychologie Ökologie« der Deutschen Forschungsgemeinschaft ersehen und aus den Berichten der Arbeitsgruppe »Perception of the Environment«, die international mit der Unesco und der Internationalen Geographischen Union verbunden ist.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Dies praktizierte J. Bishop 1982 in Milton Keynes, England. Bei dem Projekt »The Environment of Milton Keynes: Professional and Public views« arbeiteten Studenten der »School for Advanced Urban Studies« der Universität Bristol mit dem »Planning Directorate der Milton Keynes Development Corporation« zusammen, um Richtung und Verfahren bei der Entwicklung der »Neuen Stadt« zu überprüfen und eventuell zu ändern.

<sup>23</sup> Kontakte in der Bundesrepublik über die Psychologischen Institute der Universitäten Heidelberg und Bonn und die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Wolfgang Schwaiger-Herrschmann

## Altstadtsanierung: zum Beispiel Landshut

Im 4. Artikel der Hüttenordnung zu Straßburg und zu Regensburg aus dem Jahre 1459 heißt es: »Wan ein Meister, wer er were, von Tod abgeht und ein ander Meister kumet, do soll der selb Meister versetztet Steinwerk nit wieder abheben noch das gehauen unversetztet Steinwerk nit verwerfen uf daß der Meister, der solch Werk noch Tode gelossen hett, nit geschmehet werde.«

Im 1. Vortrag über die Stadtbaukunst von Theodor Fischer, gehalten im Jahre 1919, steht: »Zum anderen fordere ich vom Architekten, daß er kein Ideologe sei. Das will sagen, daß er nicht einer Laune, einer Mode, einer Kunstidee zuliebe dem Ganzen Gewalt antue.«

### Zum Verständnis

Wer sich einer Stadt, in rund 150 Jahren gebaut, über 150 Jahre in Blüte, dann 450 Jahre bedeutungslos, im Krieg nicht zerstört, in der Absicht nähert, in und an ihr zu arbeiten, der sollte sich diese beiden Forderungen zu eigen machen. Heute zumal! Nichts ist mehr so wie es einmal war. Vorgaben haben sich geändert und zum Teil so radikal, daß zum Alten kaum noch eine Verwandtschaft besteht. Was sich nicht oder kaum verändert hat und das trotz andersartiger Behauptungen, das ist der Mensch mit seinen Grundbedürfnissen. Auch wenn er selbst relativ lange gebraucht hat, bis er bemerkte, daß auch die heutige Generation nicht plötzlich da war, sondern Väter und-Urväter hatte, daß wir alle aus und in ihrer Tradition leben, daß wir, auch wenn es angenehm wäre, bestimmte Teile unserer Geschichte nicht einfach wegstellen und ungeschehen machen können. Auch unsere gebaute Umwelt und vor allem unsere Städte gehören hierher. Glücklicherweise, denen sie der Krieg nicht zerschlagen und denen sie nicht eine blindwütig fortschrittsgläubige Wiederaufbauzeit, die in diesem Zusammenhang besser auch noch Zerstörungszeit heißen würde, nicht noch im nachhinein aufgearbeitet hat. Dieses Glück hatte Landshut.

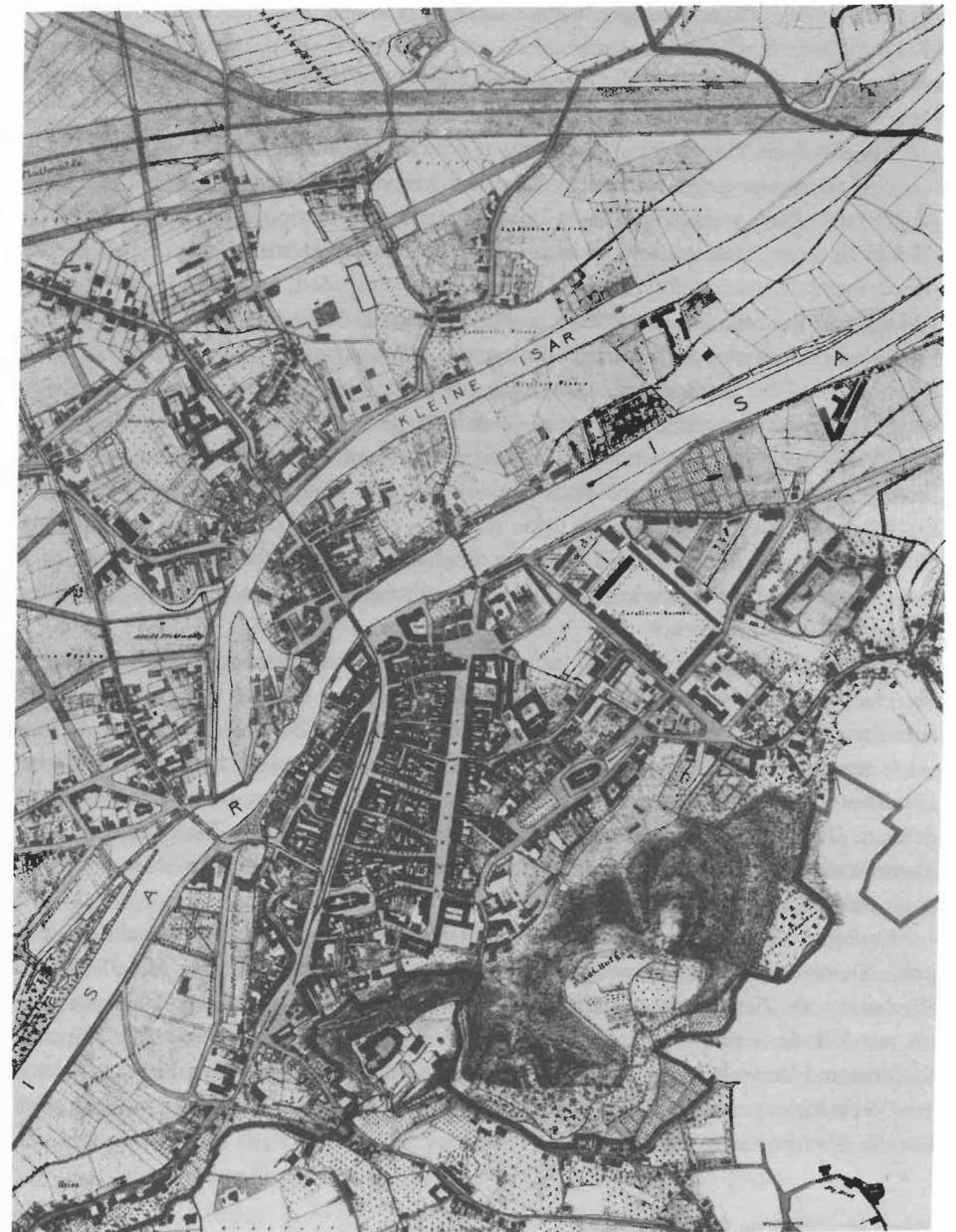
Außerhalb aller herkömmlichen Entwicklungslinien liegend, ein wahres Kleinod an Schönheit, an Geschlossenheit und, das ohne Übertreibung, Großartigkeit, ist Landshut noch immer unbekannt. Unter diesen Vorgaben verdoppelte sich die Bevölkerungszahl nach dem Krieg nahezu (von 30000 Einwohnern auf über 50000). So kam Bewegung in eine über fünf Jahrhunderte währende, natürlich relative Ruhe. – Diese wurde nur unterbrochen durch eine 25jährige Universitätszeit, als 1800 die 1472 von Herzog Ludwig dem Reichen gegründete Universität von Ingolstadt nach Landshut verlegt wurde, ehe sie 1826 von König Ludwig I. nach München beordert wurde.



Landshut um 1810.

Der wirtschaftliche Druck blieb aber in den entscheidenden 50er und 60er Jahren gering. So wurde die historische Innenstadt in ihrem Bestand nicht bedrängt, und es gab, als Anfang der 70er Jahre das Städtebauförderungsgesetz und das Bayerische Denkmalschutzgesetz ihre Wirkung entfalteten, keine schlimmen Beispiele. Es waren aber auch noch andere glückliche Vorgaben, die uns hier zu Hilfe kamen:

1. Landshut hat einen Stadtgrundriß von einer Klarheit und Großzügigkeit, der von keiner neuen Stadt oder was sich dafür hält, überboten wird. Damit konnte, und das gilt



Landshut um 1930. Es hat sich in 120 Jahren fast nichts geändert. Dabei hat die Jahrhundertwende die möglichen Straßennetze nach Norden und Westen in die Wiesen hineingeplant. Der Bahnhof, schon 1880 nach außen verlegt, ist 50 Jahre später immer noch draußen. Erst die Entwicklung nach 1945 hat ihn eingeholt.

bis zur Stunde, so ziemlich alles verdaut werden, was sich aufschaukelte an Verkehr. – Was nicht ausschloß, daß eine Unmenge an neuen Verkehrsbauten, zumal Brücken, erstellt wurden. Nur, der Grundriß der alten Stadt wurde bewußt nicht verändert, es wurden keine Straßenverbreiterungen und Durchbrüche vorgenommen.

2. Es gab einen Mann (Franz Hoegner war viele Jahre Heimatpfleger), der sich in letzter Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst für den Erhalt dieser Stadt einsetzte und manchen Jünger fand. Auch wenn er mit deren Leistung meist nicht zufrieden war, so kann man im Rückblick sagen, daß auch sie manches erreichten und gelegentlich etwas, was seinem Absolutheitsanspruch nicht gelungen wäre. Das zu einer Zeit, zu der es kein Denkmalschutzgesetz gab und kaum Interesse an diesen alten Städten bestand.

3. Und schließlich hat die Stadtbildpflege in Landshut noch eine zweifache Tradition: 1405 beschloß der Stadtrat auf Wunsch oder Weisung Herzog Heinrich des Reichen – es wird wohl mehr Weisung gewesen sein –, daß keine neuen »Überschus«, auch »Fürschus« gebaut und auch die bestehenden nicht mehr erneuert werden sollen, daß keiner »derselben fürsches khainen mehr hinwieder pawen soll«. Es ging um die Einheitlichkeit des Erscheinungsbildes, das nicht durch Erker zerstört werden sollte. Daran hielt sich um 1535 Herzog Ludwig X., und um 1620 kam ein Stephan Schleich mit seiner Beschwerde auch nicht durch. Der Schriftverkehr darüber ist vollständig erhalten. Das liegt in seinen Anfängen 500 Jahre zurück.

Die andere ist die »Landshuter Hochzeit von 1475«. Ein Festspiel, das sein Vorbild in der Hochzeit Herzog Georg des Reichen mit Jadwiga, einer Tochter Kasimirs von Polen, hat. Zwei Chronisten, einer auf über 100 Seiten, haben sie dokumentiert. Und alle vier Jahre wird sie nun seit über 80 Jahren – früher alle drei Jahre – mit einer für Nicht-Landshuter gar nicht vorstellbaren Begeisterung und Hingabe an das historische Detail gefeiert. Da feiert wirklich vier Wochen lang die ganze Stadt. Diese Tatsache schafft ein Identifikationspotential, das auch für andere städtische Aufgaben auf Abruf zur Verfügung steht. Das läuft bei uns unter dem Stichwort »mobile Denkmalpflege«.

Mit diesen Vorgaben, so man sie nützt, läßt sich einiges auf eine oft recht unkonventionelle Weise erreichen, was anderswo undenkbar ist. So besteht zwar seit 1959 eine Werbesatzung, die inzwischen mehrfach ergänzt und geändert wurde, aber wir brauchen – bis zur Stunde – noch keine Gestaltungssatzung, weil der Konsens zwischen Bürgern, Stadtrat und Verwaltung ungebrochen ist. Ich bin der Auffassung, daß unter den bisherigen Verhältnissen ohne Satzung mehr erreicht werden konnte. Vielleicht nicht in allen Details, aber im Ganzen gesehen.

#### *Zur Geschichte und Baugeschichte*

»1204 begann Ludwig, der Herzog von Bayern, Burg und Stadt in Landshut zu bauen.« So schreibt 1242 der Abt von Niederalteich.

Bis 1255 war Landshut die Residenz des gesamten Herzogtums. Dann erfolgte die erste

Teilung des Landes, und München wird Residenz des neugebildeten Teils. 1250 die erste Stadterweiterung. Damit stand die »Altstadt«. Noch heute trägt der Hauptstraßenzug von 700 m Länge diesen Namen. 1280 bereits die zweite Erweiterung um die Neustadt, ein parallel zum ersten verlaufender, rund 600 m langer, fast genau so breiter Straßenplatz. 1320 wird die Altstadt um den Dreifaltigkeitsplatz 200 m nach Süden verlängert. Die dritte Stadterweiterung. 1338 die vierte Stadterweiterung um den dritten Platz mit rund 450 m Länge, die Freyung. In seiner Mitte steht die Jodokskirche, die zweite Pfarrkirche. Die fünfte und letzte Erweiterung schiebt die Grenze im Norden bis an die Isar und das schon im Jahr 1340!

Im Jahr 1232 hat die Witwe des Stadtgründers, nach dessen Ermordung 1231 in Kelheim, nördlich der beiden Isararme ein Zisterzienserinnenkloster gegründet, das bis zur Stunde besteht und sehr gesuchte Mädchenschulen betreibt. Zwischen Stadt und Kloster, das heißt zwischen den beiden Isararmen, der Großen und der Kleinen Isar, hat sich der außer der Mauer gelegene Stadtteil »Zwischenbrücken« zeitgleich mit der übrigen Stadt entwickelt. Damit hat die Stadt in 136 Jahren die noch heute in fast allen Punkten nachvollziehbare Ausdehnung erhalten.

1342 der einzige große Stadtbrand; danach werden die Häuser in Stein gebaut. 1380 wird der Mittelteil des heutigen Rathauses von der Stadt erworben, 1452 der südliche und 1503 der nördliche, der Grasgassenflügel.

1389 die erste urkundliche Erwähnung des Baues der jetzigen St. Martinskirche, die anstelle des romanischen Vorgängerbaus entsteht. Der Bau ist erst 1500 vollendet. Er nimmt ziemlich genau den Zeitraum in Anspruch, der auch die Herrschaft der sogenannten reichen Herzöge Heinrich, Ludwig und Georg umfaßt. 1503 erlischt mit dem Tode Herzog Georgs die Landshuter Linie, und Landshut fällt an München. Damit sinkt die Stadt politisch und städtebaulich in die Bedeutungslosigkeit.

Damals bestanden zwei Isarübergänge. Beim Ländtor und am Nordende der Altstadt, beim Spital, das schon seit 1208 an dieser Stelle nachgewiesen ist. Und so hat sich die Stadt erhalten. Im Grundriß unverändert, im Aufriß in den Details manche Änderung im Zeitgeschmack erfahrend. Auch das gelegentliche Zusammennehmen der sehr kleinen, schmalen gotischen Häuser und das Auswechselln baufällig gewordener Teile gehört zum Alltag. Der Einbruch der Stadtresidenz 1536 bis 1543 und verschiedener Klöster, die jeweils eine ganze Reihe von kleinen Wohnparzellen beanspruchten, hat einiges verändert. Aber der Grundriß der Stadt, das Straßennetz ist geblieben. Die nächste Stadterweiterung erfolgt erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Hier verhinderte die Topographie die Zerstörung des alten Stadtgefüges.

#### *Lage*

Landshut liegt an einer Stelle des Isartales, an der der Fluß ganz nahe an die Hangleiten herantritt. Über dem Fluß entstand die Burg, darunter zuerst die Brücke, die zu schützen

war – vorher hatte man dem Bischof von Regensburg eine solche wenige Kilometer flußab zerstört –, und unter diesem Schutz der Burg, neben der Brücke und am Kreuzungspunkt zweier wichtiger Straßen, entstand die Stadt. Die Lage war ideal, man hat sie nicht umsonst gewählt. Uns Heutigen aber wirft sie die entscheidenden Probleme auf:

Hier der Fluß, dort der Burgberg rund 100 m hoch, dazwischen die Stadt, satt die vorhandenen Möglichkeiten nutzend. Um das Ganze noch etwas reizvoller zu machen, teilt sich die Isar innerhalb der Stadt in zwei Arme, so daß in der Regel auch zwei Brücken gebaut werden müssen. Und weil die Isar ein Gebirgsfluß mit rasch auftretenden und zum Teil beträchtlichen Hochwässern ist, wurde Anfang der 50er Jahre eine zwischen 80 und 100 m breite Flutmulde gebaut, die die früher zahlreichen Überflutungen, vor allem der westlichen Stadtteile, verhindert. Auch sie ist in der Zwischenzeit mit fünf Brücken überspannt. Die sechste ist in der Planung. Die letzte, ebenfalls längs verlaufende Trennungslinie ist die Bundesbahnlinie München – Regensburg, die sich ebenfalls noch im Stadtgebiet teilt. Diese Umstände bedingten, daß die Stadt, 25 km lang, aber an der breitesten Stelle nur 7,5 km, meist nur 2–3 km breit, keine halbwegs bedeutende Straßenbaumaßnahme in Angriff nehmen kann, die nicht mit einem Brückenbau verbunden wäre. Andererseits ist die *alte* Stadt so konsequent auf das Durchfahren hin angelegt, daß das Schließen zu erheblichen und kaum vertretbaren Folgen für Randbereiche führen müßte.

#### *Die historische Innenstadt, ihre Funktion in der Gesamtstadt und der Region*

Bis zum Jahre 1968 waren die in der Zwischenzeit kräftig gewachsenen Stadtteile im Osten, Westen und Norden – der Süden bietet nur geringe Möglichkeiten, weil die drei Seitentäler nur hängiges Gelände haben – gegenseitig ausschließlich über die historische Innenstadt erreichbar. Das erste zusätzliche Brückenpaar, seit über 600 Jahren, entstand zudem einige Kilometer isarabwärts bei den Kasernen als sogenannte Panzerstraße, um wenigstens dem Durchfahren der Innenstadt mit Panzern, die von der Kaserne zum Bahnhof mußten, ein Ende zu bereiten.

Bis zur Stunde, und das will und kann niemand ändern, ist die historische Innenstadt das geschäftliche Zentrum der Stadt und der Region. Dabei ist die Funktion der drei Straßenplätze – die jeweils anschließenden Straßen und Gassen bilden fließende Übergänge – in ihrer Bedeutung und Funktion stark unterschiedlich. Die *Altstadt* ist das Geschäftszentrum mit Schwerpunkt in der oberen, südlichen Hälfte. Dazu das Ländtor am Ende der nach Westen weisenden Theaterstraße. Die *Freyung*, dem Burghang am nächsten liegend, ist deutlich Wohngebiet. Dort finden kleinere Marktveranstaltungen statt: der Christkindl- und der Haferlmarkt (Töpfermarkt), in dieser intimen, fast etwas abgeschiedenen Umgebung, wunderschön, sehr beliebt und gut besucht. Dazwischen die *Neustadt*, die nicht zuletzt wegen der dort vorhandenen Parkplätze angesteuert wird. Dort steigt das geschäftliche Interesse ständig. Die Verbindungen zwischen diesen drei Straßenplätzen sind

Die »Freyung«, der dritte und zeitlich letzte Straßenplatz in Landshut. Der Blick geht nach Norden und zeigt den südlichen Platzteil mit der St. Jodokskirche als Abschluß. Der Platz hat hinter der Kirche eine kleinere Fortsetzung.  
Zeichnung: G. Knesch



zahlreich, aber bescheiden dimensioniert. Die Altstadt ist die Durchgangsstraße, der Neustadt als auch der Freyung fehlten dafür von Anfang an die Voraussetzungen.

Diese Situation hat es erzwungen, daß in der Altstadt eine zentrale Umsteigemöglichkeit für alle Buslinien eingerichtet wurde, für die es keine Alternative gibt.

#### *Die Verkehrsprobleme*

##### *1. Der fließende Verkehr*

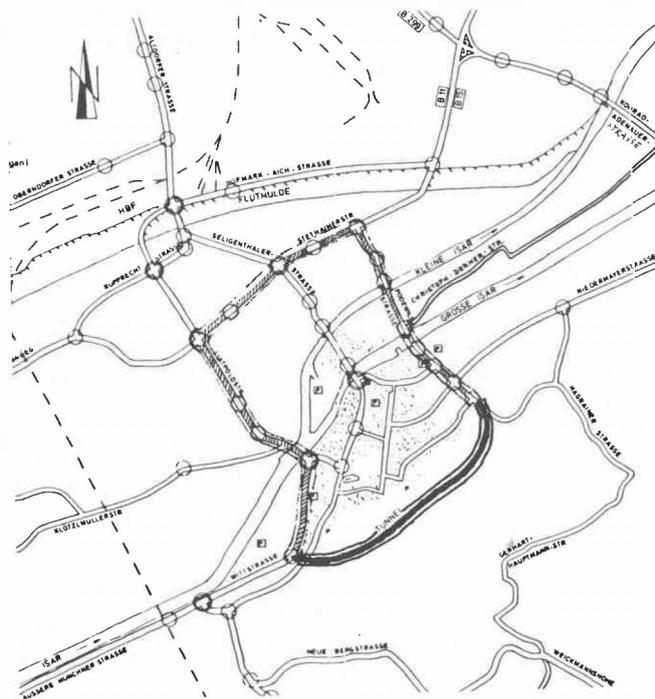
Das bisher Gesagte läßt erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die Stadt in Sachen Verkehr konfrontiert ist. Dazu kommt, daß die Straßenplätze zwischen 20 und 35 m breit sind und dem Verkehr soviel Platz bieten, daß jeder glaubt, für ihn sei noch ein Platz vorhanden und deshalb hineinfährt. Andererseits würde das Sperren der Innenstadt mit Sicherheit die Verhältnisse in den angrenzenden Gebieten bis zur Unerträglichkeit verschlechtern, sind doch diese Bereiche nun ganz und gar nicht für diese Verkehrsflut angelegt. Das ist die Altstadt zwar auch nicht, aber ihre konsequente Trassierung ebenso wie ihre Breite verkraften sie. Wir waren und sind der Auffassung, daß dies das kleinere Übel ist.

Die Ansätze, hier Veränderungen zu erreichen, beginnen um die Jahrhundertwende in den damaligen Generalbaulinienplänen, die in einzelnen Punkten weitgehend realisiert wurden. Hier ist das tangentielle Vorbeiführen des Verkehrs der Bundesstraßen 11 und 15 im Westen der Innenstadt mit Isarüberquerung angesprochen.

Der Entwurf zu einem Generalverkehrsplan wurde in den Jahren 1966/67 gefertigt. Er sah drei Maßnahmen vor:

1. Die Osttangente. Sie wurde 1973/74 mit zwei Isarbrücken gebaut. Damit entstand der vierte Isarübergang (ohne die Stege).
2. Die Verbindung zwischen Oberer Altstadt und Freyung am Fuß der Burg. An ihr wurde jahrelang geplant, und es entstanden nicht weniger als 12 Varianten. Jede neue warf auch wieder neue Probleme auf und jede für sich hätte gewaltigen Schaden an der baulichen Substanz angerichtet, unwiederbringliche Verluste und Zerstörungen. Schließlich entstand die Variante 13; sie wurde zur Variante Null: Es wurde der Beschluß gefaßt, in Zukunft keine Planungen zu betreiben, die eine Veränderung der Straßengrundrisse fordern würden. Es war bei allen Überlegungen deutlich geworden, daß man das Problem immer nur um wenige Meter verschiebt und damit neue Forderungen provoziert.
3. Die Westtangente. Sie unterblieb zunächst, weil man befürchtete, daß der überörtliche Durchgangsverkehr damit durch bisher weitgehend ungestörte Wohngebiete fließen würde. Inzwischen ist die Autobahnumgehung fertig und diese Gefahr gebannt; aber die Zeichen stehen schlecht. Jetzt stehen die Anlieger, die im Verhältnis zu den Entlasteten eine verschwindende Zahl sind, in den Startlöchern, um auf die Barrikaden zu gehen.

Seit zwei Jahren ist nun die einzig vertretbare Lösung der Maßnahme 2 des Generalverkehrsplanes von 1967 in der Diskussion und seit 20. Juni 1986 in der Planung: ein Tunnel!



Der Innenstadtring, der durch den Bau eines 1700 m langen Tunnels unter dem Burgberg entstehen soll. Erst diese Maßnahme erlaubt eine allseitige Umfahrung der historischen Innenstadt und ermöglicht dann eine Verkehrsberuhigung, die nicht zu Lasten anderer Gebiete geht.

Er soll den Süden mit dem Osten der Stadt, unter dem Burgberg hindurch, verbinden. Dadurch entsteht im Zusammenhang mit der Osttangente und anderen bestehenden Straßen ein, wenn auch etwas kantiger Innenstadtring. Dann wird es möglich sein, die Innenstadt zu entlasten, ohne anderen die Bescherung vor die Türe zu kippen. Dann wird zu entscheiden sein, ob eine partielle Fußgängerzone eingerichtet wird oder ob man eine Beruhigung ansteuert, die zwar das Anfahren der Innenstadt generell ermöglicht, das Durchfahren aber unterbindet.

### 2. Der ruhende Verkehr

Er ist, bei uns wie fast überall, das größere Problem. Und das Geld, das für Parken aufgewendet wird, ist offensichtlich das teuerste. Dieser Eindruck entsteht, wenn teuerste Automodelle an den unmöglichsten Plätzen stehen, während die Parkhäuser noch leer sind. Schon wenige Minuten Weg sind zu viel.

Bei der Bekämpfung dieses Übels wurden zwei Grundsätze strikt befolgt. In der Innenstadt selbst werden keine öffentlichen Parkhäuser zugelassen oder von der Stadt selbst gebaut. Private Tiefgaragen ja, öffentliche Stellplätze, auch in privaten Anlagen, nein! Dies, um nicht zusätzlichen Verkehr anzuziehen, weil die seitlichen Erschließungsstraßen als Stauräume völlig ungeeignet sind.

Eine vom Tunnel aus zu erschließende Tiefgarage für rund 500 Pkw wurde aus einem anderen Grund aus der Planung genommen. Sie wäre mit direktem Zugang in die Freyung, dem reizvollsten Wohnbereich der historischen Innenstadt, zu liegen gekommen. Das mit der Folge, der Kommerzialisierung in unverantwortbarer Weise Vorschub zu leisten. Das wollte niemand im Stadtrat. Die Entscheidung wurde dadurch erleichtert, daß die Kosten durch die Tunnelanbindung unverhältnismäßig hoch waren. Im übrigen bestehen derzeit zwei Parkhäuser: eines mit 570 und eines mit 300 Stellplätzen am Innenstadtrand. Zwei weitere mit 200 und 600 Stellplätzen (letzteres ist erweiterungsfähig auf etwa 1000), beides Tiefgaragen, sind in Planung. Zudem besteht schon eine Reihe großer Parkplätze in einem Halbkreis um die Innenstadt mit reichlich 2000 Plätzen. Und alles ist zu wenig. Auch hat man sich nach jahrzehntelangem Sträuben schließlich doch durchgerungen, an einigen Stellen, nicht in der Altstadt, Parkuhren aufzustellen. Das hat etwas Erleichterung gebracht. Einiges verspricht man sich von der kommunalen Parkraumüberwachung, die am 1. 1. 1987 begonnen hat. Bisher jedenfalls waren die absoluten Halteverbote in der Altstadt fast wirkungslos.

### 3. Der Fahrradverkehr

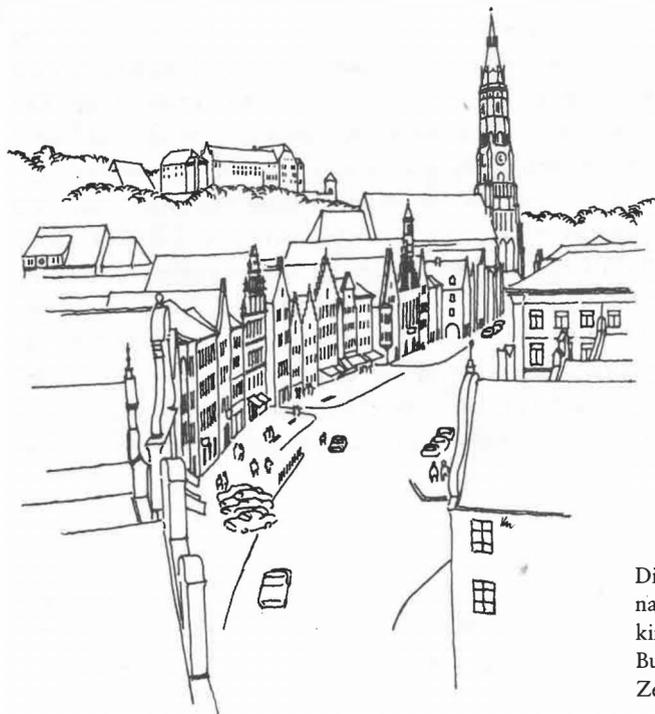
Seit 1968 wurde keine Brücke mehr gebaut, die nicht, wenn es auch nur irgendwie möglich war, Unterführungen für Fußgänger und Radfahrer erhalten hätte. Dazu wurden Unterführungen unterschiedlicher Größe unter Straßen und Bahnlinien und sechs Isarstege errichtet. Dafür gab es weder eine Proklamation noch ein Programm, auch keine Initiati-

ven. Es wurde nur immer dort, wo sich eine Gelegenheit geboten hat, diese ergriffen. Das übergeordnete Ziel war, entlang der oben geschilderten Trennungslinien – Isararme und Flutmulde – durchgehende Radwege zu schaffen. In den letzten drei Jahren hat sich nun mitten in der Stadt, auf der Mühleninsel, die Verschränkung dieser Wege gefügt.

Was wir nicht getan haben: Bei der Umgestaltung der Altstadt haben wir keine Radwege angelegt. Das hatte verkehrstechnische, aber auch gestalterische Gründe. Obwohl gelegentlich darüber geschimpft wird: Es stehen hunderte und aberhunderte von Rädern dort, und wir können nicht so viele Ständer aufstellen, daß sie an einem schönen Tag nicht besetzt wären. Im übrigen ist kein Radfahrer gezwungen, *durch* die gepflasterte Altstadt zu fahren, denn er kann an ihrem Rand entlang auf eben diesen Geh- und Radwegen an der Isar fahren. Die Querverbindungen in die Stadt werden langsam aber stetig ergänzt.

#### *Die Altstadtsanierung und das Städtebauförderungsgesetz*

Bis zum Erlaß des Städtebauförderungsgesetzes 1971 und des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 1973 hielt sich die Bautätigkeit in engen Grenzen. Das hatte mehrere Gründe. Die Bautätigkeit fand außerhalb statt. Wohnungen und Industriebau waren die Notwendigkeit. Insbesondere aber hatte man an der wirklich alten Bausubstanz kein



Die Landshuter »Altstadt«  
nach Süden mit der Stifts-  
kirche St. Martin und der  
Burg Trausnitz.  
Zeichnung: G. Knesch

Interesse. Hier bei uns wurde eine Stimme laut, die beklagte, daß am 19. 3. 1945 der Bahnhof und nicht die Altstadt zerstört wurde, hätte man doch jetzt nicht den Ärger mit dem alten Zeug! Zuletzt war es auch die Steuergesetzgebung, die den Althausbesitz in der sträflichsten Weise benachteiligte. Das vor allem hat dies weiter verkommen lassen.

Als dann 1971 das Städtebauförderungsgesetz vorlag, da hat es eine geradezu entmutigende Fülle von Theorie und Ideologie vor den ersten Stein geschüttet, die erst durchwatet werden mußte. Nur *ein* wirklich brauchbares Instrument gab es, das schnell und wirksam einzusetzen war: den vorbereitenden Grunderwerb. Mit ihm wurde viel bewegt. Im übrigen sahen wir die Gefahr der Flächensanierung vor uns, die einem Stadtgefüge von der Größe, dem Erscheinungsbild und der Struktur von Landshut unwiederbringliche Verluste zufügen würde.

Unter diesen Vorgaben haben wir uns an den erforderlichen Übungen beteiligt, um nicht aus dem Kreis der Bewerber herauszufallen. 1972 wurde eine Strukturuntersuchung des historischen Stadtkernes, eine Art Grobuntersuchung, als Vorstufe für die vorbereitenden Untersuchungen in Auftrag gegeben. Auch das Sanierungsgebiet I wurde umrissen, im Grunde genommen aber alles etwas mit halbem Herzen betrieben, weil sich niemand vorstellen konnte, wie man mit diesem Instrument arbeiten und Ergebnisse erzielen sollte.

#### *Die Mühleninsel und die Auslagerung der Vereinigten Kunstmühlen*

Viele Jahre lang, wenn es Frühling wurde, flatterten auf die Tische im Bauamt Baupläne der VK (Vereinigte Kunstmühlen). Es handelte sich um Änderungen, Anbauten, Aufstokkungen, gelegentlich auch Neubauten unterschiedlicher Größe. Wir nahmen sie eigentlich nicht mehr ganz ernst, obwohl es einmal zu einem Hearing mit hochdotierten Gutachtern kam.

Hier ist wichtig zu wissen, daß die VK auf einer der historischen Innenstadt unmittelbar vorgelagerten Insel stand, die durch die Teilung der Isar in zwei Arme gebildet wird. Der Name Mühleninsel ist älter als diese Einrichtung. An dieser Stelle gab es durch die Errichtung eines Wehres in der Kleinen Isar seit Jahrhunderten Hammermühlen. Die VK hatte, eine ganz wesentliche Tatsache, zwei Kraftwerke, die mit einem hochkarätigen Wasserrecht betrieben wurden.

Da wechselte der Besitzer, und 1974 wurde es ernst. Die Absicht und Notwendigkeit war die Errichtung eines 12 000 t Silos, das mehr oder weniger im Weichbild der Stadt gestanden wäre. Zuerst wurden Versuche unternommen, das Ding zu gotisieren, was natürlich ganz lächerliche Züge annahm. Und dann die große Stunde am 10. 1. 1975 im Bayerischen Wirtschaftsministerium: die Frage nach der Möglichkeit der Auslagerung. Dann die Oberste Baubehörde mit der gleichen Frage. Und am 15. 6. 1975 wurde der Vertrag zwischen Stadt und VK unterschrieben, die Arbeiten noch vor dem 30. 6. 1975 vergeben, um die 2,5 Millionen DM Investitionshilfe zu erhalten. Wir durften uns im Bannkreis des StBauFG zu den angesehensten Antragstellern zählen, weil wir so ziemlich

die einzigen waren, die Geld für eine echte Maßnahme und nicht nur für Druck und Papier brauchten. Was das für ein Kraftakt war, das mögen einige wenige Details erhellen:

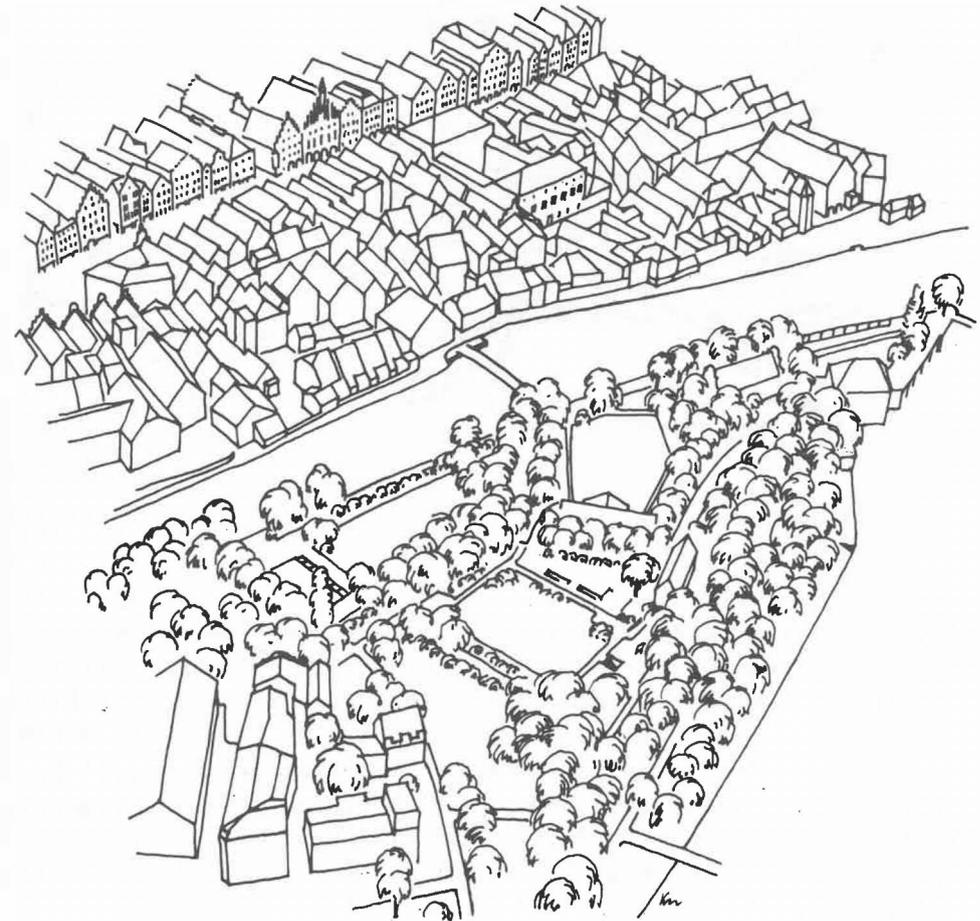
- Die Auslagerung erfolgte in eine Nachbargemeinde, weil die VK dort ein Grundstück hatte (Verlust der Gewerbesteuer).
- Das Wasserrecht mußte ohne Qualitätsverlust, es handelte sich um ein »immerwährendes, unentgeltliches«, verlegt werden.
- Ein seit rund 30 Jahren laufender Prozeß zwischen Stadt und VK, um eben dieses Wasserrecht und seine Fallhöhe, mußte liquidiert werden.



Die Mühleninsel (im Vordergrund) mit dem alten Baubestand. Die Zeichnung ist nach dem Stadtmodell (M: 1:333) gefertigt. Jedes Gebäude in diesem Modell ist herausnehmbar.  
Zeichnung: G. Knesch

- Der Strom mußte durch das städtische Netz geleitet werden. Dazu war es notwendig, die VK am neuen Standort aus einem anderen Versorgungsunternehmen herauszulösen.
- Der Vertrag und die Vergabe, siehe oben, mußte vor dem 30. 6. 1975 stehen bzw. vollzogen sein, weil sonst die Investitionszulage, die ein Teil der Finanzierung war, verfallen wäre.

Die zahllosen anderen Stolpersteine, die im Wege lagen und die das Projekt oft an den Rand des Scheiterns brachten, sind nicht mehr auszumachen. Tatsache ist aber, daß, vom



Die Mühleninsel nach der Auslagerung der »Vereinigten Kunstmühlen« und der Umgestaltung in eine hochwertige Grünfläche, als Ausgleichsfläche für die dichtbebaute Innenstadt. Sie ist nach einem Arbeitsmodell gezeichnet. Die Maßnahme ist bis auf Restarbeiten fertiggestellt. Teil der Anlage sind auch die beiden Stege (rechts unten im Ansatz) und in der Mitte.  
Zeichnung: G. Knesch



E. Heiss, Entwurfskizze zur Mühleninsel, 1983. Das zur Großen Isar hin abgesenkte Ufer, um eine bessere Verbindung zum Wasser zu erhalten.

Eigentümer angefangen, der sich als ein wahrhaft »königlicher Kaufmann« erwies, alle Beteiligten, der Staat und seine Beauftragten – Wasserwirtschaftsamt, Regierung, Oberste Baubehörde, Wirtschaftsministerium, wie auch die Stadt und ihre verschiedenen Interessenten, hier zum Beispiel die Stadtwerke und viele andere – eine großartige Einstellung bewiesen haben. Das Ziel, eine der historischen Innenstadt unmittelbar vorgelagerte hochqualifizierte Grünanlage zu bekommen, hat alle beflügelt. Wie hoch das eingestuft wurde, mag ein Ausspruch unseres damaligen Heimatpflegers, ich habe ihn eingangs schon gewürdigt und seine stets kritische Grundhaltung betont, erhellen: »Wenn Euch nichts anderes gelingt in Eurer Amtszeit als das, dann habt Ihr genug erreicht!«

- 1977 zog die Mühle in den Neubau.
- 1978/79 Abbruch bis auf Erdgleiche von rund 100000 m<sup>3</sup> Baumasse.
- 1980/81 Bau des neuen Kraftwerks der VK.
- 1981 Planungsauftrag an Prof. Ernst Heiß, München/Wien.
- 1982 Abbruch der beiden alten Kraftwerke der VK.

- 1983 Erste Bepflanzungsarbeiten; Baubeginn der Tiefgarage mit 300 Stellplätzen in 4 Stockwerken, davon 3 unter Gelände; Baubeginn Steg Kleine Isar und Parkplatz.
- 1984 Eröffnung Tiefgarage, Fertigstellung Steg Kleine Isar, weitere Planungsarbeiten; Wettbewerb Steg Große Isar.
- 1985 Bau der Mulde, der Erschließungsstraße, Ufertieferlegung; Baubeginn Steg Große Isar.
- 1986 Fertigstellung Steg, Bau des Wasserbeckens, der Wege, der Pergola und weitestgehend der Bepflanzung.
- 1987 Restarbeiten.

Diese Maßnahme hat trotz ständiger intensiver Arbeit doch zwölf Jahre in Anspruch genommen. Es war manchmal nicht ganz einfach zu überzeugen, daß es richtig ist, einen Schritt *nach* dem anderen und nicht mehrere gleichzeitig zu tun. Überraschenderweise war das Hauptproblem der Steg über die Große Isar. Er wäre uns bald im letzten Moment weggeredet worden, weil ernsthafte Leute eine unvermeidbare Beeinträchtigung des Stadtbildes befürchteten. Der Landesdenkmalrat, zum Schiedsrichter angerufen, schlug dann einen Wettbewerb vor, an dem sich 109 Architekten und Ingenieure (die nur gemeinsam einen Entwurf abgeben konnten) beteiligt haben. Die Dokumentation dieses Wettbewerbes ist eine spannende Lektüre. Das Ergebnis ist eine wunderschön leichte Konstruktion, die auch die härtesten Kritiker zu Befürwortern gemacht hat. Und der Steg wurde am ersten Tag angenommen.

#### Die weiteren Sanierungsmaßnahmen

Der offensichtliche Erfolg auf der Mühleninsel einerseits und die Tatsache, daß endlich 1978 die Konsequenz aus dem Denkmalschutzgesetz gezogen wurde und auch der Althausbesitz, vor allem die denkmalverdächtigten Gebäude, steuerliche Begünstigungen erhielten, schließlich auch das Ergebnis einer Sanierungsmaßnahme der Sparkasse, waren Anlaß für die Stadt, den eigentlich mehr zufällig eingeschlagenen Weg der Wohnumfeldverbesserung konsequent weiterzugehen und die Sanierung der privaten Anwesen den Privaten zu überlassen.

Um beim letzten anzufangen: Im Laufe eines Jahrzehnts hatte die Sparkasse im Anschluß an ihren Hauptsitz in der Altstadt 12 alte Häuser erworben, etwa ein Drittel eines Häuserblocks zwischen Altstadt und Neustadt. Der Bereich wurde in das Sanierungsgebiet IV, in dem auch das Rathaus mit einem für die Erweiterung notwendigen Bereich liegt, einbezogen. Neben einem Rechenzentrum entstanden 20 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau mit Läden im Erdgeschoß und einer privaten Tiefgarage. Die alten Gebäude, die allesamt in einem geradezu erbarmungswürdigen Zustand waren, wurden abgerissen und die neuen Gebäude, in der Teilung und auch in der Dimension und Maßstäblichkeit der alten, in die Gegebenheiten eingefügt. Es war, wenn auch in bescheidenem Umfang, eine Flächensanierung. Und das verträgt eine alte Stadt nicht, auch wenn Bemü-

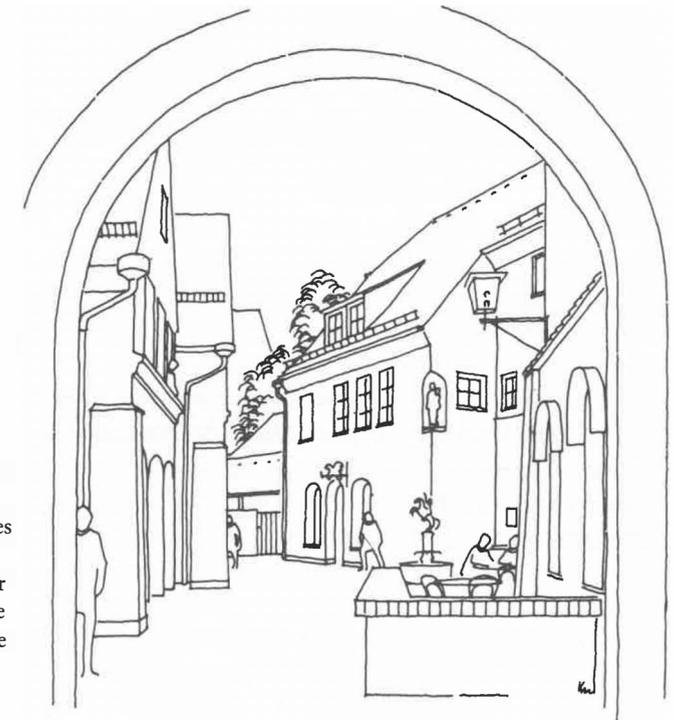


Die »Neustadt« nach Süden. Der Blick geht über den nördlichen Abschluß des Straßenzuges zum südlichen Abschluß, der Jesuitenkirche. Darüber die Burg Trausnitz. Am linken Bildrand die Kirche des Ursulinenklosters. Zeichnung: G. Knesch

hungen und Rücksichtnahme noch so sehr im Vordergrund stehen. Es bleibt ein etwas schales Gefühl. Da ist es viel besser und auch leichter, mit den jeweils hier und dort auftretenden Bauwünschen einzelner fertig zu werden und sie mit Anstand einzufügen. Einzelne Gebäude wurden immer einmal ausgewechselt oder umgestaltet.

Hier ist ein Wort fällig zur Bausubstanz in Landshut allgemein. Die Tatsache, daß über Jahrhunderte ein ziemlich bescheidenes Leben, ohne große Bauaufgaben, vorherrschte, hatte zur Folge, daß die einzelnen Gebäude – und das gilt für die Mehrzahl – oft und oft umgebaut oder an ihnen herumgeflickt wurde und nur noch von der Substanz, die schlecht genug war, lebten. Einen letzten Schlag erhielt das Ganze, als in den Jahren 1945–48 der Flüchtlingsstrom zuerst einmal dort untergebracht wurde. So gesehen besteht und bestand eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem wirklich großartigen Stadtbild und der dahinter sich verborgenden Bausubstanz.

Zum anderen waren und sind wir der Meinung, daß es der Sache nicht dienlich ist, in diesen Bereichen mit qualifizierten Bebauungsplänen zu arbeiten. Sie sind, ehe sie überhaupt fertig sind, überholt und stellen dann mehr ein Hindernis als eine Hilfe dar. Was derzeit in Erwägung gezogen wird, ist ein verbaler Bebauungsplan, in dem gewisse Nutzungsfestschreibungen ihren Niederschlag finden könnten, da die Gefährdung des



Die Auer-Passage in der Altstadt (1979/81). Durch das Zusammennehmen von zwei Altstadthäusern war es möglich den rückwärtigen Teil des Grundstücks durch eine Passage zu erschließen. Darunter ist eine kleine Tiefgarage. Die Maßnahme entstand als reine Privatinitiative. Zeichnung: G. Knesch

Bestandes inzwischen weit mehr von innen heraus als durch das Erscheinungsbild gegeben ist.

Eine solche Art der Sanierung oder Erneuerung findet ihre wesentliche Stütze in den seit 1978 bestehenden Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen an denkmalgeschützten Bauten. Freilich, die ideologischen Zielsetzungen des StBauFG bleiben dabei ziemlich auf der Strecke. Die »zügige Durchführung« von Ordnungs- und Baumaßnahmen hätte z. B. die Mieten grundlegend erhöht. Und: alles kostet wesentlich mehr, es werden viele zu Aktivitäten oder zum Reagieren zu einem Zeitpunkt gezwungen, der ihnen mehr als ungelegen kommt. Immer wieder erhielten wir die Antwort: »Wir haben nichts gegen das, was ihr da vorhabt, aber könnte das nicht in ein paar Jahren geschehen. Wir wohnen hier seit 20, 30, 40 Jahren. Laßt uns die letzten Lebensjahre bitte in Ruhe.«

Oft ist es auch so, daß sich die Ziele während der Arbeit ändern. Der Private reagiert darauf, die öffentliche Hand legt das Verfahren mit all seinen Haken und Ösen und seiner formalistischen Umständlichkeit neu auf. Und der Betroffene sagt: Die wissen nicht, was sie wollen.

Das, und eine Reihe weiterer Zufälle richtete die Aktivitäten der Stadt auf die Auslagerung von Betrieben oder die Schaffung oder Erhaltung von Freiflächen, an denen es in der

historischen Innenstadt wenig genug gibt. Nicht alles lief über das StBauFG, aber in den meisten Fällen hat es in irgend einer Weise hilfreich seine Hand geboten. Hier ist insbesondere nochmals der vorbereitende Grunderwerb zu nennen, der uns nicht nur in einem Fall ein Faustpfand in die Hand gegeben hat, mit dem die Stadt beträchtlichen Einfluß auf die anschließenden Entwicklungen nehmen konnte. So wurde zum Beispiel in einem Fall, dessen Planung sehr unbefriedigend lief, ein Wettbewerb erzwungen. In anderen Fällen wurde eine Grünfläche erworben, deren Bebauung sonst unabwendbar gewesen wäre; oder eine stillgelegte Malzfabrik wurde erworben, abgebrochen und in eine Wiese verwandelt. Dabei kam der einzige noch erhaltene Turm der Stadtmauer, der fast völlig eingebaut war, und ein beträchtliches Stück Stadtmauer zum Vorschein. Beides wurde restauriert.

Der Bauhof wurde ausgelagert, ebenso die Stadtwerke, und im Augenblick laufen die Planungen für den Neubau des zentralen Feuerwehrgerätehauses. Mit diesen drei Maßnahmen, die jede für sich schon aus organisatorischen und funktionalen Gründen seit geraumer Zeit anstanden, konnte ein rund 20000 m<sup>2</sup> großes Grundstück in bester Lage freigestellt werden, das zunächst als Standort für eine Stadthalle gedacht war. Aber auch hier, das ist schon fast gesichert, geht man einen anderen, neuen Weg. Statt eines Stadthallen-Neubaues sollen bestehende Einrichtungen, deren Funktion am Absterben ist, deren Gebäude aber große städtebauliche und denkmalpflegerische Qualitäten und auch eine gute bauliche Substanz haben, von der Stadt übernommen und genutzt werden. Der Bernlochnersaalbau, in diesem Komplex ist das Stadttheater untergebracht, soll als ganzer langfristig angemietet und funktionstüchtig gemacht werden. Die Jesuitenkirche, nur mehr ganz selten als Kirche genutzt, könnte als Konzertsaal dienen. Damit wären jeweils zwei Dinge in einem geregelt: Die Gebäude werden erhalten und mit der dringend nötigen Funktion versehen.

Darüberhinaus laufen die Um- und Ausbaumaßnahmen für eine Stadtbücherei in einem alten Salzstadel hinter dem Rathaus und die Sanierung und Neubaumaßnahme für die Volkshochschule im alten Krankenhaus, das ehemals das Haus des Landschaftspräsidenten war. Das Heiliggeistspital wird seit zehn Jahren von Grund auf saniert und in ein modernes Altenheim umgestaltet. Dasselbe ist mit dem Rathaus geschehen. Noch eine Maßnahme, die aus ihrer für sie gefundenen Funktion von besonderer Bedeutung ist, sei hier abschließend erwähnt. Im Verlauf der Stadtmauer, in diese eingebunden, steht ein altes Brunnenhaus, das einmal der Wasserversorgung diente. Es wurde von der Stadt ohne Förderung durchgreifend saniert und dient jetzt dem Verein »Bauzunfthaus« als Unterkunft. Die verschiedenen Innungen – Maurer, Zimmerer, Schlosser, Maler und Vergolder, Schreiner, Dachdecker, Spengler – haben dort die Möglichkeit, ihre Mitglieder in den alten Techniken zu unterweisen. Außerdem finden auch Vorträge statt. Es ist ein besonderes Erlebnis festzustellen, wie eine solche Umgebung auf die Beteiligten befruchtend wirkt. Die Stadt hat sich das viel Geld kosten lassen. Aber es macht ganz den Eindruck, als ob es sich verzinsen würde.

### *Die Gestaltung des Straßenraumes*

Die Bemühungen, das Stadtbild nicht nur zu pflegen und zu erhalten, sind vielfältig und mühsam genug, denn es sollen ja auch die heutigen Notwendigkeiten in angemessener Form berücksichtigt werden. Das beginnt bei der Gestaltung der Gebäude im Maßstab und Material, geht über Fensterformate und Werbung bis zum Fußboden, der in einem Zimmer einer der raumbestimmenden Faktoren ist.

### *Die Fassaden*

Landshut hat mehr als 7000 m Straßenfronten, die in ihrem Erscheinungsbild ungestört und zum größeren Teil in einem ganz besonderen Maß platzbestimmend und einsehbar sind. So verbietet es sich schlichtweg, hier den jeweiligen Moden nachzugeben, zu experimentieren. Die Stadt wäre in der Zwischenzeit optisch auseinandergenommen. Das war und ist der Grund, warum wir bis zur Stunde die Einfügung, ja Unterordnung an die Vorgaben fordern. Sich in diesem Zusammenhang auf weitere Begründungen einzulassen, verbietet das Thema. Auf diese Weise ist es jedenfalls gelungen, die *Geschlossenheit* des Stadtbildes in überzeugender Weise zu bewahren. Dabei ist es ganz unbestritten, daß viele, viel zu viele Wünsche in den verschiedensten Richtungen offen geblieben sind. Es bleibt eigentlich nur ein Trost: Daß es den meisten anderen Städten jedenfalls nicht besser, meist wesentlich schlechter ergangen ist. Vielleicht wollten sie zuviel auf einmal? Erhalten und modern sein zur gleichen Zeit!

### *Die Straßenoberfläche, Umgestaltung der Altstadt*

Der Zustand von Gehsteigen und Fahrbahn in der Altstadt war in seinem alten Zustand höchst unbefriedigend. Einerseits bestand das alte Pflaster, zu einem Drittel aus Großsteinen (im Bereich der alten Straßenbahn, die längst Bussen weichen mußte), zu zwei Drittel aus Kopfsteinen (in den Randbereichen). Es wurde in den frühen 60er Jahren zugeteert und ist mit der üblichen Bemalung für Fahrbahnen und Parkplätze versehen worden. Das Zuteeren hatte außerdem die schon starke Überhöhung noch gesteigert und in den Rinnenbereichen Neigungen bis zu 8% ergeben. Die beiderseits schräg parkenden Autos haben die ohnehin nicht sehr üppigen Gehsteige, auf denen sich die Fußgänger mehr stießen als sie gingen, durch die überstehenden Motorhauben zusätzlich eingeengt. Andererseits war die Fahrbahn so breit, daß hinter den Schrägparkern beidseits auch noch in zweiter Reihe gehalten wurde, ohne damit den Verkehrsfluß entscheidend zu stören.

Diese Situation war der Ausgangspunkt für Überlegungen, die dann zu der schließlich ausgeführten völligen Umgestaltung führten. Dabei wurden die Gehsteige bis zum Dreifachen verbreitert und die Fahrbahn, auf eine solche wollte man, da die Busse in jedem Fall dort fahren werden, nicht verzichten, auf das Notwendige reduziert. Der entscheidende Schritt, der zunächst aus gestalterischen Überlegungen getan wurde, war die Änderung des

Profils in Richtung Mittelentwässerung. In der Folge hat sich herausgestellt, daß nach Klärung der technischen Details auch in der Benutzung entscheidende Vorteile damit verbunden sind. Zum Beispiel sind sehr niedrige, gleichbleibende Randsteinhöhen (3 cm) möglich, da die Pendelrinne entfällt. Im nachhinein sind die fast ideologischen Auseinandersetzungen in dieser Sache gar nicht mehr verständlich. Als Material wurden alte 18/18/18 Granitsteine verwendet. Nur die Gehsteige wurden, in der Breite der alten, mit 18/18/7 Klinkern belegt, die dunkel gebrannt, den Unterschied in der Farbe sehr gering halten. Auch die Randsteine wurden, ausgenommen vor dem Rathaus, aus gleichformatigen Granitsteinen ausgeführt, um eine möglichst flächige Wirkung zu erzielen. Das Ergebnis ist, das bestätigt jeder unvoreingenommene Betrachter, sehr überzeugend. Vor allem die räumliche Steigerung des gesamten Straßenraumes durch die konkave Straßenfläche ist überraschend stark.

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, daß in der Altstadt, von den Bänken abgesehen, die wir uns in Kopenhagen abgeschaut und hier haben nachbauen lassen, keine »Möblierung« zugelassen ist. Keine Vitrinen, kein Straßenverkauf vor den Geschäften, wohl aber traditionsreicher täglicher Gemüsemarkt. Dabei ist es bis zur Stunde nicht gelungen, ihn um die möglichen 2 bis 3 m weiter von den Häusern wegzurücken, um mehr Platz für die Fußgänger zu bekommen. Sie haben Angst, dann weniger zu verkaufen. Wer's fassen kann, der fasse es! Aber es ist so. Auch Cafés und Wirtshäuser wurden animiert, Tische und Schirme aufzustellen. Abgelehnt wurden vom ersten Tag an Sonnenschirme mit Werbung. Da die Stadt die Genehmigungen für die Nutzung des öffentlichen Grundes erteilt, ist hier die Möglichkeit zu regulieren problemlos, solange nicht andersgelagerte Präzedenzfälle vorliegen!

Ein immer wieder auflebender Vorschlag ist, in die Altstadt Bäume zu pflanzen. Das wäre nun eine schlimme Sache und würde dem Ganzen schweren Abbruch tun. Diese Straße hatte nie Bäume, und es gehören auch keine hinein. Schließlich hat dann immer wieder der Hinweis verfangen, daß wir ja mit viel Aufwand im direkten Anschluß an die historische Innenstadt neue Grünflächen schaffen.

Als positives Ergebnis ist zu werten, daß die zum Teil sehr engen Gassen, in denen die Gehsteige sehr unterschiedlich breit, manchmal mehr Schrammbord als Gehsteig sind, ebenfalls in dieser Richtung umgestaltet werden sollen.

Stellt man die Frage, ob die Bemühungen, die Wohnumfeldbedingungen zu verbessern, sich in irgendeiner Weise bemerkbar machen, ob sie das Interesse am *Wohnstandort* »Historische Innenstadt« gesteigert haben, dann kann man das wohl mit einem »Ja« beantworten. Jedenfalls sind im Laufe der letzten Jahre eine ganze Reihe von größeren Projekten auch in der Innenstadt entstanden, die entweder ausschließlich oder nicht unwesentlich Wohnungen ausweisen.

Die hier angesprochenen Maßnahmen sind nur ein Auszug aus einer viel größeren Anzahl. Sieht man das Ganze in der eigenen Erinnerung, die ja angefüllt ist mit unzähligen Erinnerungen an Einzelheiten, angenehmen und reichlich auch unangenehmen, dann ist es

nicht faßbar, was da in etwa zwölf Jahren alles gelaufen ist. Manches hätte etwas mehr Muße und Zeit gebraucht, es wäre dann wohl befriedigender geworden; manches ist zu früh gekommen. Zehn Jahre später wäre es leichter gegangen und die Kompromisse wären runder ausgefallen. Aber auch hier gilt wohl, daß das Bessere der Feind des Guten ist, und Entscheidungen dann getroffen werden müssen, wenn sie anstehen und das Erreichbare ergriffen werden muß. Es war oft schwer genug und hat auch damals nicht voll befriedigt. Wie soll es da im nachhinein befriedigen, wenn die Ansprüche und die Einsichten gewachsen sind? Jedenfalls ist es im großen und ganzen gelungen, hier in Landshut ein vom Krieg verschontes Stadtgefüge und -bild bis zur Stunde so zu erhalten und fortzuschreiben, daß der Besucher einen Eindruck von der Idee dieser Stadt erhält und gerne in ihr verweilt. Und auch die Landshuter selbst gehen »in die Stadt«, auch wenn die Läden zu sind. Sie genießen ihre Stadt! Sie sind stolz auf ihre Stadt! Nicht nur in den festlichen Wochen der Landshuter Hochzeit alle 4 Jahre, da allerdings in ganz besonderem Maße.

#### Staatliche Finanzhilfen für die städtebauliche Sanierung der Altstadt:

– Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm 1971–1986	44,3 Mio DM
– Sonderprogramm zur Abstützung der Beschäftigung 1974 (Modernisierung Ländgasse 109)	0,3 Mio DM
– Sonderprogramm Stadtsanierung 1975 (Um- und Ausbau der Bau- denkmäler Hotteranwesen und des Rathauses)	1,1 Mio DM
– Programm für Zukunftsinvestitionen 1977–1979 (ZIP; Modernisierung des historischen Heiliggeistspitals. 1. Bauabschnitt, und Ersatz- bau des städt. Bauhofs mit Werkstätten)	2,0 Mio DM
Summe	<u>47,7 Mio DM</u>

#### Literatur:

Georg Spitzelberger, Landshuter Stadtbildpflege seit mehr als 500 Jahren. Hans Bleibrunner, Landshut. Historischer Stadtführer. Harald Kurzack, Verkehrsuntersuchung Landshut 1985, Innenstadtring Tunnel. Amt für Stadtentwicklung – Baureferat –, Innenstadtkonzept 1978.

Wilma R. Albrecht

## Städtische Grünordnung – aber für wen?

Zu Werner Nohls »Einführung in eine arbeitnehmerorientierte Freiraumplanung«<sup>1</sup>

Trotz des Aufschwungs der Ökologiebewegung in der BRD der 70er und 80er Jahre wurde der städtischen, insbesondere innerstädtischen Grünordnungspolitik zu wenig Beachtung zuteil. Wohl führten die sozialliberalen Reformbestrebungen der frühen 70er Jahre zu einer Liberalisierung der Freiflächnutzung, zu einer Neufassung von Grünflächenrichtlinien und zur Belebung der wissenschaftlichen Diskussion,<sup>2</sup> doch die konzeptionellen und politischen Schlußfolgerungen verengten sich zu kommunalen Repräsentationsshows (Bundes- und Landesgartenschauen) und zu pragmatischen Lösungsansätzen (Verkehrsberuhigungsmaßnahmen über Mischflächenausweisung). Sozialpolitische Intentionen städtischer Grünordnungspolitik, die die städtebauliche Diskussion der Jahrhundertwende kennzeichnete,<sup>3</sup> blieben dagegen vernachlässigt, fanden lediglich in Fachzeitschriften partiell ihren Niederschlag. Insofern ist es erfreulich, daß Werner Nohl mit seiner Studie »Städtischer Freiraum und Reproduktion der Arbeitskraft«, die er als »Einführung in eine arbeitnehmerorientierte Freiraumplanung« versteht, diesen verschütteten Traditionsstrang wieder aufgreift.

Die Studie besteht aus acht Kapiteln. Nach dem Problemaufriß im 1. Kapitel, in dem (von einem grobschlächtigen Schichtungsmodell ausgehend) kommunale »Freiraumplanung« als »in allererster Linie Freiraumplanung für Lohnabhängige und deren Familien« (9) definiert und der patriarchal-reglementierende Charakter kommunaler Grünflächenordnung kritisiert wird, entwickelt der Verfasser in Kapitel 2 seinen theoretischen Ansatz für kommunale »Freiraumplanung« aus dem Konzept der Reproduktion der Arbeitskraft. Auf der Basis des marxistischen Verständnisses vom Aneignungsprozeß der Natur durch den Menschen über das Gattungsmerkmal der menschlichen Arbeit und der im Zuge der technischen Entwicklung feststellbaren Tendenz zur Verkürzung der Produktions- und Verlängerung der Reproduktionszeit folgert Nohl, »daß den Freiräumen als Reproduktionssorten bei verlängerter Reproduktionszeit und stärker monotonisierten Arbeitsbedingungen eine gesteigerte Bedeutung zukommen wird« (23). Diese arbeitsfreie Zeit sollte jedoch nicht einfach konsumtiv oder arbeitskraftregenerierend, sondern zur erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft genutzt werden. Sie solle umfassen:

- »– die Sicherung der lebensnotwendigen physischen und psychischen Konstitutionsbedingungen der Arbeitenden,
- deren weiterführende berufliche und kulturelle Qualifikation und

<sup>1</sup> W. Nohl, Städtischer Freiraum und Reproduktion der Arbeitskraft. Einführung in eine arbeitnehmerorientierte Freiraumplanung. Mit Illustrationen und Titelbild von Albert Gründel, IMU-Studien Bd. 2, München 1983, 214 S., 12,-DM.

<sup>2</sup> vgl. z. B. Städtisches Grün in Geschichte und Gegenwart, in: Veröff. d. Akademie f. Raumforschung u. Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 101, Hannover 1975; F. H. Meyer, Bäume in der Stadt, Stuttgart 1978.

<sup>3</sup> J. Stübben, Der Städtebau, in: Handbuch der Architektur, 4. Teil, 9. Halbband, Darmstadt 1890, bes. S. 439–514; C. Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1909; A. Lichtwark, Park- und Gartenstudien, Berlin 1909; H. Maaß, Der deutsche Volkspark der Zukunft, Frankfurt/Oder 1913; M. Wagner, Städtische Freiflächenpolitik, Berlin 1915.

- deren zunehmende politische Qualifikation in Form von Selbst- und Mitbestimmung in den gesamten Arbeitsverhältnissen« (26).

Die Erreichung dieser Ziele kann jedoch nicht passiv vorgenommen werden; sondern sie erfordert in umfassender Weise die produktiven und reproduktiven Fähigkeiten des Menschen sowie verschiedene Räume, deren Aneignung selbst wieder ein aktiver Vorgang darstellt. Dieser Aneignungsprozeß, dem auch Naturräume und »Naturraumerlebnisse« unterliegen, ist nicht nur ein ontologisches Prinzip, sondern auch ein individualpsychologisches Wesensmerkmal (Bedürfnis) des Menschen, das auch die »Freiraumplanung« beachten sollte: »Freiraumplanung, die den Ansprüchen einer erweiterten Reproduktion genügen, d. h. die Entfremdung im Freiraum für die Benutzer zurückdrängen will, um damit einen größeren Genuß zu ermöglichen und zugleich ein Beispiel für Veränderungen in anderen Lebensbereichen zu setzen, wird dafür Sorge tragen müssen, daß die Benutzer im Freiraum nicht nur »irgendwie« ihre reproduktiven Bedürfnisse befriedigen, sondern über die Entstehung und Erfüllung produktiver Bedürfnisse« (36). Und: »Eine reproduktive Freiraumplanung muß demnach darauf abheben, die Freiräume so einzurichten, daß die Benutzer im täglichen Umgang mit ihnen allmählich ihre produktive Bedürftigkeit wiederentdecken und befriedigen können« (38). Aber nicht nur die tätige Aneignung ist ein menschliches Bedürfnis, sondern auch das Objekt des Aneignungsprozesses, die Natur, ist dem Menschen ontologisch gesehen ein Bedürfnis, besitzt sie doch für ihn eine dreifache Bedeutung: eine utilitär-vitale, eine ökologisch-vitale und eine symbolisch-ästhetische. Auch diesen drei Bedeutungen sollte »Freiraumplanung« nachkommen.

Auf Grund dieser theoretischen Überlegungen werden im 3. Kapitel Grundfunktionen des »Freiraums aus reproduktiver Sicht« abgeleitet und erläutert. Als solche Grundfunktionen gelten:

- »– Reproduktion der Arbeitskraft durch Stützung autonomer Handlungen im Freiraum,
- Reproduktion der Arbeitskraft durch Begünstigung ästhetischen Raumerfassens,
- Reproduktion der Arbeitskraft durch Förderung kindlicher Aneignungshandlungen im Spiel und
- Reproduktion der Arbeitskraft durch Sicherung der menschlichen Vitalfunktionen« (49).

Sie korrespondieren somit der schon um die Jahrhundertwende herausgearbeiteten Unterscheidung städtischen Grüns in sanitäres und dekoratives (Sitte) bzw. dem Nutzungs- und Daseinswert von Grünflächen (Wagner).

Im 4. Kapitel grenzt Nohl seine Vorstellung reproduktiver Freizeitnutzung vom üblichen Verständnis konsumtiven Freizeitverhaltens ab; er betont nachdrücklich das Selbstbestimmungselement und den Wohncharakter städtischer Grünanlagen als Prinzipien demokratischer Freiraumplanung: »Das setzt allerdings voraus, daß die Stadt als Raum so eingerichtet ist, daß möglichst viele Reproduktionshandlungen der Bewohner Aneignungsqualitäten annehmen, und daß die von ihnen benutzten Reproduktionsbereiche praktisch und symbolisch begriffen und mit Heimatgefühl besetzt werden können« (88).

Nachdem der Autor in den ersten Kapiteln grundlegende theoretische Überlegungen anstellt, werden in den folgenden Kapiteln einerseits empirische Ergebnisse neuerer Freizeitstudien vorgestellt und im Kontext von Reproduktionsdefiziten im Stadtraum diskutiert und andererseits quantitative und qualitative Vorstellungen für eine reproduktive Freiraumplanung entwickelt. So referiert Nohl Ergebnisse stadträumlicher Untersuchungen in Hannover, Köln, München und Wien, die alle spezifische sozialräumliche Defizite in sogenannten Unterschichtenquartieren speziell in der öffentlichen Grünversorgung erkennen lassen und damit die verteilungsbedingten stadträumlichen Segregationsprozesse zusätzlich verstärken. Deshalb fordert Nohl nicht nur eine gleichmäßige räumliche Infrastrukturausstattung im Siedlungsraum, sondern kompensatorische Maßnahmen: »Vom Standpunkt einer reproduktiven Freiraumplanung her gesehen sind daher die Wohngebiete der Problemgruppen (die auch in Neubausiedlungen anzutreffen sind) in den Städten bevorzugt zu versorgen. Die knappen finanziellen Mittel für den Erwerb und die Ausstattung öffentlicher Freiräume dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden; sie sind vorrangig in den Problemgebieten einzusetzen

zen... Ohnehin werden die geltenden Mindeststandards, wie sie in den geläufigen Richtwerten zum Ausdruck kommen, in Stadtteilen mit hohem Verwertungsdruck, wie z. B. in Altstadtvierteln, in nächster Zeit nicht einlösbar sein« (100). Da neben dem Vorhandensein der »Freifläche« auch Anlage und Ausstattung von Bedeutung für die Nutzung sind, erachtet es der Autor auch für wichtig, schicht- und gruppenspezifische Motive und Wünsche in der Planung mit zu berücksichtigen. Gleichwohl soll die Ausstattung jedoch die Nutzung nicht endgültig determinieren. Vielmehr »muß dafür Sorge getragen werden, daß in jedem Falle ein aneignender Freiraumgebrauch, der sich durch eigenbestimmte, schöpferische, lernorientierte »Eingriffe« geistiger oder körperlicher Natur in die Freiraumumwelt auszeichnet, möglich ist. Das aber ist nur zu erreichen, wenn auf unveränderbare, endgültige Gestaltungslösungen verzichtet wird, statt dessen aber ein Rahmen angeboten wird, der von den Benutzern selbst und immer wieder neu als Antwort auf ihre sich ändernden Bedürfnisse ausgefüllt werden kann« (113).

In Kapitel 7 nun entwickelt Nohl eine städtische Freiraumtypologie, wobei das sozialräumliche Merkmal der Zugänglichkeit, d. h. der Verfügungskompetenz und Wohnbarkeit, als Ordnungskriterium der Typologie unterlegt wird. So unterscheidet er zugängliche und nichtzugängliche Freiräume (Produktionsflächen, Verkehrs- und Schutzgrün, Repräsentationsflächen und unerschlossene Freiräume); bei den zugänglichen »Freiräumen« untergliedert er weiter in private (Gärten, Vorgärten, Balkone), residuale (Höfe, Grünflächen und Mietergärten) und institutionelle Freiflächen (Sportflächen, Freiräumen an Schulen, an sozialen Einrichtungen und an Arbeitsplätzen) auf der einen Seite und öffentliche Freiflächen auf der anderen. Letztere nun lassen sich einteilen in multifunktionale (wohngebietsbezogene, stadtteilbezogene, stadtbezogene, regionsbezogene), monofunktionale (Kinderspielplätze, Friedhöfe, Badeanlagen, Kleingartenanlagen) und Verbindungsfreiräume (Grünverbindungen, Fußgängerzonen, Straßen, Plätze). Alle diese Freiflächentypen können spezifische Reproduktionsfunktionen erfüllen, doch für Stadtbewohner von besonderer Bedeutung sind die öffentlichen »Freiflächen«, deren Erreichbarkeit, Größe und Ausstattung in funktioneller Abhängigkeit von der Wohnung, dem individuellen Zeitbudget und den Freiraumaktivitäten stehen. Nohl führt hierzu tabellarische Richtwerte (Flächengröße, zeitliche Entfernung, qm/E) für mono- und multifunktionale »Freiflächen« sowie Kinderspielplätze an.

Im letzten Kapitel entwickelt der Verfasser ein gestuftes Freiraumverbundsystem, das auf der Basis der Wohnung aufbaut und dem einzelnen Stadtbürger erlauben soll, kurzfristig selbst zu entscheiden, »an welchen Freiräumen und in welchem Ausmaß er im Sinne alltäglichen Wohnens partizipieren möchte« (188). An diesem gestuften Verbundsystem solle sich im Prinzip eine reproduktionsorientierte Freiraumplanung ausrichten.

Trotz eingängiger Darlegungen und Forderungen zur Freiraumkonzeption stellen sich bei näherer Betrachtung Bedenken zu Nohls Ausführungen ein. Sie zielen nicht auf den Kerngedanken einer reproduktionsorientierten Grünplanung,<sup>4</sup> sondern auf theoretische Verknüpfungen, empirische Belege und praktische Konsequenzen des entwickelten gestuften Freiraumverbundsystems.

Zunächst muß kritisiert werden, daß der Autor Freiraum und Grünfläche verwechselt und vermischt, Freiraum umfaßt neben Grünflächen auch Baulücken und Vorbehaltsflächen. Äußerst problematisch erscheint mir auch die Verknüpfung ontologischer Kategorien und erkenntnistheoretischer Aussagen einerseits mit einem letztlich stark geprägten individualpsychologischen Bedürfnisan-satz (37) andererseits, um praktische Aussagen zur Freiraumnutzung zu gewinnen, die in Selbstbestimmungspostula gipfeln. Unabhängig davon, daß der Verfasser dann in seinen weiteren Ausführungen

<sup>4</sup> Habe ich doch selbst versucht, diesem Kerngedanken in einer alternativen Stadtteilplanung konkrete Gestalt zu geben: W. Albrecht, Stadt-Teil-Entwicklung. Geschichte, Struktur, Perspektive eines Stadtteils am Beispiel der Schwetzingenstadt Mannheim. Mit einem Plan für eine Parkanlage. Köln 1982.

dem Zwang der Gegebenheiten der Eigentumsordnung folgend, selbstbestimmte Freiraumnutzung auf öffentliche Grünflächen verengen muß, läßt sich Gesellschaft auch im öffentlichen Grünbereich nur voluntaristisch herstellen, d. h. über Appelle zur gegenseitigen Rücksichtnahme. Das Scheitern dieses libertären, individuellen Selbstbestimmungsansatzes hat sich nicht zuletzt in der pädagogischen Theorie und Praxis gezeigt. Die Übertragung dieses utopischen Mittelschichtenideals auf die öffentliche Grünflächennutzung wird funktionell lediglich bestehende Segregationsprozesse im städtischen Siedlungsraum verstärken (Ausstattungsunterschiede, Pflegeaufwand, Trennung in geschlossene und offene Anlagen, usw.), die Dominanz mittelschichtbezogener Freiraumnutzung (freie Spiel- und Sportaktivitäten) sichern, um nach dem Scheitern des Konzepts um so nachhaltiger restriktive Maßnahmen zu begründen und durchzusetzen (Kommerzialisierung öffentlicher Anlagen, Verzicht auf künstlerische Gartengestaltungselemente, auf Pflege und Beaufsichtigung).

Die Verengung Nohls Ansatz zeigt sich auch bei der Erfassung von »Reproduktionsdefiziten im Freiraum« über die Auswertung empirischer Einzeluntersuchungen mit zumeist individuellen Fragen (Selbsteinschätzung von Entfernungen, von Freiraumbesuchsmotiven, Bedürfnissen), die keine Repräsentanz beanspruchen können. Auch die planungsbezogenen Aussagen sind nicht genügend reflektiert: den Richtwerten für »Freiräume« fehlt die Zuordnung zur Siedlungsgröße, -form und Umgebung. Darüber hinaus sind die Richtwerte selbst sehr niedrig angesetzt, z. B. 8 qm/Einwohner für multifunktionale öffentliche »Freiräume« bei einem Einzugsbereich von 280 000 Einwohner, während in der Fachdiskussion ein Grünflächenmittelwert von 20 qm/Einwohner (öffentliche Anlagen, Parks, Grünzüge und ohne die Einbeziehung spezieller öffentlicher Grünflächen) als angemessen gilt.<sup>5</sup>

Der Aufbau eines Freiraumverbundsystems auf der Individualgröße Wohnung (189) läßt sich räumlich nicht realisieren – höchstens in einer gedachten Mehrdimensionalität. Ein solches Verbundsystem hat nur Sinn, wenn von einer gesellschaftlichen Kategorie, der Siedlungseinheit in ihrer verschiedenen Ausprägung, ausgegangen wird.<sup>6</sup> Im übrigen impliziert auch dann eine annähernd gleichmäßige Versorgung im Sinne Nohls Modell den Siedlungstyp der »gegliederten und aufgelockerten Stadt«,<sup>7</sup> der mit einem entsprechenden Verkehrsaufkommen einhergeht.

Insgesamt zeigt, daß auch ein wohlmeinender politischer Ansatz, der sich dem Selbstverständnis der Förderung demokratischer Grundsätze und den lohnabhängigen Schichten verpflichtet fühlt, der theoretischen Anstrengung und Durchdringung bedarf. Ein marxistisches Selbstverständnis ohne Berücksichtigung der theoretischen Kategorie Gesellschaft und ihrer realistischen Ausprägung sowie der Einbeziehung der Funktion der Grundrente, die Grünordnung hauptsächlich als Planung städtebaulicher Residualflächen ermöglicht, verkümmert sonst zu kleinbürgerlicher Ideologie – das sich scheinbar zeigende »Richtungsgefälle von den produktiven zu den reproduktiven Bedürfnissen« (36) findet lediglich im Kopf des entsprechenden Ideologen statt.

<sup>5</sup> A. Siebert, Entwicklung einer Grünflächenordnung und Grünflächenpolitik für die moderne Stadt, in: Städtisches Grün... (s. A 2), S. 49–79.

<sup>6</sup> vgl. W. Albrecht, Stadt oder Siedlung?, in: Österreichische Zeitschrift f. Soziologie, H. 3/1983, S. 57–78.

<sup>7</sup> J. Göderitz u. a., Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.

## Autoren

HARRY KÜHNEL. Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik an der Universität Wien. 1952 Promotion zum Dr. phil., 1969 Habilitation an der Universität Salzburg. Seit 1975 a.o. Universitätsprofessor. 1969 Gründung des Instituts für mittelalterliche Realienkunde Österreichs (Österreichische Akademie der Wissenschaften) und seitdem dessen Direktor. Herausgeber der Veröffentlichungen dieses Instituts (bisher 9 Bände), Herausgeber der »Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs« (bisher Bde. 1–15) sowie Mitherausgeber des »Lexikon des Mittelalters«. Seit 1959 Durchführung mehrerer Kunst- und Kulturausstellungen. Veröffentlichungen: »Die Hofburg« (1971), »Die mittelalterliche Heilkunde in Wien« (1965), »Krems in alten Ansichten« (1981), »Alltag im Spätmittelalter« (3. Aufl. 1986) und »Denkmalpflege und Altstadtsanierung in Krems a. d. Donau 1960 bis 1985« (1987). Darüberhinaus ca. 70 Aufsätze in in- und ausländischen Zeitschriften. Ehrungen: Österreichisches Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1970, Medaille Bene Merito der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1979, Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich 1986.

JÜRGEN HAGEL (1925). Studium der Geographie in Kiel und Hamburg. Promotion 1955. 1956 bis 1965 Redakteur der Zeitschrift »Kosmos«, seit 1965 am Geographischen Institut der Universität Stuttgart, jetzt als Akademischer Direktor. Mitglied im Arbeitskreis für genetische Siedlungsforschung im Zentralverband der deutschen Geographen. Derzeitige Arbeitsgebiete: Historische Stadtgeographie, historisch-geographische Umweltforschung, historische Kartographie. Veröffentlichungen: Mehrere Aufsätze zur historischen Stadtgeographie Stuttgarts, über frühere Umweltprobleme im Stuttgarter Raum, zur Geschichte der Geographie in Stuttgart und über historische Karten. 1984 Ausstellung und Katalog »Stuttgart im Spiegel alter Karten und Pläne«, 1986 Ausstellung und Schrift »Stuttgart vor 125 Jahren« u. a. m.

HEIDE BERNDT, geb. 1938 in Aachen, war von 1966 bis 1974 bei Professor Mitscherlich Assistentin für Stadtsoziologie am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt. Wichtigste Veröffentlichungen: »Der Verlust von Urbanität im Städtebau« (1967), »Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern« (1968) und zusammen mit Lorenzer und Horn »Architektur als Ideologie« (1968). 1977 Promotion über die »Natur der Stadt« und seit 1979 Professorin an der FH für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin im Fach Sozialmedizin.

LIESA NESTMANN, geb. 1920 in Tjumen. Nach vier Semestern Medizin, Studium der Geographie und Biologie bis zum Staatsexamen und zur Promotion an der Universität Marburg. Schulbesuch und berufliche Tätigkeit in Deutschland, England (10 Jahre) und der Türkei (15 Jahre). Seit 1971 Professorin der Geographie an der PH Flensburg, seit 1985 em. Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen zur Länderkunde der Türkei (1972), zur ethnischen Differenzierung der Bevölkerung der Osttürkei in ihren sozialen Bezügen (in Vorbereitung) sowie zur Ökologie des Menschen: Theoretische Grundlagen (1976), Räumliche Aspekte des Streß und der Umweltwahrnehmung (1980). Vorgesehen eine Essayammlung zur Ökologie des Menschen. Mitglied der wissenschaftlichen Gesellschaft »Fellow of the Royal Geographical Society« in London und des Arbeitskreises »Geomeditzine« der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

WOLFGANG SCHWAIGER-HERRSCHMANN (1923). Schreinerlehre, dann Architekturstudium in Stuttgart und München, Arbeit in einem Architekturbüro, 1954 zweite Staatsprüfung, bayerische Landesbauverwaltung. Seit 1959 bei der Stadt Landshut, dort von 1964–1986 Stadtbaurat.

WILMA R. ALBRECHT. Dr. rer. soc. et lic. rer. reg., lebt als freie Planerin und Fachjournalistin in Mannheim. Mitglied im Arbeitskreis »Freie Planer« (BDA) und in der Arbeitsgruppe »Arbeitsorientierte Regionalwissenschaft«. Seit 1980 zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze. 1984/85 Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung.

## Notizen

### Personalien

Oberbürgermeister *Josef Feger* ist nach 32jähriger Amtszeit in Leutkirch am 31. 12. 1986 aus seinem Amt ausgeschieden. Josef Feger war der letzte der Stadtbervorstände, die am 5. September 1960 in Gengenbach die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger freier Reichsstädte, die Vorgängerinstitution unserer Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt, aus der Taufe gehoben haben. Josef Feger wird unserer Arbeitsgemeinschaft weiterhin als Förderndes Mitglied verbunden bleiben.

### Wanderausstellung:

#### »menschlich wohnen – menschengerecht bauen«

An interessierte Gemeinden, Städte und Verbände richtet sich die neue Wanderausstellung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Ausstellung umfaßt acht Themen: Preiswerte Familienwohnungen, Bauen für Behinderte, Wohnen älterer Menschen, Zusammenwohnen mehrerer Generationen, Ökologisches Bauen, Wohnumfeld, Stadterneuerung und Städtebauliche Erneuerung von Kleinstädten und Dörfern.

Ziel der Wanderausstellung ist es, vorbildliche Maßnahmen einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen, als Anschauungsmaterial, als Beispiel und als Anregung für künftige Vorhaben zu dienen. Die Beispiele sollen Bürgern, Bauinteressenten, Architekten und Planern Anregungen geben. Die Ausstellung setzt sich zusammen aus 75 Tafeln (1 × 2 m) sowie einigen kleineren Verbindungstafeln und einigen Modellen. Das Bundesbauministerium wird die Ausstellung durch das Institut für Bauforschung, Hannover, für jeweils maximal drei Tage betreuen lassen, als Mithilfe bei der Ausstellung und fachlichen Beratung der Besucher. Den Anmietern obliegen die Kosten für Transport, Auf- und Abbau, Versicherung und evtl. Standmiete.

Schriftliche Anfragen an: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – Öffentlichkeitsarbeit-, Deichmannsau, 5300 Bonn 2.

### Stadtumwelt

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat zur umfassenden Erforschung der Wirkungszusammenhänge von Luftschadstoffen und gesundheitlichen Folgen für die Menschen eine »Arbeitsgruppe Immissionswirkungen auf den Menschen« eingerichtet. Wie Umweltminister Klaus Matthiesen mitteilte, soll sich die Spezialistengruppe aus Humanmedizinerinnen, Toxikologen, Biologen und Chemikern zusammensetzen. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist der Leiter des Instituts für Umwelthygiene, Professor Dr. Schlipköter. Ein besonderes Gewicht soll dabei dem Zusammenhang von Luftbelastung und Pseudo-Krupp-Husten gelten.

Maßnahmen gegen den stetig steigenden *Landschaftsverbrauch* hat der Bremer Bausenator angekündigt. Von 1957 bis 1983 hat sich in der Stadtgemeinde Bremen das Verhältnis von Landschaftsfläche (unbesiedelte, vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche und großflächige Grünflächen) zur Siedlungsfläche von 63:37 auf 55:45 Prozent verschoben. So wurden für Siedlungszwecke von 1967 bis 1983 jährlich 159 Hektar neu in Anspruch genommen. Dies geht aus einem Bericht über die Entwicklung der Siedlungsfläche und den Landschaftsverbrauch des Bremer Stadtplanungsamtes hervor. Als Konsequenz sollen beispielsweise gewerbliche Brachflächen reaktiviert, neue Bebauungen flächensparend geplant und Baulücken bebaut werden.

### Neues Institut

Ein Institut und Studienarchiv mit dem Titel »Arbeiterkultur und Ökologie« ist im oberhessischen Baunatal gegründet worden. Es ist in einem Bauensemble untergebracht, das aus einer alten Burg, der ehemaligen Großenritter-Schule und einem Naturfreundehaus besteht und nicht weit weg von Burg Ludwigstein liegt, dem Traditionsort der deutschen Wandervogel- und Jugendbewegung. Wie die beiden Direktorialmitglieder des neuen Instituts, der Volkskundler Joachim Zimmer (Universität Duisburg) und der Landschaftsplaner Gerd Gröning (Kunsthoch-

schule Berlin), erklären, soll das Institut nicht nur das Bundesarchiv der ältesten Umweltschutzorganisation, der 1895 in Wien gegründeten »Naturfreunde«, aufnehmen, sondern als Archiv und Sammelstelle eine ökologehistorische Bibliothek aufbauen.

#### *Bayerische Denkmalliste abgeschlossen*

Bayern ist das erste Bundesland, für das es eine umfassende, abgeschlossene Liste aller Denkmäler des Flächenstaats gibt. Etwa 110000 Baudenkmäler von den Alpen bis zum Main und vom Bayerischen Wald bis zum Bodensee erfaßt das achtbändige Werk für München und die sieben Regierungsbezirke. Zudem sind in der 5168 Seiten starken Denkmalliste 10000 archäologische Geländedenkmäler von der Steinzeit bis ins Mittelalter und 800 Ensembles aufgeführt. Generalkonservator Michael Petzet stellte das Werk »Denkmäler in Bayern«, das im Münchner Verlag R. Oldenbourg erschien (Gesamtpreis 1184 Mark), vor.

Die Denkmallisten, die von der Regensburger Kathedrale bis zum Grenzstein nahezu alles erfassen, gelten vor allem auch als ein wesentliches Hilfsmittel für den praktischen Denkmalschutz. Mitunter wurde erst bei der Arbeit an den Listen deutlich, daß etwa manche Typen von Bauernhäusern inzwischen gänzlich verschwunden, andere nur noch in wenigen Beispielen zu finden sind. Die gesammelten Daten mit insgesamt 802 Luftaufnahmen sind auch eine Fundgrube für den Kunsthistoriker und vor allem für die Architekturgeschichte, aber auch für Archäologen, Volkskundler und andere Disziplinen. Die sehr knapp gehaltenen Texte in der Denkmalliste führten dazu, daß vom Landesamt für Denkmalpflege inzwischen auch reich bebilderte Einzelpublikationen über Städte und Landkreise vorbereitet werden.

#### *Publikationsreihen*

##### *Baudenkmale in Niedersachsen*

In der gleichnamigen Reihe des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts, Institut für Denkmalpflege, sind zwei weitere Bände erschienen: Band 21, Landkreis Lüchow-Dannenberg,

Braunschweig, Vieweg 1987, 203 S., 43. S. Anhang, DM 62,- und Band 32, Stadt Osnabrück, Braunschweig, Vieweg 1986, 172 S., 12 S. Anhang, DM 46,-.

Denkmaltopographisch werden in Band 21, Lüchow-Dannenberg, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder städtebaulichen Bedeutung als Kulturdenkmale ausgewiesenen Bauten vor dem topographischen und geschichtlichen Hintergrund eines Ortes beschrieben und ihre baulichen und gestalterischen Eigenschaften charakterisiert. Dies im Gegensatz zur isolierenden, objektbezogenen Darstellung von Baudenkmalen in traditionellen Inventarwerken. Die Bedeutungszusammenhänge beschreibende Darstellung der Baudenkmale erfolgt in Texten, Fotografien und Karten, deren Informationen sich ergänzen und erst im Zusammenwirken sich zur Gesamtaussage über den Denkmalbestand des Landes verdichten. Von besonderem Reiz dabei sind die Rundlingssiedlungen, welche schon immer besondere Beachtung fanden und in dieser Dichte für die Bundesrepublik einmalig sind.

Band 32 stellt mit Osnabrück die drittgrößte Stadt Niedersachsens vor, deren historische Innenstadt im Zweiten Weltkrieg zu mehr als 80% vernichtet wurde. Schwerpunktmäßig stellt sich das Buch daher die Aufgabe, den überkommenen Baubestand in einen Rahmen zu stellen, der die geschichtliche und räumliche Entwicklung der 1200 Jahre alten Stadt und ihre bauliche Besonderheit trotz aller Zerstörungen anschaulich werden läßt.

##### *Broschüren des Innenministerium Baden-Württemberg*

Bei der Vorlage der Dokumentation »Stadterneuerung, Wohnungsbau und Denkmalpflege in Baden-Württemberg – Leitlinien der Förderprogramme 1987« wies das Innenministerium Baden-Württemberg darauf hin, daß im Jahr 1987 für die Förderung der Stadterneuerung 555 Mio DM, für die Wohnungsbauförderung 253 Mio DM und für die Denkmalpflege 73 Mio DM zur Verfügung stehen. Hauptanliegen der Dokumentation ist es, die Grundgedanken und Ziele der verschiedenen Programme deutlich zu machen,

da angenommen wird, daß von ihnen wichtige Impulse für die Bauwirtschaft ausgehen (Anforderungsadresse: Innenministerium Baden-Württemberg, Referat Wohnungs- und Siedlungswesen, Postfach 277, 7000 Stuttgart 1).

Mit der »Bewertungsfibel – Ermittlung des Verkehrswerts von Gewerbegrundstücken in der Stadterneuerung« soll den Kommunen eine Arbeitshilfe bei der Ermittlung des Verkehrswerts von gewerblichen Grundstücken und Gebäuden, die im Rahmen von Stadterneuerungsmaßnahmen bewertet werden müssen, in die Hand gegeben werden (Innenministerium, Referat Städtebauliche Erneuerung, Dorotheenstr. 6, 7000 Stuttgart 1).

Die Broschüre »Brandschutz und Haustechnik« wendet sich hauptsächlich an Fachverbände der Architekten, Ingenieure und Handwerker im Installationsbereich. Sie will mithelfen, das Problembewußtsein für den vorbeugenden baulichen Brandschutz bei allen am Bau Beteiligten zu vertiefen (Innenministerium, Referat Bauordnungsrecht, 7000 Stuttgart 1).

#### *Neuer Preis für Denkmalpflege*

Auf dem »Tag der Niedersächsischen Denkmalpflege« in Osnabrück wurde der »Preis für Denkmalpflege« der Niedersächsischen Sparkassenstiftung verkündet. Zur Teilnahme an der Ausschreibung sind alle privaten Träger eines

Bau- oder Kunstdenkmals aufgerufen, die sich mit hohem Engagement für den Erhalt eines Denkmals einsetzen und einen beispielhaften Beitrag für den kulturellen Heimatschutz leisten. Neben dem Einsatz neuer und kostengünstiger Methoden und Techniken am konkreten Objekt werden denkmalpflegerische Maßnahmen prämiert, die einen Teil oder das gesamte Baudenkmal betreffen und städtebauliche, architektonische und kunsthistorische Erfordernisse berücksichtigen.

Der oder die Preisträger werden mit einem Preis bis zu DM 20000,- unterstützt (Ausschreibungsunterlagen: Niedersächsische Sparkassenstiftung, Schiffgraben 6, 3000 Hannover 1).

#### *Studentenwettbewerb*

Anläßlich des Internationalen Kongresses des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) vom 26. bis 30. Oktober 1987 im spanischen Sevilla führt der IVWSR einen weiteren internationalen Wettbewerb für Studierende der Fachrichtungen Architektur, Städtebau, Städtebauliche Gestaltung und Städteplanung durch. Das Wettbewerbsthema lautet »Integration von Alt und Neu in historischen Stadtgebieten«.

Anfragen an den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Simrockstraße 20, 5300 Bonn 1.

## Besprechungen

STADT IM WANDEL. *Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150 bis 1650*, hrsg. von CORD MECKSEPER. *Landesausstellung Niedersachsen 1985. Copyright Braunschweigisches Landesmuseum 1985. Ausstellungskatalog. Band 1: 688 S., Band 2: S. 689–1407, Band 3: 712 S., Band 4: 547 S., jeweils mit vielen Farb- und Schwarzweißabb., Diagrammen und Rissen, Karten und Plänen.*

2666 Seiten zählen die 4 Bände dieses Katalogs insgesamt, wahrhaft ein opus eximium. Man verdankt es dem Beschluß des Landtags und der Landesregierung von Niedersachsen, nicht eine Dynastenausstellung aufzubauen, wie das bei den »Staufern«, den »Wittelsbachern« oder den »Zähringern« der Fall war, sondern »erstmal eine Lebenswelt vor Augen« zu führen, »der wir Heutigen weitgehend unser Selbstverständnis verdanken: die des Bürgertums«. Unter diesem Aspekt darf die Braunschweiger – damals leider nur vom 24. August bis 24. November gezeigte – Ausstellung in Anspruch nehmen, mehr als nur einem ästhetischen oder gar nostalgischen Vergnügen Rechnung getragen zu haben. Geschichte wird hier als Ort der Auseinandersetzung geboten. Die baden-württembergische Stauferausstellung hat seinerzeit mehrere Zeitungen zur vernünftigen Feststellung veranlaßt, jetzt endlich, mit dieser Ausstellung, sei dargetan, daß der geschichtliche Normalverbraucher hierzulande gar keinen »Sozialmief« wolle, ein Glück, daß man den jetzt endlich einmal eliminiert habe. Und so sind sie denn, mehr als eine halbe Million, zu den »Goldhelmen« im Alten Schloß zu Stuttgart gezogen und haben gerade dort, wo Geschichte zur Auseinandersetzung hätte veranlassen müssen, im Kunstgebäude nebenan, wo das »Nachleben der Stauer« zur Diskussion stand, – gepaßt.

Ob der mehrbändige Stauferkatalog mehr – was freilich seine Hauptaufgabe war – als nur registriert und dokumentiert und interpretiert hat, ob er auch gänzlich neue Forschungsergeb-

nisse und Forschungsansätze präsentiert hat, entzieht sich dem Urteil des Rez. Man hat in Fachkreisen schon vor Erscheinen des Riesenkatalogs geunkelt, sensationelle Forschungsanstöße seien von diesem Unternehmen kaum zu erwarten. Anders im Katalog »Stadt im Wandel«. »Die langjährige Vorbereitungszeit der Niedersächsischen Landesausstellung«, schreibt Cord Meckseper, die Seele dieses erstaunlichen Unternehmens, im Vorwort zu den Bänden, »war eine Zeit intensiver wissenschaftlicher Forschung, mit Ergebnissen, die nur insoweit in die Ausstellung und deren Katalogbände eingebracht werden konnten, als das die Ausstellungsaufgabe erlaubte. Die Vorarbeit der für eine Ausstellung vergleichbarer Größe ungewöhnlich hohen Zahl von Wissenschaftlern hat den Blick auf den eindrucklichen Wert einer bisher im Bewußtsein mancher historischen Disziplin noch nicht in vollem Umfang gewürdigten Quellengattung eröffnet: die sogenannte Sachüberlieferung oder Realie – den originalen Gegenstand«.

Daß er auf ein bestimmtes, wenn auch ungewein weitschichtiges Thema – Stadt und Bürgertum von ihren Anfängen bis in die Frühneuzeit hinein – und eine bestimmte Geschichtslandschaft – Norddeutschland – konzentriert hier vorgeführt wird und »zu Wort kommt«, darin liegt, lag die einmalige Bedeutung dieser Ausstellung. Und darin liegt der wissenschaftsgeschichtlich gesehen einmalige Wert dieser 4 Bände. Sie bändigen die ungeheure Fülle des Stoffes in einsichtiger Gliederung. Der erste Band gilt den frühen Siedlungsformen, der Entwicklung der Städte (wofür Braunschweig, Hildesheim, Osnabrück, Göttingen, Goslar, Lüneburg, Lüneburg und Emden ausgewählt sind), »Haus und Familie« und dem Bereich »Frömmigkeit und Bildung«. Im zweiten Band wird die Paginierung des ersten weitergeführt, hier geht es um die Darstellung von »Handwerk und Handel«, »Rathaus und Politik« und der »Kirchlichen Kunst des Mittelalters«. Band 1 und 2 sind Katalogbände im eigentlichen Sinne des Wortes, Beschreibungsbände der 1135 hier aufgeführten

Exponate. Band 3 und 4 sind Aufsatzbände. In ihnen werden die Grundthemen in einzelnen Beiträgen beleuchtet, »Stadtentstehung und Stadtentwicklung«, »Wirtschaft« und »Wohnen und Leben in der Stadt« im 3. Band, »Das Gemeinwesen« und »Kirche und Frömmigkeit« im 4. Band, wo Klaus Schreiner unter der Überschrift »Aspekte der Stadtgeschichte im 18.–20. Jahrhundert« der mittelalterlichen Stadt in ihrer Rolle als Identitätsfaktor für das bürgerschaftlich-politische Bewußtsein der drei letzten Jahrhunderte nachgeht.

Es ist keine Frage, daß mit dieser stupenden Sammlung, die diese Ausstellung veranlaßt hat, ein Tor in der deutschen Stadtgeschichtsforschung aufgestoßen worden ist. Die eigentliche Resonanz dazu wird sich erst noch einstellen; die Wissenschaft wird das jetzt erst einmal in Ruhe auswerten müssen. Sie hat für diese elementare Aufarbeitung erstens einmal Dokumentarmaterial zur Verfügung gestellt, in den beiden Bänden 1 und 2 in schier unerschöpflicher Weise. Mit derlei Katalogen ist uns Historikern eine Gattung geschenkt worden, die der Visualisierung, die sich mittlerweile auch der Geschichtswissenschaft bemächtigt hat, in weitestem Maße Rechnung trägt. Hier ist zum ersten Mal in dieser Fülle ausgebreitet, was an »Sachkultur« in der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadt des norddeutschen Raumes überliefert ist. Natürlich war für den Beobachter die Ausstellung selber in praxi eine ganz andere Anschauungsquelle. Das Memoirenbuch des Hildesheimer Rates (Nr. 528) mag in natura, wenn auch hinter Glas, einen unmittelbaren und besonderen Eindruck gemacht haben. Im Bild wird dem Laien kaum erkennbar, was das Pergament zwischen den sechs Holztafeln für eine »handfeste« Optik hergegeben hat. Ähnlich sieht es bei der Nr. 1011a aus, der »Ansicht der Stadt Braunschweig von Nordosten« aus dem Jahre 1671. Der Kupferstich ist hier so klein geraten, daß man mit der Abbildung so gut wie gar nichts anfangen kann. Aber es gibt großartige Gegenbeispiele, die für eine Illustrierung von Stadt- und Geschichtsbänden in Zukunft von größtem Wert sein werden. Jetzt erst weiß man, welche Schätze zur mittelalterlich-frühneuzeitlichen

Stadtgeschichte in Norddeutschland lagern. Sie zu heben und »an den Mann« zu bringen, wird noch Generationen beschäftigen.

Und hier ist zum ersten Mal der Versuch gewagt worden, in den Bänden 3 und 4 kompetente Fachleute zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen zu lassen. Notgedrungener Weise, daran wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern, hatte unter der Überschrift »Stadtentstehung und Stadtentwicklung« selten die generalisierende Perspektive den Vorrang. Nur die Beiträge von Edith Ennen (»Die europäische Stadt«) und Martin Last (»Niedersächsische Städte bis zum frühen 13. Jahrhundert«) behandeln Städtelandschaften, die übrigen gelten je einer einzelnen Stadt, Hildesheim, Goslar, Emden und Lüneburg. Sehr interessant hebt sich hier der Beitrag von Dietrich Denecke heraus. Er gilt den »Beziehungen zwischen Stadt und Land in Nordwestdeutschland während des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit« und will sich als eine Beisteuer zur historischen Geographie städtischer Zentralität verstanden wissen.

Auch in der Sparte »Wirtschaft« stehen neben den Aufsätzen, die Überblicke geben, Lokaluntersuchungen, die nach der exemplarischen Methode arbeiten und Fallstudien sind. Stellt Hermann Kellenbenz, ausgewiesen durch ein eindrucksvolles Forschungswerk in diesem Betracht, die »Norddeutsche Wirtschaft im europäischen Zusammenhang« dar, untersucht Detlev Ellmers die Wege- und Transportfunktion des »Wassers« für diesen Raum und Ulf Dirlmeier zusammen mit Gerhard Fouquet die Entwicklung der »Eigenbetriebe niedersächsischer Städte im Spätmittelalter«, so gilt das Folgende der repräsentativen Einzelstudie, angedeutet mit den Stichwörtern »Lüneburger Saline«, »Einbecker Bier«, »Harzmetalle«, »Messingbecken«, »Braunschweiger Büchsenmacher«. Ob Forschungsfortschritt oder nicht: Ausstellungen pflegen ihrer Natur nach auf das Optische und auf das Greifbare abzuheben, und so beschließt der Wirtschaftsteil mit Arbeiten, die durch die Präsentationsfunktion der Ausstellung bedingt oder inaugurieren worden sind, über die Osnabrücker Plastik um 1500, über die Osnabrücker Gilden und Kaufmannstypen im Mittelalter,

über die »Klosterhöfe in norddeutschen Städten«.

Das (noch) Sichtbare aufzuzeigen, ist die genuine Aufgabe einer historischen Ausstellung. Wenn es um das »Wohnen und Leben in der Stadt« geht, gibt in einem solchen Falle die demonstrable Geschichtsware den Ausschlag. Gemiß melden sich da grundsätzliche Themen zur städtischen Bevölkerung, zu den Größenverhältnissen, dargetan am Beispiel Goslar (P.-J. Schuler), zu den »Juden in niedersächsischen Städten« (P. Freimark), zum städtischen Bauen »im Spannungsfeld zwischen Bautechnik, Baugesetzen und Parzellenzuschnitt«, in einer subtilen und ungemein anregenden Untersuchung von Karoline Terlau und Fred Kaspar. Aber dann kommen Details, die Wohnkultur in ihrer historisch belegbaren Ausstattung (R.-E. Mohrmann), die Möbel, das bürgerliche Hausgerät, die Ernährung, der Gartenbau und die Landwirtschaft im Bereich der Stadt, die sprachlichen Verhältnisse, die Bücher, das Ratssilber. Zur Lebens- und Wohnkultur wird schließlich dann auch die Geschichtsschreibung (wie immer originell behandelt von Heinrich Schmidt) oder das niederdeutsche Lied geschlagen, da würden andere wohl Bedenken wegen des Sortiments anmelden.

Auch im letzten großen Kapitel, das lapidar mit »Das Gemeinwesen« überschrieben ist und den größten Teil des letzten, vierten Bandes füllt. Themenbereiche wie »Stadtrecht und Stadtverfassung« (K. Kroeschell), Stadt und Landesherr (U. Reinhardt) oder Stadt und Land (H. van Lengen) sind in diesem Zusammenhang längst klassisch, auch schließlich die Aufschlüsselung der Wechselbeziehungen zwischen »Stadt und Kirche« und »Stadt und Reformation« (letztere von Olaf Mörke vor aktuellstem Forschungshintergrund behandelt). Auch das Wehr- und Wachtwesen (V. Schmidtchen) zählt man herkömmlicherweise zu den öffentlichen Aufgaben der Stadtgemeinde. Erst dort, wo der Weg über die Kriminalität, die Hexenverfolgung, das Hospitalwesen und die Hospitalbauten zur Wasserversorgung, zur Pest, zum Bettel und schließlich zur Einführung der öffentlichen Uhren führt, würde man lieber und genauer vom städtischen

Alltagsleben sprechen. Hierfür geben diese Aufsätze einen reichhaltigen Kommentar zum einschlägigen Exponateteil des zweiten Bandes.

Der vierte Band schließt mit einem Kapitel »Kirche und Frömmigkeit«. Ihm spürt man die Provenienz noch am deutlichsten an: Ausstellungen wollen und sollen zeigen. Und also geht es hier nicht, wie der eine oder andere der herkömmlichen Historiker unter dieser Überschrift ohne weiteres erwartet hätte, um Texte und Briefe, um Bücher oder Flugschriften, die ja nun allesamt die konventionellen Zeugen sind, wo nach Volksfrömmigkeit und kirchlich-religiösem Stil gefragt wird. Die sechs Aufsätze unter dieser Rubrik behandeln aber alle »nur« architektur- und kunstgeschichtliche Fragen, die niedersächsische Kirchenarchitektur im allgemeinen (JH.-J. Kunst) und die der Dominikaner und Franziskaner im besonderen (J. Zahlten), die gotische Tafelmalerei (H. G. Gmelin) und das Andachtsbild (A. Legner), den protestantischen Kirchenbau (K. Maier) und den Innenraum des Braunschweiger Domes (N. Koch).

Mit den Ausstellungskatalogen allmählich zunehmenden Volumens ist der Geschichtswissenschaft, auch ihr, ein neues Genos erwachsen. Geschichte wird hier weniger bewertet als rubriziert und beschrieben. »Der Katalog« dient der Inventarisierung und vielleicht auch der Interpretation. Darin liegt seine Größe, aber auch seine Grenze. Wir haben mit diesen mehr als zweieinhalbtausend Seiten und Hunderten von Bildern erstmals beieinander, was sich in den norddeutschen Städten und Ländern (und darüber hinaus) an Zeugnissen zur städtisch-bürgerlichen Geschichte zwischen Mittelalter und Neuzeit erhalten hat. Darin liegt die, man darf ruhig sagen, historische Bedeutung dieses Corpus. Das Land Niedersachsen hat der Geschichtswissenschaft damit einen großartigen Dienst erwiesen. Bleibt nur zu hoffen, daß sich die Geschichtsschreibung, das ist die wertende, deutende und erzählend berichtende Version unserer Geschichtswissenschaft, dieses aufbereiteten und in gängige Münze umgewechselten Schatzes in Zukunft auch annimmt.

Stuttgart

Otto Borst

PETER BERNER / EMIL BRIX / WOLFGANG MANTL (Hrsg.), *Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne. Eine Veröffentlichung der Österr. Forschungsgemeinschaft, Wien, Verlag für Politik und Geschichte; München, R. Oldenbourg 1986, 290 S., 3 Graphiken, DM 52,-.*

In erster Linie von der Frage angezogen, inwieweit zwischen dem Wien der Jahrhundertwende und dem Wien von heute Zusammenhänge bestehen und Wechselspiele zu konstatieren sind, veranstaltete die Österreichische Forschungsgemeinschaft im Frühjahr 1985 auf dem Semmering ein internationales Forschungsgespräch mit dem Generalthema »Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne«. Der hier anzuzeigende Band umfaßt sämtliche Tagungsreferate. Er enthält aber auch »einige aufgrund der Ergebnisse der Diskussionen als wünschenswerte Ergänzung betrachtete Beiträge zur Gesamthematik« (S. 12). Dazu gehört wahrscheinlich eine so sporadische Beisteuer wie das zweiseitige Plädoyer von Reinhard Urbach für eine »Bibliothek der Jahrhundertwende«, für die Urbach dann auch die Autoren angibt. Neben solchen Spontaneinfällen und Momentaufnahmen stehen ausgearbeitete Abhandlungen mit teilweise anspruchsvollem wissenschaftlichem Apparat wie die von Christian Hantschk über »Technik und Kunst« (S. 81–99), von Moritz Csáky über »Die sozialkulturelle Wechselwirkung in der Zeit des Wiener Fin de Siècle (S. 139–151), von Jiří Kofalka über den »Aufstieg moderner Nationalgesellschaften in Österreich« (S. 164–175), von Emil Brix über den »Gleichheitsgedanken in der österreichischen Sprachenpolitik um 1900« (S. 176–184) oder John Boyers englisch geschriebene Arbeit über »The Position of Vienna in a general history of Austria« (S. 205–220).

Daß das Wien der Jahrhundertwende ein ungemein weitschichtiges Fragenfeld eröffnet, wird in den Einleitungen zum Buch mehrfach variiert. Und wohl gerade deshalb waren die Autoren sprich Tagungsreferenten eingeladen, »im Rahmen ihrer Ausführungen interdisziplinäre Gesichtspunkte zu betonen, Erklärungsansätze für das aktuelle Interesse an der Gesamthematik zu

formulieren und Forschungsdesiderate aus ihrem Fachbereich zu nennen«. Wie immer in solchen Fällen kommt man diesem – verständlichen und adäquaten – Wunsch insoweit nach, als es der eigene wissenschaftliche Standort und das eigene wissenschaftliche Niveau erlauben. An mancherlei Stellen ist diese interdisziplinäre Praktik großartig gelungen, in Wolfgang Mantls Essay »Wien um 1900 – ein goldener Stachel«, in Péter Hanáks Beisteuer »Lebensgefühl oder Weltanschauung«, in Norbert Lesers schmalem, aber ungemein dichtem Beitrag über »Geistige und politische Strömungen in Wien um 1900«. Vielleicht liegt gerade darin, daß man völlig und ganz bewußt davon abgesehen hat, den Riesenkompex der Thematik aufzuspalten und zu systematisieren, zugleich die große Chance des Bandes: er gibt Hinweise, Anregungen, Querverweise. Sie führen in ernsthafte und grundlegende Fragestellungen, vorbildlich etwa in Manfred Welans Überlegungen »Wien – »eine Welthauptstadt des Geistes«. Realbedingungen als Idealbedingungen? Eine moderne Geistesgeschichte der deutschsprachigen Stadt steht noch aus. Was das Material hierfür anlangt, so macht dieses Buch einen Anfang damit. Besonders benützlich dafür hat ihn die Beigabe eines ausführlichen Personenregisters und eines Orts- und Sachregisters gemacht.

Stuttgart

Otto Borst

MARKUS SCHÄR, *Die Seelenmöte der Untertanen: Selbstmord, Melancholie und Religion im alten Zürich 1500–1800. Zürich, Chronos 1985, 387 S., 10 Abb., SF 26,-.*

»Mein großer Lehrer, der selige Hegel, sagte mir einst: »Wenn man die Träume aufgeschrieben hätte, welche die Menschen während einer bestimmten Periode geträumt haben, so würde einem aus der Lektüre dieser gesammelten Träume ein ganz richtiges Bild vom Geiste jener Periode aufsteigen.« Von einer solchen Geschichte der Träume oder besser: einer Geschichte aus Träumen wie sie Heine hier aufgrund von Hegels

Diktum vorschwebte – und wie sie neuerdings auch von Peter Burke (Freibeuter 27, 1986, S. 50–65) angeregt wurde – sind wir noch weit entfernt. Aber zur Geschichte der Alpträume hat diese schöne, von Rudolf Braun betreute Züricher Dissertation bereits einen erheblichen Beitrag geleistet.

Wie alle Träume haben auch die Alpträume eine kulturelle und soziale Dimension. Sie werden dadurch, wenn sie überliefert sind, zu einer zwar nicht unproblematischen, aber außerordentlich aufschlußreichen Quellengattung für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte. Das gilt auch für die Wahnvorstellungen von Geisteskranken. »Wie durchs Brennglas«, schreibt Schär, »läßt sich so eine historische Gesellschaft aufgrund der Fälle jener Unglücklichen untersuchen, die an ihrem Leben verzweifelt sind – eine Optik, die die Wirklichkeit verzerren mag, sie vielleicht gerade deshalb aber auch bis zur Kenntlichkeit entstellt«. Diese Aussagekraft haben aber nur solche psychischen Störungen, bei deren Genese der »gesellschaftliche Faktor« erheblich ist. Daß dies bei der Depression, der »Melancholie«, der Fall ist, davon geht Schär, gestützt vor allem auf die Ergebnisse der kulturvergleichenden Psychiatrie, aus, und dies versucht er auch in dieser Arbeit über die Einbeziehung des historischen Vergleichs zu beweisen. Die Fragestellung der Arbeit ist also eine doppelte: Schär will zeigen »wie die gesellschaftlichen Bedingungen die geistigen Krankheiten prägen oder sie gar erst auslösen und wie umgekehrt das Verständnis der Wahnvorstellungen ... auch das alltägliche Leben und Zusammenleben in einer vergangenen Zeit erhellen kann« (S. 25).

Schär kann dieser anspruchsvollen Aufgabenstellung in seiner Arbeit weitgehend gerecht werden, da er einen außerordentlichen Quellenbestand aufgetan hat: die Akten der Züricher Asketischen Gesellschaft, einer 1768 gegründeten Vereinigung zur Vorbereitung junger Geistlicher auf die ihnen obliegende Seelsorge an Schwerverbrechern, die jedoch rasch ihre Themenstellung auf alle Bereiche der Seelsorge ausdehnte. Die Diskussionen und Fallschilderungen der versammelten Geistlichen geben einen einmaligen Einblick auch in das Leben, die Probleme und Moti-

ve von Selbstmördern in Stadt und Landschaft Zürich. Neben der weiteren Auswertung relevanter archivalischer Quellen stützt sich die Arbeit vor allem auf die sehr ausgiebige öffentliche Debatte zu diesem Thema.

Ausgangspunkt von Schärs Untersuchung ist die sich seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert verdichtende Diskussion über die zunehmenden Suizid-Fälle im Züricher Gebiet, die einen ersten Höhepunkt in dem beinahe fünfhundert Seiten starken Traktat des Züricher Antistes Anton Klingler über das »Greuel des Selbst-Mords« aus dem Jahr 1691 erreichte. 1778 heißt es in einer Schrift Johann Heinrich Wasers: »Bey uns, ach leider! in unserem Zürich! ist der Selbstmord noch gemeiner als in London, und so viel man bis dahin aus Nachrichten weiss, irgendwo in der ganzen Welt« (S. 53). Schär kann in einem ersten Hauptteil diesen Befund der zunehmenden Suizidhäufigkeit durch eine kombinierte Analyse von quantitativen und qualitativen Quellen erhärten – ohne allerdings zu ganz sicheren Daten gelangen zu können, da die sich wandelnde Einstellung zum Suizid als Verbrechen Auswirkungen auf die Zuverlässigkeit der Register und damit der quantitativen Analyse hatte. Vergleichszahlen aus anderen Regionen oder Ländern stehen für diesen Zeitraum nicht zur Verfügung. Die Größenordnung des Anstiegs nach den Angaben der Kirchenbücher und anderer Quellen ist allerdings frappierend: Konnten für das gesamte 16. Jahrhundert nur sieben Selbstmordfälle nachgewiesen werden, so stieg die Zahl im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts kontinuierlich auf bis zu sieben Fällen pro Jahr an. Als Tatmotiv wird in den Berichten der Landgeistlichen an den Züricher Rat zunehmend »Melancholie« angeführt. Die Ursachen für die Zunahme der Melancholiker unter den Selbstmördern sucht Schär zunächst einmal in einer veränderten Wahrnehmung dieses »Delikts« durch die Gesellschaft und vor allem auch durch die geistliche Obrigkeit, die – wie Antistes Klingler – zur Feststellung des »Sündengrads« eine Differenzierung der Motive fordert. Denn wer seine Tat in geistiger Umnachtung begeht, ist nicht notwendig ein »Rebell wider Gott« und hat damit nicht nur Anspruch auf ein christliches Begräbnis, son-

dern auch noch Hoffnung auf Seligkeit – und was könnte im reformierten Zürich wichtiger sein als das?

Die Furcht um das Seelenheil führt zur Hauptthese der Arbeit: dem Zusammenhang von Religiosität, Melancholie und Suizidbereitschaft im alten Zürich. In zwei großen Teilen über »Kulturellen Wandel und Persönlichkeit« (Teil III) und »Religion und Melancholie« (Teil IV) sucht Schär diesen Zusammenhang herzustellen. In Teil III wird dargestellt, wie die reformierte Lehre Zwinglis, die den fernen, allmächtigen Gott predigt, der alles menschliche Schicksal bereits vorherbestimmt hat und sich seinen Geschöpfen nur im Glauben offenbart, mit den alten Formen katholischer und animistischer Volksreligiosität, die über die Heiligen oder über magische Praktiken eine Reihe von Möglichkeiten der Manipulation des göttlichen Willens kannte, in Konflikt geriet und gegen sie ankämpfte, aber auch manche Synthese mit ihr einging. Kam für Zwingli das Gute wie das Böse von Gott, so sahen sich seine Nachfolger genötigt, dem »zweiten Prinzip«, dem Teufel, eine eigene Macht zuzugestehen. Das 17. Jahrhundert war auch in Zürich die Zeit des Teufelsglaubens, der von den Kanzeln kräftig geschürt wurde. Allerdings, wo dem Volk die magischen Praktiken der Teufelsabwehr verboten und die Möglichkeiten zur rituellen Reinigung über Beichte und Sakrament genommen wurde, gleichzeitig aber der einzelne über die strikte Prädestinationslehre im Ungewissen über das Schicksal seiner Seele gelassen wurde, da erhöhte sich gerade für die Frommen, die um ihr Seelenheil bangen, der Leidensdruck beträchtlich. Sie können, so Schär, »weil sie sich, so angefochten, vor Gott verlassen fühlen, in Schwermut versinken oder gar ihr Leben mit eigener Hand beenden« (S. 146). Schär stellt diesen Zusammenhang dar, indem er in Teil III zunächst noch sehr detailliert die systematische Durchsetzung der reformierten Religion in der Zürcher Landschaft beschreibt und ihre Auswirkungen auf Familienleben, Erziehung, Lektüre etc. darstellt, dann aber im Teil IV das Verhältnis von Religiosität und Melancholie genauer untersucht. In den hier zusammengestellten Fallberichten finden sich nun in der Tat wie im Brenn-

glas die religiösen Ängste und Alpträume einer von der Angst um ihr Seelenheil bedrängten Bevölkerung vereint. Schär kann an einer Menge von Fällen eindrücklich belegen, wie eben immer wieder religiöse Schuldgefühle, für die der Sünder in der reformierten Kirche keine Möglichkeit zur Entlastung erhält, die Menschen in den Tod trieb. Ich kenne für den deutschsprachigen Raum keine andere Arbeit, die für die Religiosität der »kleinen Leute« im Bereich des Protestantismus eine ähnlich intensive und »dichte Beschreibung« gibt wie Schär hier in diesen Kapiteln.

Dennoch: die Frage nach den Ursachen der Depressionen kann Schär letztlich aus diesem Material heraus auch nicht beantworten. Denn wie alle psychologischen »Kompensationstheorien« muß natürlich auch dieser Erklärungsansatz die Gegenfrage unbeantwortet lassen: Warum führen diese Verhältnisse, denen ja alle Mitglieder dieser Gesellschaft ausgeliefert sind, nicht bei einem erheblich höheren Prozentsatz zu den gleichen Symptomen. Schär ist sich dieser Schwierigkeit bewußt und beantwortet die Kausalitätsfrage nach einem Rekurs auf die Ergebnisse der psychiatrischen, soziologischen und sozialanthropologischen Depressionsforschung nur sehr zögernd: »die These scheint also vertretbar, die Religiosität im Alten Zürich lasse manchen Gläubigen zur Schwermut neigen« (S. 286). Lediglich im Schlußwort wird, wohl auf der Suche nach einem »positiven« Ergebnis, der sonst differenzierte Befund etwas verkürzt als eindeutige Korrelation interpretiert (v. a. S. 294). Die Bedeutung der Arbeit liegt jedoch auch kaum in der Lösung dieser psychoanalytischen Gretchenfrage, sondern vielmehr in der dichten und systematischen Darbietung einer Phänomenologie der Symptome, die dem Historiker Aufschluß gibt über die Hoffnungen und Ängste der Menschen – und so wesentlich zum Verständnis vor allem ihres Alltagshandelns beiträgt. Daß es vor allem diese Eigenschaften der Arbeit sind, die auch die vergleichende Psychiatrie interessieren werden, scheint mir sicher.

Schär hat eine hochinteressante, theoretisch fundierte Arbeit geschrieben, die auf dem Gebiet der Mentalitätsgeschichte und der Sozialgeschichte der Religion sicher die gebührende Be-

achtung finden wird. Der Chronos-Verlag hat ein schönes, wider Erwarten haltbares Buch daraus gemacht, dem man allenfalls noch ein Register gewünscht hätte.

Stuttgart

Andreas Gestrich

DIETER ALBRECHT, *Regensburg im Wandel. Studien zur Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert* (= *Studien und Quellen zur Geschichte Regensburgs*, Bd. 2), Regensburg, Mittelbayerische Druckerei und Verlagsgesellschaft 1984, 274 S., Abb., geb.

Stadthistorische Untersuchungen über das 19./20. Jahrhundert können den Zweck verfolgen, allgemeine Entwicklungsphänomene dieses Zeitraums an einem lokalen Befund exemplarisch festzustellen. Ebenso legitim ist es jedoch, den spezifischen Strukturwandel einer bestimmten Stadt innerhalb dieser Epoche nachzuvollziehen. Während sich die Untersuchung im ersten Fall eher sektoral mit gesellschaftlichen Vorgängen beschäftigt, nähert sie sich im zweiten Fall der Totalität der Entwicklungen einer Stadt an; das Besondere dominiert hierbei als Erkenntnisziel. Eine Stadtmonographie dieser Art liegt uns mit Albrechts Buch vor.

Der Verf. analysiert in seinem I. Kapitel die Sozialgeschichte Regensburgs im 19. Jahrhundert. Von seinen Ergebnissen erscheinen mir insbesondere die Erkenntnisse über die Konfessionsstruktur der Bevölkerung und ihre kommunalpolitischen Auswirkungen bemerkenswert. Fast zwei Drittel der Einwohner waren Ortsfremde, die vor allem als Nahwanderer in die Stadt zogen. Die Bevölkerung glich sich damit zwar der Konfession des katholischen Umlandes immer stärker an, aber das Potential der aktiv und passiv Wahlberechtigten veränderte sich damit keinesfalls zugunsten der Katholiken. Die kommunalpolitische Dominanz der Protestanten ging auch nach der Jahrhundertwende nicht zurück, als die Katholiken im Erwerb des Bürgerrechts ein Übergewicht bekamen, nicht einmal,

als nach der Wahlrechtsreform von 1908 das Zentrum auch zur Rathauspartei wurde. Die städtischen Führungsschichten waren nämlich weitgehend protestantisch und befanden sich parteipolitisch im nationalliberalen bis fortschrittlichen Lager, so daß die Stadtverwaltung bis zum Ersten Weltkrieg liberal geprägt blieb.

Das II. Kapitel befaßt sich speziell mit der politischen Geschichte Regensburgs im 19. Jahrhundert, wobei die Revolution von 1848/49 das Hauptgewicht erhält. Im III. Kapitel erörtert der Verf. den Ausbau der städtischen Infrastruktur von 1868 bis 1914, die er zu Recht mit den Kurzbiographien der die Stadtverwaltung leitenden Oberbürgermeister verbindet. Das IV. Kapitel schließlich beinhaltet die Stadtgeschichte Regensburgs in der NS-Zeit.

Es wäre vielleicht zu überlegen, ob der Abschnitt über das Armen- und Fürsorgewesen nicht besser in den Zusammenhang der städtischen Infrastrukturentwicklung als in den der Sozialgeschichte gestellt werden könnte, ganz bestimmt aber der Abschnitt über die Gemeindefinanzen. Dennoch: es handelt sich hier um ein sowohl für den Lokal- und Landeshistoriker, der sich über die bisher zu kurz gekommene Moderne des zweitausendjährigen Regensburg informieren möchte, als auch für den vergleichenden Städtehistoriker, der mit dem Regensburger Beispiel eine weitere Stadtmonographie, vor allem für das 19. Jahrhundert aufbereitet findet, gleichermaßen wertvolles Buch.

Münster/Dortmund Wolfgang R. Krabbe

HANS J. TEUTEBERG / CLEMENS WISCHERMANN (Hrsg.), *Wohnalltag in Deutschland 1850–1914. Bilder Daten Dokumente* (= *Studien zur Geschichte des Alltags*, Bd. 3), Münster, F. Coppenrath Verlag 1985, 487 S., geb., DM 58,—.

Schlechte Wohnverhältnisse, darauf weisen die beiden Herausgeber einleitend zu Recht hin, waren kein Spezifikum der Städte, sondern fanden sich ebenso auf dem Lande. Sie kamen auch

nicht erst während der Urbanisierung des 19. Jahrhunderts auf, womit ein weiteres Vorurteil ausgeräumt wird: unter dem Wohnungsnotstand hatten die Unterschichten in den Städten vielmehr schon seit Jahrhunderten zu leiden. Die in den wachsenden Städten des Industrialisierungszeitalters grassierende Wohnungsnot darf nicht zu dem Fehlurteil verleiten, mit ihr sei eine fortschreitende Verelendung auf dem Wohnungssektor einhergegangen. Perioden hoher Wohnraumnachfrage wurden von solchen vermehrten Wohnungsangeboten abgelöst; denn die Bauwirtschaft folgte dem Bedarf. Langfristig konnte die Wohnraumversorgung dadurch sichergestellt werden, und die Fortschritte in der Stadt- und Wohnungshygiene taten das ihre, um den Wohnungsstandard zu verbessern. Das akute Wohnungselend jedoch, unter dem die Unterschichten während der industriellen Revolution zu leiden hatten, wirkte ebenso zerstörerisch auf den einzelnen wie auf seine Familie. Das Buch bietet dazu eine Reihe depressiver Aussagen aus zeitgenössischen Erlebnisberichten.

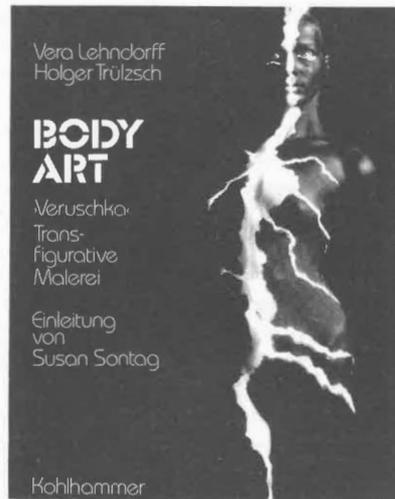
Das Massenmietshaus, nicht allein die (v. a. Berliner) Sonderform der Mietskaserne, gilt als Kennzeichen der Urbanisierungsperiode. Die eigentlichen Elendswohnungen aber – dies mag den Nicht-Fachmann überraschen – befanden sich vorwiegend in dem aus vor- und frühindustrieller Zeit stammenden Wohnraumbestand. Eine nach Daseinsfunktionen geteilte Wohnung, wie sie den bürgerlichen Mittel- und Oberschichten seit dem 18. Jahrhundert selbstverständlich war, entsprach freilich nicht dem proletarischen Lebensstandard und Erfahrungshorizont. Auch war die Haushaltsgemeinschaft bei den Unterschichten nicht auf die Familie beschränkt, vielmehr teilte sich diese meistens mit Aftermietern und Schlafgängern den ohnehin knappen Wohnraum. Andererseits war auch im bürgerlichen Hausstand das familienfremde Wohnen üblich, denn die Dienstmoten lebten traditionsgemäß bei der Herrschaft, allerdings recht unkomfortabel.

Das Wohnungselend wurde schon recht früh als Problem erkannt. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erhob sich eine Wohnungsreform-Bewegung, die gegen Ende des Jahrhunderts, von erstzunehmenden Vereinen getragen, den Höhepunkt ihrer Wirksamkeit erreichte. Es wurden auch mit dem gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau schon die ersten Reformversuche unternommen. Öffentliche Unterstützung erwartete man primär von den Kommunen. Nach langem Sträuben der vom Haus- und Grundbesitz majorisierten Stadtverwaltungen, welche die Bauwirtschaft den Marktmechanismen überlassen wollten, begannen einige von diesen nach der Jahrhundertwende, sich im Kleinwohnungsbau zu engagieren.

Vielleicht sind diese Informationen ein wenig willkürlich herausgegriffen, doch sie deuten jene Erkenntnisbereicherung an, die der Leser gewinnen kann, wenn er das – im doppelten Sinn des Wortes – gewichtige Buch in die Hand nimmt. Es handelt sich um das überaus wertvolle Nebenprodukt eines Projekts über die Wohnungsnot im Kontext der sozialen Frage, das innerhalb des SFG 164 (»Vergleichende geschichtliche Städteforschung«) an der Universität Münster durchgeführt wurde. Das Buch ist ein durch und durch gelungenes Kompendium, in dem, nach bestimmten Fragestellungen geordnet, aus dem vielfältigen Quellenmaterial eine überzeugende Auswahl prägnanter Textstellen vorgestellt und mit aussagekräftigen Bildern verbunden wird. Das statistische Material ist in Tabellen und Graphiken eingearbeitet. Die von den Herausgebern formulierten Kapiteleinführungen spiegeln den gegenwärtigen Forschungsstand über die Geschichte des Wohnens wider. Von seinem wissenschaftlichen Einsatz abgesehen, eignet sich das Buch im übrigen auch aufgrund seiner Informationsbreite und Illustrationen hervorragend für Unterrichtszwecke.

Münster/Dortmund Wolfgang R. Krabbe

## Kunst + Architektur



Vera Lehndorff/Holger Trülzsch

### Body Art

»Veruschka«-Transfigurative Malerei  
Mit einer Einführung von Susan Sonntag  
1986. 160 Seiten mit 131 Abbildungen  
in Farbe. Format 23,5 x 28,6 cm  
Leinen DM 69,-

Karl Lagerfeld

### Creationen mit Anna Piaggi

Ein Mode-Tagebuch  
1986. 224 Seiten mit 214 Abbildungen,  
davon 154 in Farbe. Format 22,4 x 30 cm  
Leinen im Schubert. Subskriptionspreis  
(bis 31. 12. 1986) DM 128,-  
danach DM 148,-

### Ernst Barlach

Mit einem Essay von Willy Kurth  
1986. 180 Seiten mit 185 Abbildungen,  
davon 28 in Farbe, Format 24 x 27 cm  
Leinen im Schubert DM 79,-



Verena Dietrich

### Architektinnen

Ideen, Projekte, Bauten  
1986. 196 Seiten mit ca. 1000 Abbildungen,  
davon ca. 200 in Farbe  
Format 21 x 29,7 cm. Kart. DM 59,-

Jörg Kurt Grütter

### Ästhetik der Architektur

1987. 260 Seiten mit 448 Abbildungen  
Format 21 x 29,7 cm  
Kart. DM 79,-

Isa Vercelloni

### Wohnstil und Wohnideen

Das Beste aus CASA VOGUE  
1985. 224 Seiten mit 306 Farbtafeln  
Format 25 x 30 cm  
Leinen im Schubert DM 118,-

## INHALTSVERZEICHNIS

### ABHANDLUNGEN

HARRY KÜHNEL, Alltagsleben in der spätmittelalterlichen Stadt . . . . .	117
JÜRGEN HAGEL, Mensch und Wasser in der alten Stadt – Stuttgart als Beispiel und Modell . . . . .	126
HEIDE BERNDT, Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie . . . . .	140
LIESA NESTMANN, Überlegung und Methoden zur Erforschung der Wahrnehmung der städtischen Umwelt . . . . .	164
WOLFGANG SCHWAIGER-HERRSCHMANN, Altstadtsanierung: zum Beispiel Landshut . . . . .	191

### KLEINE BEITRÄGE

WILMA R. ALBRECHT, Städtische Grünordnung aber für wen? . . . . .	212
---	-----

DIE AUTOREN . . . . .	216
-----------------------	-----

NOTIZEN . . . . .	217
-------------------	-----

BESPRECHUNGEN . . . . .	220
-------------------------	-----

### Städtische Kultur- und Gesellschaftsgeschichte

STADT IM WANDEL. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150–1650, hrsg. von CORD MECKSEPER. Landesausstellung Niedersachsen 1985 (Otto Borst) . . . . .	220
--	-----

PETER BERNER / EMIL BRIX / WOLFGANG MANTL (Hrsg.), Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne (Otto Borst) . . . . .	223
---	-----

MARKUS SCHÄR, Die Seelennöte der Untertanen: Selbstmord, Melancholie und Religion im alten Zürich 1500–1800 (Andreas Gestrich) . . . . .	223
--	-----

### Stadtgeschichte

DIETER ALBRECHT, Regensburg im Wandel. Studien zur Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert (Wolfgang R. Krabbe) . . . . .	226
---	-----

### Wohnalltag und Wohnungsbau

HANS J. TEUTEBERG / CLEMENS WISCHERMANN (Hrsg.), Wohnalltag in Deutschland 1850–1914. Bilder Daten Dokumente (Wolfgang R. Krabbe) . . . . .	226
---	-----

